

Stadtoberhäupter

Bürgermeister und Oberbürgermeister in Aschaffenburg

**Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg
Sonderpublikationen**

herausgegeben von Joachim Kemper

Stadtoberhäupter
Bürgermeister und Oberbürgermeister in Aschaffenburg

Überarbeitete und ergänzte Neuauflage von: Carsten Pollnick, Aschaffener Stadtoberhäupter
von 1818 bis 1983 (Würzburg 1983)

Autoren: Carsten Pollnick und Susanne von Mach.

Unter Mitarbeit von Burkard Fleckenstein, Heike Görden, Joachim Kemper,
Bernhard Keßler, Matthias Klotz, Ulrike Klotz und Christian Patalong



STADT
ASCHAFFENBURG

Aschaffenburg 2020

herausgegeben durch das Stadt- und Stiftsarchiv im Auftrag der Stadt Aschaffenburg

Das vorliegende Buch basiert auf der 1983 erschienenen Publikation „Aschaffener Stadtoberhäupter von 1818 bis 1983“ (Autor: Carsten Pollnick). Seither sind fast 40 Jahre vergangen, so dass auch angesichts des im Frühjahr 2020 anstehenden Amtswechsels eine erweiterte und umfassend ergänzte Neuauflage angeraten schien. Für die Neuauflage sind die Beiträge des früheren Bandes durchgesehen und leicht überarbeitet worden. Der Dank geht dafür an Matthias Klotz. Für Ergänzungen sei auch Carsten Pollnick herzlich gedankt. Der Beitrag zu Oberbürgermeister Willi Reiland ist im Vergleich zum Stand von 1983 vollständig aktualisiert worden. Hierfür, für die Einführung zur Neuauflage sowie für den Text zu Oberbürgermeister Klaus Herzog sei Susanne von Mach als Autorin gedankt. Kürzere Vorlagen und Textbausteine zu den Beiträgen Reiland und Herzog haben außerdem folgende Personen verfügbar gemacht: Burkard Fleckenstein, Joachim Kemper, Bernhard Keßler, Matthias Klotz, Ulrike Klotz und Christian Patalong. Gedankt für die Unterstützung sei auch dem Main-Echo (Archiv) sowie diversen Ämtern und Dienststellen der Stadtverwaltung Aschaffenburg. Die Verlagsdruckerei Schmidt hat neben Layout und Druck auch für die Digitalisierung und OCR-Erfassung der Publikation aus dem Jahr 1983 gesorgt.

Titelbild (Umschlag): Schloss Johannisburg samt Mainbrücke,
historische Aufnahme ca. 1933 (Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Sammlung Stadelmann);
Oberbürgermeister-Amtskette der Stadt Aschaffenburg (Foto: Matthias Klotz).

Die Amtskette der Stadt Aschaffenburg ist noch in königlich-bayerischer Zeit von einem Goldschmied aus München angefertigt worden. An den Amtsketten von Städten der Größe Aschaffenburgs war eine Goldmedaille mit dem Porträt des regierenden Königs angebracht, welche nach dem Thronwechsel auszutauschen war. Nach dem Ende der Monarchie wurde stattdessen das städtische Wappen (Vorderseite), ergänzt um das Große Staatswappen, angebracht.

Layout: Manuela Reich

ISBN: 978-3-922355-38-0

Gesamtherstellung: VDS  Verlagsdruckerei Schmidt, D-91413 Neustadt an der Aisch

ZUM GELEIT

„Wer an den Dingen seiner Gemeinde nicht Anteil nimmt, ist kein stiller, sondern ein schlechter Bürger.“ Diese dem athenischen Staatsmann Perikles zugeschriebene Weisheit gilt in ganz besonderem Maße auch für den Bürgermeister oder Oberbürgermeister.

Dass sie keinen Anteil an den Dingen ihrer Stadt genommen hätten, kann man wohl keinem meiner Vorgänger vorwerfen. Insbesondere seit 1945 haben vier Menschen die Stadt Aschaffenburg jeweils auf ihre eigene Weise geformt und geprägt: Jean Stock, Dr. Vinzenz Schwind, Dr. Willi Reiland und Klaus Herzog.

Bei meinem direkten Vorgänger Klaus Herzog hatte ich als dritter Bürgermeister sechs Jahre lang die Möglichkeit, unmittelbar zu erleben, was es heißt, an den Dingen der Stadt Anteil zu nehmen. Das Weiterkommen der Stadt Aschaffenburg, der Frieden in der Stadtgesellschaft, die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am städtischen Leben waren 20 Jahre lang seine Maxime. Dafür hat er gelebt und regiert.

Und nun: Zum Abschied nach 20 Jahren, in denen unter anderem der von Dr. Willi Reiland begonnene Stadtring geschlossen wurde, die Stadt ein neues Bahnhofsgebäude bekam, ein Bildungsbüro etabliert und der Stadt der Nachhaltigkeitspreis verliehen wurde: Stillstand. Die Corona-Pandemie lähmt seit Mitte März das Leben in der Stadt. Die Abschiedsfeiern für Klaus Herzog mussten abgesagt werden. Den Bürgern wurde die Möglichkeit genommen, sich von „ihrem Klaus“ mit einem Handschlag oder einer Umarmung zu verabschieden.

Dieses Buch soll deshalb auch eine Festschrift sein. Sie soll Danke sagen und zusammenfassen, was Ende April in der Abschiedsgala gesagt worden wäre. Sie soll erinnern an große Lokalpolitiker. Nicht nur an Klaus Herzog, sondern auch an die demokratisch legitimierte Bürgermeister und Oberbürgermeister seit 1818. Das dunkle Kapitel der Jahre 1933 bis 1945 wird dabei nicht ausgespart.

Danken möchte ich allen, die an diesem Buch mitgearbeitet haben. Zuallererst Carsten Pollnick, der die erste Auflage bis 1983 geschrieben und die Neuauflage unter Einbeziehung von Klaus Herzog angeregt hat. Danken möchte ich aber auch Susanne von Mach sowie allen anderen, die dazu beigetragen haben, dass dieses Buch ein rundes Werk geworden ist.

Ich hoffe, dass dieses Buch viele Leserinnen und Leser findet, die, genau wie ich, sich das Leben und Wirken der Aschaffener Bürgermeister und Oberbürgermeister zum Beispiel nehmen, an ihrer Gemeinde Anteil zu nehmen.

Aschaffenburg im Mai 2020

Jürgen Herzing

Oberbürgermeister

INHALT

Einführung zur Neuauflage im Jahr 2020	7
Vom 14. Jahrhundert an hatte Aschaffenburg – mit Unterbrechungen – Bürgermeister	8
Die kurfürstlich-mainzischen Stadtschultheißen Aschaffenburgs und ihre Aufgaben im Überblick	10
Jakob Leo (1796–1815)	12
Joseph Hörmann von Hörbach (1815–1818)	15
Christian Pfaff (1818–1824)	19
Gottlieb Leo (1824–1827 und 1831–1835)	22
Franz Josef Feller (1827–1831)	27
Adalbert von Herrlein (1835–1864)	30
Dr. Bernhard Emil Vogler (1864–1867)	35
Magnus Will (1867–1877)	41
Friedrich Ritter von Medicus (1877–1904)	45
Dr. Wilhelm Matt (1904–1933)	50
Wilhelm Wohlgemuth (1933–1945)	56
Jean Stock (1945)	62
Dr. Vinzenz Schwind (1946–1970)	68
Dr. Willi Reiland (1970–2000)	75
Klaus Herzog (2000–2020)	87



Auf dem höchsten Punkt der Stadt und in direkter Nachbarschaft zur Stiftskirche St. Peter und Alexander liegt das Rathaus – im Bild das 1765 errichtete alte Rathaus (heute Großer Sitzungssaal) und der von 1956 bis 1958 gebaute moderne Neubau. Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Foto: Niebuhr, Kl. Heseback, 1957.

EINFÜHRUNG

ZUR NEUAUFLAGE IM JAHR 2020

„Wenn der Bürgermeister seine Pflicht tut, werden kaum vier da sein, die ihn mögen.“ Dieses wenig schmeichelhafte Zitat wird Martin Luther zugeschrieben, doch hätte der Reformator die Aschaffener Bürger späterer Zeiten gekannt, er hätte seinen Ausspruch revidieren müssen. Aschaffenburg ist, das kann man sicher sagen, seinen Oberbürgermeistern treu. Für 24, 30 und 20 Jahre wählten die Bürgerinnen und Bürger die Stadtoberhäupter der Nachkriegszeit ins Amt, und das ist wohl ein eindrücklicher Beleg dafür, dass Aschaffenburgs Oberbürgermeister in ihren Amtsperioden weit mehr als ihre Pflicht taten.

So kommt es, dass seit Ende des Zweiten Weltkriegs gerade einmal vier Oberbürgermeister die Geschicke der Stadt lenkten: der von der US-amerikanischen Militärregierung eingesetzte sozialdemokratische Druckereibesitzer Jean Stock, der promovierte Chemiker Dr. Vinzenz Schwind (CSU), der sozialdemokratische Jurist Dr. Willi Reiland und der sozialdemokratische Gymnasiallehrer Klaus Herzog.

Die Amerikaner ernannten Jean Stock nach der Kapitulation Aschaffenburgs am 3. April zum vorläufigen Oberbürgermeister; der erfahrene Politiker und Demokrat war wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung stetig im Visier der Nationalsozialisten, wurde bespitzelt, kontrolliert und diffamiert. Nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wurde Jean Stock verhaftet und ins Konzentrationslager Dachau gebracht; nach seiner Entlassung am

6. September kehrte er nach Aschaffenburg zurück. Seit dem 14. April 1945 lenkte Jean Stock die Geschicke einer zerstörten Stadt, bis er neun Monate später nach Würzburg beordert wurde.

Als seinen Nachfolger setzte die US-amerikanische Militärregierung Dr. Vinzenz Schwind ein, der das Wiederaufbauamt leitete. Bei den ersten freien Wahlen traten Jean Stock und Dr. Vinzenz Schwind gegeneinander an; die Aschaffener entschieden sich für Schwind und hielten ihm 24 Jahre lang die Treue. Fünf Mal wählten sie ihn wieder, bis nach einem harten Wahlkampf der jüngere, charismatische Dr. Willi Reiland das Heft in die Hand nahm.

Und wieder strafte die Aschaffener Martin Luther Lügen, denn Dr. Willi Reiland wählten sie ebenfalls fünf Mal und damit so lange ins Amt, bis er gehen musste: nämlich aus Altersgründen. Gern wäre er noch geblieben. Das gilt auch für Klaus Herzog, seinen Nachfolger und vierten Oberbürgermeister seit 1945. Drei Mal schenkten die Aschaffener ihm ihr Vertrauen, und dass Klaus Herzog nun aus der ersten Reihe zurücktritt, liegt wiederum an der Pensionierungsgrenze.

Mit dem Ende der Ära Herzog ist es Zeit, die Geschichte der Aschaffener Stadtoberhäupter fortzuschreiben und zurückzublicken auf das, was auch in seinen Amtsperioden aus der Stadt geworden ist, die Klaus Herzog wie seine Vorgänger gelenkt und ja, auch geliebt hat.

VOM 14. JAHRHUNDERT AN HATTE ASCHAFFENBURG – MIT UNTERBRECHUNGEN – BÜRGERMEISTER

Die Position eines Stadtoberhauptes – gestern wie heute – war und ist stets mit Aufgaben, Rechten und Pflichten verbunden. Zum besseren Verständnis, quasi als Einführung, sei hier eine Begriffserklärung vorangestellt, eingebettet in einen knappen historischen Abriss der Aschaffener Administration. Der Bürgermeister ist allgemein der Vorsitzende einer Stadt- und Gemeindeverwaltung. Seine Stellung ist nach den jeweiligen Gemeindeverordnungen (Gemeindeverfassungen) verschieden. In deutschen Bundesländern mit einer Bürgermeisterverfassung ist der „Erste Mann“ stets ausführendes Organ der Gemeinde. Er ist ehrenamtlich (in Gemeinden unter 3000 Einwohnern) oder hauptamtlich, in Stadtkreisen wie Aschaffenburg als Oberbürgermeister tätig, vertritt und verwaltet die Gemeinde und wird von der Gemeindevertretung auf sechs Jahre gewählt. In Bundesländern mit einer Magistratsverfassung, so in Bayern, ist der Bürgermeister Vorsitzender und Vollzugsorgan des Gemeinde- bzw. Stadtrates mit vollem Stimmrecht; bei Stimmgleichheit gibt seine Stimme den Ausschlag. So obliegen zum Beispiel Aschaffenburgs Oberbürgermeister in eigener Zuständigkeit, neben seiner Repräsentationsaufgabe nach „außen“, als Vorsitzender des Stadtrates und als Leiter der Stadtverwaltung folgende Aufgaben:

- „die laufenden Angelegenheiten, die für die Stadt keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen;

- die den Städten durch ein Bundesgesetz oder aufgrund eines Bundesgesetzes übertragenen hoheitlichen Aufgaben in Verteidigungsangelegenheiten (auch Wehrersatzwesen und Zivilschutz);
- die Angelegenheiten, die im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder geheimzuhalten sind.

Der Stadtrat kann dem Oberbürgermeister auch weitere Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches zur selbständigen Erledigung übergeben. Ferner ist er befugt, ‚dringende Angelegenheiten‘ und ‚unaufschiebbare Geschäfte‘ an Stelle des Stadtrates zu erledigen, wenn er dem Stadtrat so bald wie möglich darüber Rechenschaft ablegt.

Nach seiner Wahl wird er kommunaler Wahlbeamter, sogenannter Beamter auf Zeit. Mit Beendigung der Amtszeit endigt auch das Beamtenverhältnis. Selbstverständlich kann er nach Ablauf der sechsjährigen Amtsperiode wiedergewählt werden ...“¹ In Aschaffenburg gab es zu Beginn des 14. Jahrhunderts (1331) erstmals einen Bürgermeister, der als Repräsentant der städtischen Selbstverwaltung galt. Zu seinem Aufgabenbereich gehörte unter anderem die Erledigung kleinerer Streitfälle; ferner setzte er gemeinsam mit dem Rat die Steuern für die Bürger fest, war gleichzeitig aber auch Vermögensverwalter. Nach dem Bauernkrieg (1524/25) wurden die Bürgermeister „entfernt“, ihr Amt aufgehoben und durch einen Stadtschultheißen sowie ein Schöffenkolleg ersetzt. Der Schultheiß – er war höherer Richter (Hochgerichtsbarkeit) und vertrat die Stadt mit dem Rat nach außen – war ursprünglich der Beamte, der die Gemeindemitglieder

1 Stadt Aschaffenburg: Unsere Stadt Aschaffenburg. Aschaffenburg 1977, S. 33.

zur Einhaltung ihrer Pflichten gegenüber dem Landesherrn anzuhalten hatte, später Vorsteher eines städtischen (Stadtschultheiß) oder dörflichen Gemeindegewesens. Er und der Rat der Stadt bekamen ihre Direktiven vom Vicedom übermittelt, den es in Aschaffenburg seit 1122 (Warmund) als höchsten Vertreter der kurmainzischen Landesherrschaft gab. Der Vicedom erhielt seine Weisungen wiederum direkt aus der Kanzlei des Kurfürsten. Über den Stadtschultheiß gingen alle Erlasse und Verordnungen an die Bürgerschaft beziehungsweise an die Zunftmeister weiter, die sie schließlich auszuführen hatten. Später änderten zwei Neuordnungen (1772 und 1782) dieses System: Das zwölfköpfige Schöffenkolleg wurde abgeschafft, ein Bürgermeister und drei Stadträte traten an seine Stelle. Zur Änderung von 1782 hieß es unter anderem: „Die Unterordnung der städtischen Belange unter die Interessen des Gesamtstaates war gerade in der Ordnung von 1782 noch einmal besonders herausgestellt worden.“²

Die Funktion des Bürgermeisters änderte sich schließlich zu Beginn der bayerischen Verwaltung im Jahre 1818, als durch die Gemeindereform eine freie Wahl des Bürgermeisters durch die Bürgerschaft ermöglicht wurde. Sie brachte auch der Stadt Aschaffenburg die langersehnte Selbstverwaltung. Neben dem Bürgermeister lenkten nun acht Magistratsräte und einige Beamte (für Verwaltungs- und Polizei-Angelegenheiten) die Geschicke der Stadt. Der (Ober-)Bürgermeister wurde ab jetzt für sechs Jahre, die Magistratsräte für drei Jahre gewählt. Als Stadtschultheißen – in französischer Zeit Maires genannt –, als Bürgermeister beziehungsweise

rechtskundige Bürgermeister und Oberbürgermeister hatte Aschaffenburg in der Folgezeit nachstehende Stadtoberhäupter:

1796–1815	Jakob Leo
1815–1818	Joseph Hörmann von Hörbach

Erst die Gemeindereform von 1818 ermöglichte die freie Wahl eines Bürgermeisters durch die Bürgerschaft.

1818–1824	Christian Pfaff
1824–1827	Gottlieb Leo
1827–1831	Franz Joseph Feller
1831–1835	Gottlieb Leo (zweite Amtsperiode)
1835–1864	Adalbert von Herrlein
1864–1867	Dr. Bernhard Vogler
1867–1877	Magnus Will
1877–1904	Friedrich Ritter von Medicus
1904–1933	Dr. Wilhelm Matt
1933–1945	Wilhelm Wohlgemuth
1945	Jean Stock
1946–1970	Dr. Vinzenz Schwind
1970–2000	Dr. Willi Reiland
2000–2020	Klaus Herzog

² Christ, Günter: Historischer Atlas von Bayern, Teil Franken. Aschaffenburg. München 1963, S. 105.

DIE KURFÜRSTLICH-MAINZISCHEN STADTSCHULTHEIßEN ASCHAFFENBURGS UND IHRE AUFGABEN IM ÜBERBLICK

Der bereits 1122 erwähnte erste Aschaffener Vicedom Warmund als höchster Vertreter der kurmainzischen Landesherrschaft war mit erheblichen Machtbefugnissen ausgestattet (Militär, Administration und Justiz). Der meist adlige Beamte erhielt seine Weisungen, wie eingangs ebenfalls schon erwähnt, direkt aus Mainz und gab sie dem Schultheiß beziehungsweise dem Kolleg weiter. Um eine rasche und sinnvolle Durchführung der verlangten Maßnahmen zu gewährleisten, gelangten die jeweiligen Instruktionen und Direktiven an die Schöffen – sie hatten sich dazu stets im Rathaus einzufinden –, die wiederum der Gemeinde zur Rechenschaft verpflichtet waren. Auch die Zunftmeister spielten dabei eine bedeutende Rolle, denn sie mußten unter anderem „die Steuern eintreiben, die Contributionen einziehen, in Zeiten der Gefahr den Wachdienst vertheilen ... und hundert andere Dinge mehr ...“³ Der „Erste Mann“ Aschaffenburgs nach dem Vicedom aber war der Stadtschultheiß, an dessen Arbeit Wohlstand, Fortschritt oder nur Mittelmäßigkeit der Stadt gemessen wurden. In der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts, im Jahre 1131, wird der erste Stadtschultheiß von Aschaffenburg namentlich erwähnt: „Wiehernd Werner, scultetus (1131–1144), auch Vicedom.“⁴

³ Köhl, Willi: Aschaffenburg. Urgeschichte, Geschichte, Wirtschaft, Aschaffenburg 1935, S. 165.

⁴ Schäfer, Emmerich: Die Schultheißen von Aschaffenburg, 1915, S. 3.

Dieser Stadtschultheiß vereinigte Verwaltung und Teile der Justiz in einer Hand. Ihm unterstanden, wie dem Amtsträger in den Landbezirken, die Polizei, die Administration, das Finanzwesen und die niedere Gerichtsbarkeit. Die Schöffen der Stadt, die ihm zugeordnet waren, erwiesen sich im 12. Jahrhundert nicht nur als Selbstverwaltung, sondern auch als Schöffengericht.

Die Geschäfte der städtischen Verwaltung wurden vom 13. Jahrhundert bis zu ihrer Neuordnung im Jahre 1772 vom Schultheißen und den zwölf Schöffen geleitet, soweit nicht übergeordnete, landesherrliche Beamte dafür zuständig waren (ab dem 14. Jahrhundert standen ihnen für die Verwaltung noch Bürgermeister und Rat zur Seite). Da das Schöffenkolleg ein „Erbstück aus vergangenen Zeiten“ war (es fehlte auch in keiner Landgemeinde), bewahrte sich die Stadt Aschaffenburg lange eine der ländlichen ähnliche Verfassung, denn dem Stift standen weder Einfluß auf die städtische Gerichtsbarkeit noch auf die Finanzverwaltung zu.

Streitigkeiten zwischen den „Partnern“ Stadt und Stift ergaben sich jedoch auch manchmal, so zum Beispiel im Jahre 1304, als sich die kommunalen Organe einmal anmaßen, einige Stiftskanoniker vom „Schultheißengericht“ mit Urteilen belegen zu lassen, obwohl die geistlichen Vertreter nur von einem geistlichen Gericht verklagt werden durften. Noch im 14. Jahrhundert, zum Ausklang der Regierungszeit von Kurfürst Heinrich von Virneburg (1330–1346), bekam Aschaffenburg einige Rechte mehr zugestanden; zur Freizügigkeit und einigen Sonderrechten bei Gericht erhielten die Bürger nun neben Steuervergünstigungen auch etwas mehr Selbstverwaltungsvollmachten. Als Hemmschuh dieses Fortschrittes erwies sich in Einzel-

fällen jedoch das Stift, das mit seinen verbrieften Sonderrechten die Arbeit der Schultheißen und des Rates behinderte. Diese Errungenschaften wurden aber durch die im Jahre 1526 von Kurfürst und Kardinal Albrecht von Brandenburg (1514–1545) erlassene Albertinische Ordnung wieder gestrichen. Die Stadt mußte sich sogar Abstriche an ihrer bisherigen Selbstverwaltung gefallen lassen, da sich ein Teil der Bevölkerung am Bauernkrieg beteiligt hatte. Diese Zwangsordnung sollte sich für die weitere Entwicklung der Stadt negativ auswirken, denn bis zur schon erwähnten Neuordnung von 1772 stagnierte die Weiterentwicklung der Selbstverwaltung. Erst zu diesem Zeitpunkt wurde das zwölfköpfige Schöffenkolleg abgeschafft und an seine Stelle traten ein Bürgermeister (mit anderer Funktion als bisher) und drei Stadträte. „Die Funktion des Stadtschultheißen als Organ der landesherrlichen Verwaltung wurde noch stärker betont, seine Initiative als Repräsentant der Stadt noch stärker beschnitten.“⁵

Zwischen dem ersten, schon genannten Wienand Werner (1131–1144) und dem letzten Stadtschultheißen von Aschaffenburg, Jakob Leo (1796–1815) hatten weitere 58 Beamte diese Position inne. Einige von ihnen bekleideten noch andere hohe Ämter: Eberhard Strube (1345), Forstmeister in Hösbach, Heinrich von Gonsrod (1366–1384), Burggraf von Miltenberg und kurfürstlich-mainzischer Oberamtmann, Hans Fecher von Seligenstadt (1529–1537), Verweser, Johann Faust (1547–1555), Richter in Mainz, Leonhard Bertz (1568–1572), Oberkeller, Konrad Flach (1574–1594), Verweser, Jakob Krug (1606–1609), Kurmainzer Rat, Dr. Christoph

Pappenberger (1609–1624), kurfürstlicher Rat, Martin Ehrhold (1631–1633), von den Schweden eingesetzter Substitut, Johann Nikolaus Schneidt (1690–1712), Kurmainzer Hofrat und geistlicher Kommissariats-Assessor, Matthäus Franz Dampier (1712–1730), ebenfalls Kurmainzer Hofrat und geistlicher Kommissariats-Assessor, und Veit Christoph Molitor (1725–1771), kurfürstlicher Hof- und Regierungsrat.

Der wohl bekannteste Aschaffener Stadtschultheiß war aber Nikolaus Georg Reigersberg (1624–1651), der in der Dalbergstraße 41 wohnte. Berühmt wurde er nicht nur wegen seiner Berufung zu vielen Reichstagen und Fürstenversammlungen, sondern wegen seiner Teilnahme an den Friedensverhandlungen von Osnabrück und Münster im März 1648 nach dem Dreißigjährigen Krieg (Westfälischer Frieden). Im Auftrag von Kurfürst Johann Philipp von Schönborn (1647–1673) setzte Reigersberg am 24. Oktober 1648 als erster der reichständischen Vertreter seine Unterschrift unter den Gesamtfriedensvertrag von Münster.⁶

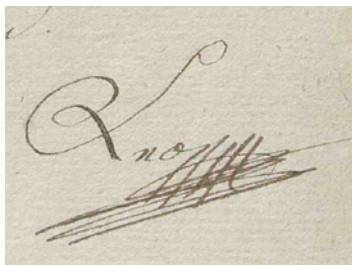
Mit den politischen Veränderungen der Jahre 1803 bzw. 1815 änderte sich die Organisation der gesamten Selbstverwaltung und danach auch die Position der „Ersten Männer“ der Stadt Aschaffenburg. Diese Übersicht der Stadtschultheißen gibt natürlich nur einen groben Überblick wieder; ein gesonderter und detaillierter Aufsatz wäre für eine Gesamtdarstellung notwendig.

⁵ Christ, Günter: Historischer Atlas von Bayern, Teil Franken. Aschaffenburg. München 1963, S. 105.

⁶ Aschaffener Volksblatt, Nr. 209, 215 und 221 vom 11. September, 18. September und 25. September 1982.

JAKOB LEO (1796–1815)

Der letzte in der Reihe der zahlreichen Aschaffener Stadtschultheißen war der Hofgerichtsrat Jakob Leo, der dieses Amt 1796 übernommen und bis zum Übergang der Stadt an die bayerische Krone 1814 innehatte. Er war, wie alle seine Vorgänger, ein untergeordneter Beamter des jeweiligen Vicedomes, der wiederum seine Anweisungen direkt aus der kurfürstlichen Kanzlei in Mainz entgegennahm. Ihm zur Seite standen nach den vergangenen Neuordnungen der Jahre 1772 und 1782 drei Stadträte, die das bisherige Schöffenkollég abgelöst hatten. Totale Veränderungen in allen kommunalpolitischen Bereichen brachte das Jahr 1803: Mit dem Untergang des Kurfürstentums Mainz infolge der Säkularisation und der Bildung des Fürstentums Aschaffenburg änderte sich auch der bis dato gültige Status von Stadtschultheiß und Stadtrat. Als dann im Jahre 1810 mit der Organisation des Großherzogtums Frankfurt (Dalberg-Ära) nach französischem Muster neben Hanau, Fulda und Frankfurt auch das Departement Aschaffenburg entstand, wurden aus dem Stadtschultheiß Jakob Leo ein Maire und aus den sechzehn bzw. zwanzig von Fürstprimas Karl Theodor von Dalberg (1744–1817) selbst ernannten Stadträten Municipalräte. Diese politische Situation änderte sich im Jahre 1814, als Aschaffenburg an das Königreich Bayern fiel. Drei Jahre danach löste sich auch die Zentralverwaltung des ehemaligen Fürstentums auf und Aschaffenburg wurde in den „Untermainkreis“, später in den Regierungsbezirk „Unterfranken und Aschaffenburg“, mit dem Verwaltungssitz in Würzburg eingegliedert.



Unterschrift Jakob Leo.
Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, AM, 9752

Jakob Leo wurde am 10. Februar 1748 in Mainz geboren. Nach erfolgreich abgeschlossener Schulzeit widmete er sich der Rechtswissenschaft, praktizierte bei angesehenen Advokaten und wurde schließlich auf Grund seiner juristischen Kenntnisse zum kurfürstlichen Hofgerichtsrat ernannt, 1796 zum Stadtschultheiß von Aschaffenburg berufen. Nach dem Tode seiner ersten Frau, der Aschaffenerin Margaretha, geborene Döllinger (1761–1810), heiratete er nochmals, und zwar die 1773 in Frankfurt geborene Sophia Scheidel.

Wie desolat und unsicher die politische Lage im Jahre seiner Ernennung zum Stadtschultheiß von Aschaffenburg war, schilderte am detailliertesten der Chronist Franz Haus: „Am 18. July, im Revolutionskrieg, kamen die Franzosen zum ersten Mal in die Stadt, zum großen Schrecken der Einwohner. In ihrem Anmarsch schossen sie eine Haubitze in die Stadt gegen das Rathaus. Dieselbe fuhr oben am Gipfel in die Reichskrone, ist aber ohne Schaden abgegangen. Die Franzosen hoben dahier große Brandschatzung und nahmen fünf ansehnliche Männer als Geisel mit nach Frankreich, als nämlich: Herrn Stadtrat Ameiß, Herrn Meilhaus, Herrn Gerster, sodann vom Stift Herrn Kanonikus Merkel und Herrn Kanonikus von Ahr. Diese kamen erst anno 1797 wieder zurück. Die Franzosen sind sieben Wochen hiergeblieben. In dem Retirad der Franzosen ist Herr Kanonikus von Mairhofen auf der hiesigen Brücke, als er dem Schauspiel zusehen wollte, in den Arm blesirt worden, woran er auch gestorben ist.“⁷ An diesem besagten 18. Juli 1796 versuchte Jakob Leo, zusammen mit Hof- und Regierungsrat Karl Joseph

⁷ Haus, Franz: Chronik von der Stadt Aschaffenburg oder der lustigen Zeitvertreib, Aschaffenburg 1855, S. 13.

Will, die Stadt vor weiteren Übergriffen der Franzosen zu schützen. Leo bat den französischen Divisionsgeneral Jean Etienne Championnet (seine Truppen lagerten entlang der Aschaff, er selbst hatte im Schloß Quartier bezogen), den Schutz der Stadt und ihrer Bevölkerung zu garantieren, was dieser aber nur beschränkt versprechen konnte. Er versicherte aber in einem persönlichen Schreiben an die Municipalität der Stadt Aschaffenburg:

„... Wir bekriegen nur unsere Feinde, verbrüdern Uns aber mit friedlichen Einwohnern ... und wir machen Uns zur Pflicht, ihre Personen und Eigenthum in Ehren zu halten. Sie können sich auf die französische Großmuth verlassen ...“⁸

So vielversprechend das Schreiben des Generals auch klang, so wenig wurden aber die Anweisungen von den französischen Truppen in den kommenden Wochen ihres „Aufenthaltes“ in der Stadt beachtet; Plünderungen, Erpressungen, Nötigungen und Raufereien waren an der Tagesordnung. Stadtschultheiß Jakob Leo versuchte in dieser schweren Zeit alles Machbare umzusetzen, besorgte, so gut es ging, die notwendigsten städtischen Angelegenheiten und zeichnete sich durch unermüdliche Hilfe verdienstwürdig aus.

Leos Stellung in der Verwaltungshierarchie – sie muß in steter Verknüpfung mit dem Vicedomamt betrachtet werden – war mit nicht unerheblichen Machtbefugnissen ausgestattet: So unterstanden ihm vor der „Franzosenzeit“ Polizei, Administration, Finanzwesen und niedere Gerichtsbarkeit. Er war gleichzeitig auch Beisitzer des Vicedomamtes, dem die Stadt ja untergeordnet war, und wirkte in dessen Polizeiverwaltung mit. Als besondere Aufgaben unterstanden ihm die

Untersuchungen bei größeren Kriminalfällen und deren Exekutionen. Auch als Vorsitzender des Stadtgerichtes, das seit der Reform von 1772 seinen ursprünglichen Charakter als Schöffengericht verloren hatte, mußte Leo die ordentliche Gerichtsbarkeit ausüben bzw. ausüben lassen. Nach 1803, als dem Vicedomamt die peinliche Gerichtsbarkeit entzogen worden war, überließ man dem Stadtschultheißen nur noch die „förmliche Durchführung von Untersuchungen“, die Oberhoheit nahm nun das Oberlandesgericht wahr. Mit der Bildung des Departements Aschaffenburg – Jakob Leo hieß nun als Stadtoberhaupt, wie anfangs schon erwähnt, Maire – wurden ihm aber seine Rechte und Zuständigkeiten beschnitten. So blieb ihm beispielsweise noch die Funktion eines Friedensrichters bei kleinen Klagen im Justizbereich; die Leitung der Polizei und die Ausrüstung der Polizeigerichtsbarkeit wurden ihm dagegen entzogen. Dafür war jetzt ein Polizeidirektor (Kommissär) verantwortlich. Die in der Vergangenheit in dem Stadtschultheißen in enger Verbindung mit den Organen der Selbstverwaltung verkörperte Einheit des städtischen Gemeinwesens war nun formell zerstört.

Als Maire hatte Leo in erster Linie verwaltungs- und vermögentechnische Aufgaben und Pflichten zu besorgen: Er mußte die Aufsicht über das Staatseigentum führen, die Verteilung der Staatssteuern, die Verwaltung des Vermögens und die Einkünfte der Stadt überwachen sowie öffentliche Arbeiten (Anlagen, Denkmäler und Stiftungen) beaufsichtigen. Zur Unterstützung standen ihm drei Adjunkte (Beamte im niederen Dienst) zur Seite, der ehemalige Stadtsyndikus Franz Martin Kurz und die bisherigen Stadträte Kaspar Reindel und Jakob Anton Stuirbrink. Diese Form und Qualität der Selbstverwaltung mit Jakob Leo als Maire

⁸ Bericht des Vicedomamtes von 1796.

an der Spitze der Stadt, wie sie Dalberg geschaffen hatte, trug den „Charakter des Unfertigen, Ungewohnten, der zu Unzulänglichkeiten führen mußte“.

Nach dem Übergang Aschaffenburgs an das Königreich Bayern blieb zunächst der Status quo erhalten; aber auch als Leo zurücktrat und der bislang in Augsburger Diensten gestandene Polizeikommissar Joseph Anton Hörmann von Hörbach die Verwaltung der Stadt Mitte des Jahres 1815 übernahm⁹, änderte sich die innere Struktur der Administration nur geringfügig.

Erst das schon vielzitierte Gemeindeedikt vom 17. Mai 1818 und die zehn Tage später auch in Aschaffenburg verkündete bayerische Verfassung beendeten

teilweise die Gängelung der Selbstverwaltung durch den Staat. Jakob Leo, seit 1797 auch Mitglied der renommierten Aschaffener Schützengesellschaft, hat in seiner fast neunzehnjährigen Amtszeit und unter wechselnden gesellschaftspolitischen Staatsformen als „etwas rauher und autokratischer Beamter“ nach bestem Wissen und Gewissen versucht, die Stadt zu lenken und „seinen Herren“ gerecht zu werden. Einiges ist ihm mißglückt (kein Wunder in dieser wechselvollen und schweren Zeit), vieles hat er aber für die Aschaffener Bevölkerung geleistet. Bemerkenswertes und für die Zukunft Richtungsweisendes soll an dieser Stelle chronologisch festgehalten werden:

1796: Erteilung einer Erlaubnis für den Besitzer der Aumühle, Nikolaus Weingärtner, zur Errichtung einer Ölmühle. Buchbinder und Buchdrucker Melchior Kaufmann darf eine Papiermühle (Grundlage der Aschaffener Papierfabrikation) in Damm errichten.

1797: Vorschläge zur Raumaufteilung des neuen Rathauses: Wohnungen für Stadtschreiber Matthäus Tempel und Polizeidiener Peter Hessler; Büroräume für das Vogteiamt Schweinheim und das hiesige Stadtamt.

1798: Genehmigung für den Umbau der Lohmühle durch den Gerbermeister Tobias Biegen.

1802: Ausschreibung der Konzessionsurkunde für die Gastwirtschaft „Zur Bretzel“ (Dalbergstraße 71) auf Kaspar Reisinger.

1804: Anordnung für die Straßenbeleuchtung.

1804–1807: Kasernenbau in der Goldbacher Straße.

1807: Errichtung einer Kunstschule durch Staatsrat Franz Ignaz Hefner und der Forstlehranstalt durch Sebastian Nau.

1810: Daniel Knode (im Dienste der Familie Dessauer) darf eine Buntpapierfabrik bauen. Auch mit etlichen Persönlichkeiten traf Leo während seiner Dienstzeit zusammen (Dalbergs Minister Franz Joseph von Albin, Kurfürst Karl Joseph von Erthal, Wilhelm Heinse, Jean Paul, Zacharias Werner, Johann Franz Xaver Sterkel, König Maximilian I., Kaiser Franz II. von Österreich und andere), nahm an bedeutenden Empfängen teil und hielt Festansprachen an bestimmten Ehrentagen, obwohl er kein guter Rhetoriker war.

⁹ Aschaffener Volksblatt, Nr. 173 vom 31. Juli 1982.

Am 31. Mai 1825 verstarb Jakob Leo, letzter Stadtschultheiß und einziger Maire, im Alter von 77 Jahren an den Folgen einer Lungenlähmung in Aschaffenburg.

JOSEPH HÖRMANN VON HÖRBACH (1815–1818)

Nach dem Übergang Aschaffenburgs an die bayerische Krone am 26. Juni 1814 wurde die Stadt ein Bestandteil des Untermainkreises. Bei der Übernahme waren zunächst keine größeren Veränderungen des Status quo geplant gewesen, doch die ab 1. Januar 1815 für das Fürstentum wirksam gewordene Angleichung der Gerichtsverfassung an den bayerischen Staat beeinflusste schließlich auch die innere Struktur der kommunalen Verwaltung. Es entstand sogleich ein Stadtgericht (früher Polizeigericht), das nach kurzer Zeit zur Staatsbehörde wurde und somit das traditionelle Zusammenwirken zwischen Ziviljustiz und Stadtverwaltung ablöste. Wie bereits erwähnt¹⁰, vereinigte nun der 1815 an die Spitze der Stadt Aschaffenburg berufene Polizeikommissar Joseph von Hörmann – entgegen der seit 1810 ausgeübten Praxis – Polizeibehörde und Verwaltung in Personalunion. Diese Übergangsphase, gekennzeichnet durch eine übermäßige Gängelung durch den Staat (Trennung von Vermögensverwaltung und städtischer Administration), wurde erst durch das Gemeindeedikt vom 17. Mai 1818 beendet.

Nachdem der letzte Stadtschultheiß Jakob Leo – er war der Vater des späteren Bürgermeisters Gottlieb Leo (1824–1827 und 1831–1835) – im Jahre 1815 aus seinem Amt geschieden war, übernahm der zuletzt in Augsburger Diensten gestandene Beamte Joseph Anton Hörmann von Hörbach als Polizeikommissar die Leitung der Stadt Aschaffenburg.

Joseph Anton Hörmann von Hörbach entstammte einem erbländisch-österreichischen Adelsgeschlecht. Einige seiner nächsten Verwandten bekleideten wie er staatliche, städtische oder militärische Positionen, so seine Brüder Joseph (bayerischer Legationsrat in München) und Franz (bayerischer Leutnant). Er selbst wurde 1778 in Innsbruck geboren, kam über Augsburg nach Aschaffenburg und wurde hier am 28. Januar 1815 zum Polizeikommissar ernannt. Einige Monate nach seiner Amtsübernahme profilierte sich das neue Stadtoberhaupt in der Öffentlichkeit. Am 29. Oktober feierte die Bevölkerung der Stadt den Namenstag von König Maximilian I. Joseph (1806–1825), wobei Hörmann von Hörbach alle anwesenden Aschaffener Persönlichkeiten und geladene Gäste begrüßen konnte. Dazu schrieb die Aschaffener Presse einen Tag später u. a.:

„... Die Festlichkeit des Tages begann Morgens 10 Uhr mit einem feierlichen Hochamte und Te Deum, welchem die königliche Hofkommission, der gesamte Adel, sämtliche Landesstellen, Lokalauthoritäten und Joseph von Hörmann in zahlreicher Menge beiwohnten, und worauf durch den Herrn Weihbischof von Kolborn die Weihe der Fahne erfolgte, welche Se. Exzellenz, der Herr geheime Staatsrath Freiherr von Gruben, dem Landwehrbataillon hiesiger Stadt mit einer gehaltreichen Rede zustellte, die so sehr alle Anwesenden ergriff, daß ein allgemeines, fast unaufhörliches Lebehoch von allen Seiten erscholl, und die Landwehr freudig den Schwur erneuerte, ihren geliebten Landesvater stets treu zu seyn, und für ihn und das Vaterland gerne Leben und Blut zu opfern ...“¹¹

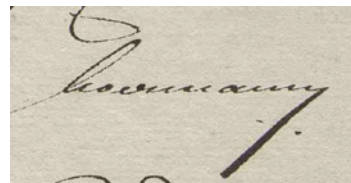
¹⁰ Aschaffener Volksblatt, Nr. 167 vom 24. Juli 1982.

¹¹ Aschaffener Zeitung, Nr. 259 vom 30. Oktober 1815.

In der Amtszeit Hörmann von Hörbachs (1815–1818) waren seine Dienststellen, die bayerischen Polizeikommissariate bzw. Polizeigerichte, ausgesprochene Verwaltungsbehörden, die eigentliche Rechtsfälle an das Stadtgericht weiterzugeben hatten. In Kriminalfällen konnten sie zum Beispiel nur Anzeigen erstatten, Verhaftungen vornehmen und Täter festnehmen; außerdem durften sie bei geringfügigen Gesetzesüberschreitungen Haftstrafen bis zu drei Tagen aussprechen oder fünfzig Gulden Strafgeld verlangen. Über größere Straftaten entschied das Generalkommissariat selbst, dem sie auch unterstanden. Durch diese Stärkung des Stadtgerichtes verschoben sich naturgemäß auch die Kompetenzen der städtischen Organisation. Während früher beim Stadtschultheiß, in französischer Zeit beim Maire, die Administration und Teile der Justiz in einer Hand lagen, waren jetzt Polizei und Strafjustiz den städtischen Behörden entzogen. Das Stadtoberhaupt war nun staatlicher Polizeidirektor geworden, dem aber nur Polizei und Verwaltung unterstanden. Die eigentlichen Auswirkungen dieser „territorialen Umgestaltung“, das hieß, die klare Trennung der Justiz (sie wurde staatlich) von der Verwaltung unter Einschließung der Polizei, wurden erst mit dem neuen „Selbstverwaltungsgefühl“ der Kommunen vom Mai 1818 spürbar.

Eine leichte Aufgabe hatte von Hörmann sicherlich nicht, da er ja, wie eingangs schon berichtet, zwei wichtige Funktionen in Personalunion auszuüben hatte. So mußte er in der ausklingenden Ära der Karls-Universität unter den Studenten oft schlichtend eingreifen, sich mit Direktor Hoffmann über „flegelhafte Vorkommnisse und Aufregungen“ auseinandersetzen. Disziplinarische Strafen waren häufig die Folge der studentischen Rechtsbewegungen, zu denen einige

zählten, über die man heute nur noch schmunzeln kann: Auf der Straße mit Stöcken und langen Tabakspfeifen zu erscheinen, wurde als burschikose Herausforderung gewertet, zumal, wenn solches Auftreten in größerer Zahl und in Reih' und Glied geschah. Deshalb beanstandete von Hörmann diese „Störungen und Anmaßungen“ am 9. April 1816 dahingehend, „daß Studenten in Reihen von 6 bis 8 singend durch die Straßen ziehen und den Verkehr stören sowie bei Tag und Nacht mit brennender Tabakspfeife sich im Freien zeigen.“¹² Der Polizei-Kommissar bezeichnete dieses Gebaren als strafbar und ersuchte deshalb das Direktorium, die Abstellung solcher Unsitten zu veranlassen.



Unterschrift Joseph Hörmann von Hörbach. Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, AM, 4229

Dementsprechend waren auch seine Machtbefugnisse, die trotz seiner guten Kontakte nach Würzburg und München, seiner Kenntnisse der Gesetze und seiner Erfahrungswerte fast immer unter staatlicher Kontrolle blieben. Ungeachtet des Mai-Ediktes, das der Stadt eine gewisse Selbstverwaltung garantieren sollte, griff die staatliche Aufsicht im Laufe der Zeit immer stärker in das Gemeinwesen ein; auch von Hörmann konnte dies für Aschaffenburg nicht verhindern. Gravierende Änderungen seiner Stellung ergaben sich nach der Reform kaum. Nach Verkündung der bayerischen Verfassung am 27. Mai und der Auflösung des

¹² Scherg, Theodor: Dalbergs Hochschulstadt Aschaffenburg. Bd. 1, Aschaffenburg 1954, S. 650.

Fürstentums am 31. Mai hatte er aber in adäquater Position, nur unter anderer Dienstbezeichnung, noch genug Kompetenzen. Zu seiner Wahl zum Polizeidirektor am letzten Maitag des Jahres 1818 hieß es in einer Lokalchronik unter anderem: „... Die drei Pfarrer, Doctoren und das Stadtgericht haben geschworen im Rathaus dem königlichen Polizeydirector von Hörmann ...“¹³

Nun übte also der bisherige staatliche Polizeikommissar als königlicher Stadtkommissar weiterhin die Kontrolle über die Stadt aus, ein unmittelbares Eingreifen in die Magistratsverwaltung war jedoch nicht mehr vorgesehen. Seine Kompetenzen in Polizeifragen wurden schließlich durch eine Verordnung am 15. September 1818 abgesteckt. Rangmäßig stand er aber immer noch über dem Bürgermeister und den Magistratsräten. Nominelles Stadtoberhaupt und damit „Erster Mann“ von Aschaffenburg wurde aber im September 1818 der Handelsmann Christian Pfaff.¹⁴

Joseph von Hörmann blieb aber noch bis 1828 Polizeikommissar in Aschaffenburg und befaßte sich in dieser Eigenschaft auch mit den rechtlichen Folgen des Duells vom 6. September 1824 zwischen dem Forstkandidaten Ferdinand Freiherr von Andrian aus Kemnath und dem Studenten Johann Baptist Berg aus St. Alban in der Fasanerie, bei dem von Andrian tödlich verletzt wurde.¹⁵

Wegen dieses Duells wurden nämlich Justiz und Verwaltung eingeschaltet, wobei das Stadt- und Kreisge-

richt zu Aschaffenburg die Hinterlassenschaft des Getöteten als Erbschaftsangelegenheit versiegelt hatte. Joseph von Hörmann vermutete in der Hinterlassenschaft Briefe, die auf eine verbotene Verbindung hinweisen konnten. Er bekam auf dem Stadt- und Kreisgericht Einsicht in die Papiere, verlangte sie jedoch in barschem, unhöflichem Tone zur näheren Durcharbeitung auf sein Büro, was ihm verweigert wurde. Festgestellt wurde nur, „daß verbotene Verbindungen nicht in Frage kommen“. Das Duell muß rein persönliche Gründe zum Anlaß gehabt haben, die sich irgendwie auf „Aschaffenburgiger Boden abspielten“.¹⁶

Jahre später, 1835, machte der ehemalige Stadtkommissar, inzwischen Geheimrat und Präsident am Landshuter Appellationsgericht, erneut von sich reden: Im „juristischen Nachspiel“ des Gaibacher Festes (27. Mai 1832) führte von Hörbach die Verhandlung gegen den Würzburger Bürgermeister Wilhelm Joseph Behr (1775–1851), der in Gaibach eine „aufwieglersche Rede“ gehalten hatte. Unter anderem machte Behr den Vorschlag, „in einer Adresse an den König den Antrag zu stellen, daß die Verfassung des bayerischen Staates im Wege des Vertrages zwischen Fürsten und Volk dahin geändert werden möge, daß sie ihrem Zweck wirklich entspreche und ihre Aufgabe wirklich befriedigend löse.“¹⁷

Joseph Hörmann von Hörbach verkündete im Einvernehmen mit dem Gericht am 18. September 1835 das Urteil gegen Wilhelm Joseph Behr (er hatte 30 Monate Untersuchungshaft hinter sich), das wie folgt lautete: Behr ist schuldig 1. des fortgesetzten Verbrechens des

¹³ Haus, Franz: Chronik von der Stadt Aschaffenburg oder der lustige Zeitvertreib, Aschaffenburg 1855, S. 24.

¹⁴ Aschaffenburg Volksblatt, Nr. 167 vom 24. Juli 1982.

¹⁵ Freiherr von Andrian-Werburg, Klaus: Der Tod des Anton Freiherr von Andrian-Werburg am 6. September 1824. Zur Duellsäule in der Aschaffenburg Fasanerie, in: Mitteilungen aus dem Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg 5 (1996–1998), S. 262–272.

¹⁶ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MInn, 158.

¹⁷ Franz Leininger: 4. Behr, Wilhelm Josef. Staatsrechtler und Politiker 1775–1851, in: Anton Chroust (Hrsg.): Lebensläufe aus Franken, 4. Band, Würzburg 1930, S. 29–59, dies: S. 57.

nächsten Versuches zum Hochverrat durch seine Schriften vom August 1831 und seine Reden in Gai-
bach, 2. des fortgesetzten Vergehens der Verletzung
der dem Monarchen schuldigen Ehrfurcht, besonders
durch seine Vorstellung vom 25. Juli 1832 betreffend
Nichtvollziehung der Bundesratsbeschlüsse, 3. des
Verbrechens der Beleidigung der Amtsehre, verübt an
der königl. Regierung von Unterfranken durch das
Protokoll vom 18. April 1832.¹⁸ Dieses Urteil bestätigte
schließlich am 30. März 1836 auch das Oberappellati-
onsgericht in München.

Am 1. Mai 1840 wurde Joseph von Hörmann von Kö-
nig Ludwig I. (1786–1868) zum Regierungspräsi-
denten des Isarkreises (Oberbayern) ernannt. Er war zu
diesem Zeitpunkt Staatsrat im außerordentlichen
Dienst und Appellationsgerichtspräsident im Isarkreis.
Seine Pensionierung als Regierungspräsident erfolgte
mit Wirkung vom 1. März 1847.

Am 30. April 1852 verstarb von Hörmann, ein getreuer
Staatsdiener, versierter und intelligenter Jurist, aber
auch ein gefürchteter Polizeikommissar, im Alter von
73 Jahren in München.¹⁹

¹⁸ Vgl. Anm. 12, S. 718.

¹⁹ Putz, Hannelore: Joseph Hörmann von Hörbach (1840–1847),
in: Stephan Deutinger, Karl-Ulrich Gelberg und Michael Ste-
phan (Hrsg.): Die Regierungspräsidenten von Oberbayern im
19. und 20. Jahrhundert, München 2005, S. 107–113.

CHRISTIAN PFAFF (1818–1824)

Durch das neue Gemeindeedikt vom 17. Mai 1818 wurde die bisherige starke Bevormundung der Gemeinden durch die zentrale staatliche Macht weiter abgebaut. Auch die Stadt Aschaffenburg bekam Teile ihres Selbstverwaltungsrechtes zurück, wenn auch nicht in allen Bereichen. Ein Bürgermeister und acht Magistratsräte übernahmen nun die Leitung der städtischen Angelegenheiten, die seit dem Jahre 1815 ein Polizeikommissar (Joseph Hörmann von Hörbach) innehatte. Dieser Kommissar vereinigte entgegen der seit 1810 üblichen Praxis Polizei und Verwaltung in einer Hand. Die acht Magistratsräte der Stadt Aschaffenburg wurden von vierundzwanzig Gemeindebevollmächtigten gewählt, die ihrerseits durch Wahlmänner bestimmt worden waren. Die Person des Bürgermeisters war allerdings weit weniger profiliert als die des früheren Stadtschultheißen oder der Distriktsmaires in französischer Zeit. Dem Stadtoberhaupt und den beiden städtischen Gremien (Magistrat und Gemeindegremium) standen ferner ein rechtskundiger Rat, ein Stadtschreiber und ab 1819 ein Stadtkämmerer zur Seite. Weiterhin übte aber der staatliche Polizeikommissar, nun königlicher Stadtkommissar, die Kontrolle über die Kommune aus. Seine Kompetenzen überschritten „Polizeiangelegenheiten“ allerdings nicht; rangmäßig stand er jedoch über dem Bürgermeister und dem Magistrat. Das waren die wichtigsten Umgestaltungen und kommunalpolitischen Voraussetzungen zu der Zeit, als Christian Pfaff und der neugewählte Magistrat im September 1818 an die Spitze der Stadt Aschaffenburg gewählt wurden, um zu Beginn

des Jahres 1819 ihre Arbeit aufnehmen zu können. Das am 17. Mai 1818 in Kraft getretene Gemeindeedikt zur Wiederherstellung städtischer Selbstverwaltung sah unter anderem vor, daß ein Bürgermeister für sechs Jahre zu bestimmen sei, danach aber „sein Amt niederlegen muß, wenn er nicht aus besonderem Vertrauen wieder gewählt wird“²⁰. Nach Verkündung der bayerischen Verfassung (27. Mai), dem Ende der „provisorischen Regierung der Stadt und des Fürstenthums Aschaffenburg“ und dem „Schwur an die königliche Krone von Bayern“ (31. Mai) wurden am 28. September 1818 der neue Magistrat und der Bürgermeister gewählt. Zum ersten Stadtoberhaupt nach dem Ende der „Dalberg-Ära“ berief der Stadtmagistrat im Einvernehmen mit den Gemeindebevollmächtigten den Handelsmann Christian Pfaff, ehemals Deputatus und Buchhalter des Pfandhauses. Ihm zur Seite standen als rechtskundiger Rat der frühere Departementsekretär beim großherzoglich-frankfurterischen Ministerium, Franz Asmuth (geb. um 1785), und der Stadtschreiber Karl Anton Wagner (1765–1837). Am 31. Dezember übernahm Pfaff mit 8 Magistratsräten und 24 Gemeindebevollmächtigten die Leitung der Aschaffener Verwaltung. Dazu schrieb die „Aschaffener Zeitung“:

„Unser neugewählter Magistratsrath ist seit dem 1ten d., rücksichtlich der Kommunalverwaltung, in voller Tätigkeit. Er besteht aus rechtlichen Männern, von denen sich die Stadt viel Gutes zu versprechen hat.“²¹

Die eigentliche Installation des neuen Bürgermeisters und des Stadtmagistrats begann am Morgen des 5. Februar 1819 im Rahmen eines feierlichen Aktes auf

²⁰ Intelligenzblatt, Nr. 77 vom 23. Juli 1818.

²¹ Aschaffener Zeitung, Nr. 9 vom 11. Januar 1819.

dem Stiftsplatz. Umrahmt von „Bürgermilitär unter Gewehr und begleitet von türkischer Musik“ begaben sich Christian Pfaff und sein rechtskundiger Rat Asmuth zu Stadtkommissar Joseph von Hörmann. Anschließend holte die illustre und honorige Gesellschaft, bejubelt von vielen Bürgern, den königlichen „Extraditions-Commissair“ Landesdirektionsrat Johann Franz Bauer in seiner „Wohnung ab, um dem Zeremoniell im Rathaus beizuwohnen. Was sich im Rathaussaal abspielte, beschrieb der Beobachter der „Aschaffenburg-Zeitung“ wie folgt: „... Sämmtliche Militär-Offiziers-Korps des hier garnisonirenden 14ten Infanterieregiments, sämmtliche öffentl. Behörden hatten sich in dem Saale eingefunden, um Antheil an diesem solennen Akt zu nehmen. Der die Stelle des Stadtschreibers vertretende k. Polizeiaktuar proklamierte unter Pauken- und Trompetenschall die Einsetzung des Magistrats von der Altane herab, und beschloß mit dem Ausrufe: Heil ihm und den Bürgern der Gemeinde. Die Übergabe der Lokal-Polizei-Verwaltung, welche wegen Kürze der Zeit nur summarisch geschah, wurde von Bauer vollzogen, welcher eine gehaltvolle, dem Feste angemessene und die Wichtigkeit der Handlung verkündende Rede hielt, in welcher Sr. Majestät dem Könige, Sr. kön. Hoheit des Kronprinzen, dem allerhöchsten Staatsministerium und Staatsrathe seiner kön. Regierung des Untermainkreises, ein herzliches und dankbares Leben hoch unter Pauken- und Trompetenschall ausgebracht wurde.“²² Das Fest wurde mit einer Messe in der Stiftskirche und einem Ball im Rathaussaal mit anschließendem Feuerwerk fortgesetzt und mit einer „Mitternachts-Rede“ von Christian Pfaff beendet. Der neue Bürgermeister war inthronisiert.

²² Aschaffenburg-Zeitung, Nr. 33 vom 8. Februar 1819.

Die zu den Feierlichkeiten am 5. Februar geladenen Honoratioren und Persönlichkeiten der Stadt bedankten sich auf ihre Weise für die Ehre, die ihnen auf dem „Einführungsfest“ zuteil geworden war. Sie veranstalteten zwei Wochen später, am 17. Februar, einen Ballabend, zu dem es unter anderem hieß: „... Der verehrte Herr Bürgermeister Christian Pfaff, der rechtskundige Herr Rath, die sämmtlichen Mitglieder und Angehörige des Magistrats nebst ihren Familien, so wie auch das gesammte Bürgeroffizierkorps, und viele der, schon zum Gesellschaftsverein im Casino gehörigen, angesehenen Bürger der Stadt wurden zu dem Feste schriftlich eingeladen. Der große Theatersaal war reich geschmückt und beleuchtet; die sämmtlichen königl. Stellen, der Adel, das königl. Militär und alle Mitglieder des Casino, so wie sehr viele eigens eingeladene Bürgersöhne, die Professoren und Studierende, wohnten dem Balle bei, der von 6 Uhr Abends bis Morgens 4 Uhr dauerte, und auf welchem sich, in einem Zirkel von mehr denn 600 Personen, die schönste Eintracht zwischen allen Ständen äußerte. – Jeder entfernte sich mit lauten, und im Herzen tief empfundenen Wünschen: Lange noch lebe Maximilian und sein Königliches Haus!“²³

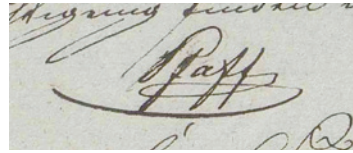
Christian Johann Pfaff wurde am 6. Januar 1770 in Antwerpen geboren, kam noch während seiner Schulzeit nach Aschaffenburg, um sich hier als Handelsmann (später Beamter am Pfandhaus) niederzulassen. Am 23. Februar 1811 beantragte er seine Annahme als Bürger und bat um Aufnahme als Mitglied in den hiesigen Handelsstand; beides wurde ihm nach Vorlage der notwendigen Unterlagen am 29. März gewährt. Schon 1801 hatte Pfaff die Aschaffenburgerin Anna

²³ Aschaffenburg-Zeitung, Nr. 42 vom 18. Februar 1819.

Ursula Bertha (1778–1823) geheiratet, mit der er elf Kinder hatte. Einer seiner fünf Söhne, Adolf Pfaff (1805–1856), war Student der Forstschule und später, 1844, dort Professor. In dieser Position leitete er im Revolutionsjahr 1848 als Hauptmann das von den Forstkandidaten gebildete Freikorps. 1855 wurde er Forstmeister in Kothen (heute Gemeinde Motten/Rhön), starb aber schon ein Jahr danach.

Leicht hatte es Pfaff in seiner Amtszeit keinesfalls, denn auch das Interesse der Bürger am öffentlichen Leben hielt sich in Grenzen. Der Begriff für die Ehre, vom Vertrauen seiner Mitbürger berufen, an der Leitung und Verbesserung der Stadt mitzuwirken, fand noch wenig Anklang. Um so mehr war man „von oben“ bestrebt, zum Beispiel den ehrenamtlichen Charakter des Magistrates hervorzuheben. Zwar sollte Pfaff ein beschränktes Funktionsgehalt von 400 Gulden zustehen, den Magistratsräten aber nur eine Entschädigung von 150 Gulden. Man kam aber überein, dem Bürgermeister jährlich 800 Gulden zuzubilligen; dafür begnügten sich die Räte zunächst mit 50 Gulden monatlich. Aber bald fand man die Entlohnung für die aufgewendete Zeit und Mühe zu gering; bis in die 30er Jahre hinein währten die immer wieder vorgebrachten Klagen über eine endgültige und feste Verfügung. Die Regierung zeigte sich in dieser Frage jedoch hartnäckig.

Aber auch die Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister und Magistrat war kaum befriedigend. Die Magistratsräte wurden nämlich weitgehend auch zu praktischen Tätigkeiten eingesetzt und jeder von ihnen hatte eine besondere Verantwortung. Gleichzeitig waren sie noch, wie auch in früheren Zeiten, die Vorstände der Zünfte, meist sogar für mehrere Innungen. Die „Kleinarbeit“ der laufenden Geschäfte lag in ihren Händen, größere und wichtigere Aufgaben hatten sie wenig.



Unterschrift
Christian Pfaff.
Stadt- und Stiftsarchiv
Aschaffenburg, AM, 7411

Bemerkenswerte Projekte für die Stadt Aschaffenburg und ihre Bürger entstanden in der Amtszeit von Christian Pfaff nicht, sieht man von der Errichtung des Erthal-Denkmal (schon 1805 unter Dalberg begonnen) ab, das 1822 vollendet und in einer Feierstunde mit Pfaff eingeweiht wurde. Schon im Frühjahr 1823 begannen die „Unstimmigkeiten“ zwischen Pfaff, dem Magistrat und den Gemeindebevollmächtigten. Der Bürgermeister war dem Amt nicht mehr gewachsen. Erstmals verhandelten die Magistratsräte unter Leitung des neuen rechtskundigen Rates Johann Adam Heßler (Asmuth war zu Beginn des Jahres 1822 gestorben) auf einer Sitzung am 10. April 1823 über eine vorzeitige Entlassung, bezeichneten sich zwar als „incompetent“, schlugen Pfaff aber vor, „sich bei der königlichen Regierung einen Urlaub von sechs Wochen erwirken zu lassen und ihm 200 Gulden Gratifikation zu bewilligen.“

Einige Wochen später, am 17. Juli, verhandelte man die Entlassung erneut, diesmal in seiner Gegenwart. Festlegen wollte man sich allerdings immer noch nicht, obwohl er eine „Suspendierung“ nahegelegt bekam. (Die Meinung der Regierung in Würzburg sollte abgewartet werden.) Als dann die „Zustimmung“ aus Würzburg kam, legte Pfaff sein Amt nieder. Nach monatelanger Vakanz (unter anderem kostete die neue Gehaltsregelung viel Zeit) wurde schließlich im April 1824 Gottlieb Leo zu seinem Nachfolger gewählt. Am 2. Mai 1845 verstarb Christian Pfaff an Altersschwäche in Aschaffenburg.

GOTTLIEB LEO (1824–1827 und 1831–1835)

Im April 1824 wird Gottlieb Leo zum rechtskundigen Bürgermeister der Stadt Aschaffenburg gewählt. Seine erste Amtsperiode betrug drei Jahre. Dann, im Sommer 1827, löste ihn Franz Josef Feller ab, der jedoch, nach einer ebenfalls nur dreijährigen Amtsdauer, wieder abgewählt wurde. Es gelang schließlich Gottlieb Leo, der sich 1831 nochmals zur Kandidatur stellte, als bisher einzigem Stadtoberhaupt zum zweiten Mal das höchste Amt der Stadtverwaltung zu erringen. Nach vier Jahren, im Frühjahr 1835, löste ihn dann Adalbert von Herrlein, volksnaher und lokalgeschichtlich interessierter königlicher Advokat, als „Erster Mann“ der Stadt ab.²⁴

Gottlieb Leo, der mit Abstand strengste und bei der Bevölkerung nicht gerade beliebteste Bürgermeister im 19. Jahrhundert, war mit diesem Amt bereits „vorbelastet“. Schon der Vater Gottlieb Leos, der Hofgerichtsrat und letzte Aschaffener Stadtschultheiß Jakob Leo, lenkte als rauher und autokratischer Beamter von 1796 bis in die Übergangszeit der Stadt an Bayern (1814) die Geschicke der unterfränkischen Metropole. 1815 mußte er dann dem Augsburger Polizeikommissar Joseph von Hörmann weichen.

Gottlieb Leo wurde am 14. November 1786 in Miltenberg geboren. Seine Eltern waren der ehemalige Vogteivogt und letzte Stadtschultheiß von Aschaffenburg Jakob Leo (1748–1825) aus Mainz und dessen erste Ehefrau Margaretha, geborene Döllinger, aus Aschaffenburg. Seine Mutter verstarb bereits am 21. Januar 1810; sein Vater heiratete dann zum zweiten Mal, und zwar Sophia, geborene Scheidel, aus Frankfurt.

Nach Absolvierung des Gymnasiums immatrikulierte sich Gottlieb Leo an der Karls-Universität zu Aschaffenburg. Von 1803 bis 1805 studierte er Philosophie (die Prüfungen bestand er ausschließlich mit der Note „eins“), von 1805 bis 1808 Jura (auch hier hatte er bei Abschlußtestaten stets sehr gute Zensuren aufzuweisen). Nach einem Jahr Praxis als Adjuvant (Gehilfe) bei seinem Vater legte er 1809 als zweitbesten Studierender die Amtspraktikantenprüfung ab. Mit überdurchschnittlichen Rechtskenntnissen und einem profunden Wissen beendete er auch seine philosophischen Studien (mit seinen Freunden Joachim Wilhelm Asmuth und dem später sehr erfolgreichen Juristen Hugo Franz Karl Scheppler), bei deren Abschluß ihm die „Ehre der öffentlichen Defension“ zuteil wurde; als jüngster aller zwölf Kandidaten trat er anschließend mit 23 Jahren zur juristischen Staatsprüfung an, die er abermals mit einem ausgezeichneten Ergebnis bestand. Seine Verwaltungslaufbahn begann Gottlieb Leo 1814 als Protokollist am Kreis- und Stadtgericht in Aschaffenburg. In dieser Position verblieb er bis 1822, um noch im gleichen Jahr an jener Institution zum Sekretär „aufzusteigen“. Am 4. Mai 1824 reichte er dann seine Entlassung ein, da er bereits am 6. bzw. am 12. März (von Magistrat und Gemeindebevollmächtigten) zum rechtskundigen Bürgermeister der Stadt Aschaffenburg gewählt worden war.

Am 5. Mai, also schon einen Tag nach seinem Ausscheiden aus der Justizbehörde, hatten nach vorheriger Absprache mit Leo beide städtischen Gremien beschlossen, ihren „Favoriten“ als Nachfolger für Christian Pfaff zu „installieren“. Dazu wurde auf Veranlassung von Rechtsrat Johann Adam Heßler folgender einstimmiger Wortlaut als Protokollaufnahme verfaßt: „Von Seiten des Magistrats tritt man den Beschlüssen

²⁴ Aschaffener Volksblatt, Nr. 150 vom 3. Juli 1982.

der Gemeindebevollmächtigten jedoch nur unter der ausdrücklichen Bedingung bey, daß Herr Stadt- und Kreisgerichts-Protokollist Leo in der Eigenschaft als rechtskundiger Rath in allen nach der Verfassung obliegenden Geschäften, wenn er nach Ablauf von drey Jahren nicht wiedergewählt werden sollte, für die zugestandenen 800 fl. (Gulden) Wartegeld arbeiten müsse.“²⁵

Somit war man sich über die Gehaltsfrage nach seiner Amtszeit als Bürgermeister einig geworden, indem man diese „Sicherheitsklausel“ einsetzte. Noch am gleichen Tag, aber in einer anderen Sitzung, erläuterten beide Gremien diesen Beschluß und erweiterten ihn noch etwas:

„Falls Leo nicht wiedergewählt werden sollte ..., wird er die Besorgung und Bearbeitung von städtischen, sowohl Activ- als auch Passiv-Rechts- oder Klagesachen, sowie die Bearbeitung wichtiger Administrativ-Gegenstände zu übernehmen haben. Übrigens läßt dessen Billigkeit und Thätigkeit hoffen, daß, wenn auch keine wichtigen Gegenstände dieser Art zu bearbeiten vorhanden seyn sollten, er doch auch sonstige, seinen Dienstkategorien angemessene Gegenstände zu bearbeiten übernehmen werde.“²⁶

Mit diesem Zusatz wollten sich Magistrat und Gemeindebevollmächtigte sicherlich die juristischen Dienste Leos sichern, denn er war als guter Rechtsvertreter bekannt. Inzwischen hatte Gottlieb Leo auch geheiratet, und zwar Maria Margaretha Tempel, geboren am 19. Dezember 1791 in Aschaffenburg. Sie verstarb am 7. Oktober 1832 nach der Geburt ihres elften Kindes.

²⁵ Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, ProtM 3 (Sitzungsprotokoll des Aschaffener Stadtmagistrates vom 5. Mai 1824), S. 215.

²⁶ Ebd., S. 216.

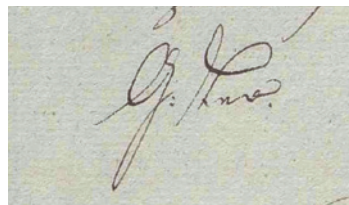
Ein großes Verdienst des Bürgermeisters war die Durchsetzung des Krankenhaus-Neubaues in der Werbachstraße, denn die Anstalt in der Löherstraße genügte den gestiegenen Anforderungen der Zeit nicht mehr; 1824 konnte der Grundstein gelegt werden. Nach zweijähriger Bauzeit und mit einem Kostenaufwand von 28 000 Gulden wurde das Krankenhaus 1826 in Betrieb genommen.

Ein bedeutsamer Tag im Leben des Gottlieb Leo war der 4. August 1826, denn König Ludwig I. (1786–1868) besuchte mit seiner Gattin Therese (1792–1854) Aschaffenburg. Die königlichen Gäste wurden vom Bürgermeister herzlichst empfangen und überschwänglich begrüßt. Über diese Visite berichtete huld- und ehrfurchtsvoll die „Aschaffener Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 5. August unter anderem: „Seit gestern genießen wir hier eine der größten Wohlthaten, welche der beste Landesvater und die huldreichste Landesmutter dankbaren Kindern erweisen, indem sie ihnen in ihrer Mitte den Vorzug gönnen, die ungeheuchelten Empfindungen unbegrenzter Liebe und Ehrfurcht ausdrücken zu können ... Es war gestern abends um 7 Uhr, als Ihre Majestäten der König und die Königin, huldumstrahlt, von dem lauten und herzlichen Jubel eines wonnetrunkenen Volkes begleitet, im erwünschtesten Wohlseyn ihren feierlichen Einzug in hiesiger Stadt hielten. Gewiß waren nie reiner die Äußerungen der Liebe und Anhänglichkeit treuer Bürger, als sie sich hier kund thaten, so wie überhaupt die Fahrt des längst ersehnten Herrscherpaares von Würzburg durch den Spessart deutlich das Bild der Triumphzüge der Könige des Alterthumes vergegenwärtigte ...“²⁷

²⁷ Aschaffener Zeitung, Nr. 186 vom 5. August 1826.

Im Frühsommer 1827 endete Leos erste Amtsperiode. Was Magistrat und Gemeindebevollmächtigte damals im Jahre 1824 (Sitzung vom 5. Mai 1824) zwecks „weiterer Verwendung“ des Juristen Leo als Klausel beschlossen hatten, trat nun ein: Im Namen der Stadt leitete oder bearbeitete er nun Rechtsfälle aller Art. Aber nicht sehr lange, denn nach Ablösung von Franz Josef Feller als Stadtoberhaupt im Frühjahr 1831 wurde Gottlieb Leo am 11. August zum zweitenmal rechtskundiger Bürgermeister. Die feierliche (für ihn schon bekannte) Einführung in sein altes und neues Amt übernahm Stadtkommissar (ab 1834 Regierungskommissar) Karl Joseph Hofheim. Zur Installation äußerte sich wiederum die Aschaffenburgische Presse noch am gleichen Tag in ihrer gewohnten pathetischen Art wie folgt: „Nach Beendigung des Hochamtes (in der Sandkirche) fand um 10 Uhr die Installierung wirklich statt. Unser allverehrter Herr Wahl- und Stadtcommissär Hofheim hielt eine ernste gehaltvolle Rede an die Versammlung, worin er sie zur Bürgertreue und redlichen Erfüllung ihrer Pflichten ermahnte. Die herzlichste Bestimmung, unverkennbar ausgesprochen durch die Ruhe und Freude Aller, die die Worte des Herrn Stadtcommissärs hörten, war die schönste Erwiderung seiner Rede, die er mit einem herzlichen Lebehoch für Se. Majestät den König endigte, welches mit großem Enthusiasmus von der ganzen Versammlung wiederholt wurde; worauf denn Bürgermeister Leo, nachdem er dem Stadt- und Wahlcommissär seine Freude über die geschehene Wahl bezeugt und die Versicherung einer treuen Verwaltung seines neuen Amtes gegeben hatte, sich an die ganze Versammlung wendete, indem er der ganzen Bürgerschaft für das ihm geschenkte Zutrauen dankte, forderte er den Magistrat und die Gemeindebevollmächtigten auf, ihn durch ihren Rath

und Mitwirkung kräftig zu unterstützen. Er wünschte Gerechtigkeit, Treue und Gehorsam gegen Regenten und Vorgesetzten, Liebe und Friede mit Allen, und besondere Liebe gegen Leidende am allermeisten aber für die Jugend ...“²⁸



*Unterschrift Gottlieb Leo.
Stadt- und Stiftsarchiv
Aschaffenburg, AM, 8742*

Gottlieb Leo „regierte“ nun drei weitere Jahre die Stadt Aschaffenburg. In dieser Amtsperiode nahm unter anderem das nach Aschaffenburg verlegte Appellationsgericht für den Untermainkreis im Schönborner Hof seine Sitzungen auf (10. April 1833), wurde die Landwirtschafts- und Gewerbeschule errichtet (24. November 1833) und der Verkehr von Eilschiffen nach Frankfurt aufgenommen (4. März 1834). Allerdings, wie eingangs schon erwähnt, handelte Leo nicht immer im Sinne der Bevölkerung. Besonders abweisend stand er oft der Hochschule gegenüber, obwohl er ihr doch seine ganze Ausbildung verdankte. Er kritisierte ständig die dort herrschende, nach seiner Meinung mangelhafte Disziplin und geriet mehrmals in heftigen Zusammenstoß mit ihrem Leiter Johann Joseph Ignaz Hoffmann. Beispielhaft für seine Antipathie gegen das Lyceum war ein Ereignis am 20. Juni 1834. An diesem Tage befaßte sich die Professorenkonferenz mit einer Anzeige des Anstaltspedells Josef Kieser, „daß Herr Bürgermeister Leo dahier ihn unterwegs gefragt habe, wer die Aufsicht über die Lyceisten in der Studienkir-

²⁸ Aschaffenburgische Zeitung, Nr. 191 vom 11. August 1831.

che führe“. Kiesers Antwort: „Die Herrn Professoren und er.“ Leo äußerte sich erbost und bemerkte in rüdem Ton: „Es werde eine schlechte Aufsicht geführt; die Lyceisten läsen Romane während des Gottesdienstes und betrügen sich unanständig; er selbst habe das gesehen.“²⁹

Auf diese überzogene Rüge Leos beschloß die Konferenz anschließend, „den Bürgermeister zu ersuchen, diejenigen zu nennen, welche sich auf die bemerkte Weise verfehlt haben sollen, damit man weiteres verfügen könne“³⁰. Das Rektorat nahm daraufhin die Untersuchung auf. Es stellte sich schließlich heraus, daß ein Lyceist nur ein Erbauungsbuch mit buntem Einband gelesen hatte.

Dieser Vorfall zeigte eindeutig Leos Einstellung gegenüber dem Lyceum, wodurch das Ansehen (auf Grund noch einiger anderer solcher Fälle) der Stadt bei Regierung, Ministerium und selbst beim König geschädigt wurde. Sein Benehmen diesbezüglich war um so unangebrachter, da er als Aschaffener Bürgermeistersohn und wiederum selbst als Bürgermeister weit mehr auf einen guten Eindruck der Stadt hätte halten müssen. An der Karls-Universität genoß er bekanntlich seine ganze Hochschulbildung, deren erfolgreiche Tätigkeit er bei der Anmeldung zu seinem juristischen Staatsexamen mit Stolz hervorhob. Um so mehr hätte Leo Grund gehabt, dem Lyceum als Nachfolge-Anstalt der Karls-Universität Gunst und Wohlwollen entgegenzubringen, anstatt ihm in leichtfertiger und übelwollender Weise Schwierigkeiten zu bereiten.

²⁹ Scherg, Theodor: Dalbergs Hochschulstadt Aschaffenburg. Bd. I, T. 2, Aschaffenburg 1954, S. 761.

³⁰ Protokoll des Aschaffener Lyceums vom 20. Juni 1834.

Zwei Jahre vorher geschah etwas, das besonders die kleinliche und auch kommerzielle Art und Weise Leos charakterisierte, als nämlich durch einen Unwetter Schaden sein Baumbestand und sein Kohlfeld beschädigt wurden. Unter Vorsitz von Rechtsrat Wilhelm Konrad Bühler (1800–1854) verhandelten die Gemeindebevollmächtigten auf einer Sitzung über eine von Leo angestrebte Entschädigung. Sie kamen zu folgendem Resultat, das ganz in seinem Sinne war:

„Die Stadtkämmerei wird angewiesen, an den Herrn Bürgermeister Leo auf den Grund der Kurfürstlich Erzkämmerischen Landesdirections-Verordnung vom 3. Jänner 1806 den durch das Protokoll des Königlichen Kreis- und Stadtgerichts vom 26. November 1831 auf 36 fl. abgeschätzten Schaden für 31 abgehauene Bäumchen und 25 Stück Rosenkohl mit sechsunddreißig Gulden gegen Quittung zu bezahlen.“

Diese beiden Vorkommnisse machten deutlich, daß Aschaffenburgs Bürgermeister Eigenarten besaß, durch die ihm keine besonderen Sympathien seitens der Bevölkerung entgegengebracht werden konnten. Gegen Ende des Jahres 1834, am 6. Dezember, stellte Leo das Gesuch um Ausstellung eines Verehelichungszeugnisses, da er zum zweitenmal zu heiraten gedachte. Magistrat, Gemeindebevollmächtigte und Armenpflegschaftsrat hatten nichts dagegen einzuwenden, und so ehelichte er eine Woche später Juliane Sixtus, geboren am 28. April 1792 in Rothenfels, verstorben am 10. November 1858 in Aschaffenburg.

Einige Monate danach war Gottlieb Leos zweite Amtsperiode abgelaufen. An eine erneute Wiederwahl war nicht mehr zu denken, auch begann sich sein Gesundheitszustand zu verschlechtern. Nach einem noch verhältnismäßig passablen Abgang als Stadtoberhaupt verscherzte Leo sich zu Beginn des Jahres 1836

allerdings auch einige Sympathien bei den Behörden, als er in zäher und nicht immer lauterer Art und Weise seine Pension bzw. deren Erhöhung einklagen wollte. Der Aschaffener Magistrat unter seinem neuen Bürgermeister Adalbert von Herrlein ließ sich allerdings nicht beirren. Nach eingehenden Prüfungen der Forderungen Leos – die Regierung wurde in allen Fragen stets konsultiert – beschloß das Gremium am 30. Juni 1836, sich keinesfalls auf die gewünschte Pensionshöhe des Ex-Stadtoberhauptes einzulassen, und begründete seinen Standpunkt wie folgt: „Der Magistrat hält die angeführten Gründe nicht für hinreichend, dem Antrage des Bürgermeisters zu willfahren, im Gegentheile hat er in Rücksicht sowohl auf die seither mit

aller Umsicht und Rechtlichkeit geführten Geschäfte des Magistrats sowie auf seinen Ruf als Rechtsanwalt das volle Vertrauen, daß er diesen für die Stadt in seiner Folge so wichtigen Rechtsstreit allen Fleiß aufbieten und alles anwenden werde, was für die Stadtgemeinde ersprießlich ist.“

Zum Abschluß bzw. zu einer Einigung über sein Ruhegeld kam es aber nicht mehr, denn am 18. Februar 1837 verstarb Gottlieb Leo im Alter von 50 Jahren an den Folgen einer Lungenkrankheit. Heute ist er trotz zweier Amtsperioden fast gänzlich vergessen und steht ganz im Schatten seiner Nachfolger, besonders des berühmten und volksnahen Adalbert von Herrlein.

FRANZ JOSEF FELLER (1827–1831)

Nach Ablauf der ersten Amtsperiode von Gottlieb Leo im Jahre 1827 wählten Magistrat und Gemeindebevollmächtigte am 12. Februar des gleichen Jahres den ehemaligen Kaufmann und jetzigen Kreis- und Stadtgerichtsschreiber Franz Josef Feller zu seinem Nachfolger. Der neue Bürgermeister, im Gegensatz zu kommenden Amtsinhabern nicht „rechtskundig“, war bei einigen seiner Dienstauführungen nicht gerade mit einer glücklichen Hand gesegnet. Er konnte auch in seiner unfreiwillig begrenzten Amtszeit oftmals entstandene Kontroversen zwischen ihm, dem Magistrat und den Gemeindebevollmächtigten nicht ausräumen und mußte schließlich schon im Frühjahr 1831 das höchste Amt der Stadtverwaltung wieder an seinen Vorgänger abtreten. Feller war auch kein geborener Kommunalpolitiker, der sich durch markante Bauten, neu angelegte Straßenzüge, reformierende Schulprojekte oder soziale Neuerungen ein Denkmal für die Zukunft setzen konnte. Einige Verdienste hat er sich natürlich dennoch erworben, durch die seinen Nachfolgern manches leichter fiel. In den Annalen der Stadtgeschichte ist Feller aber ein Unbekannter geblieben, sieht man von seinem „Fehltritt“ ab, der ihm nicht nur seine Position, sondern auch seinen Ruf kostete. Am 6. April 1773 wurde Franz Josef Feller in Aschaffenburg geboren. Sein Vater, der Feinbäcker Gerhard Feller aus Wittlich in der Eifel, ließ ihn nach Abschluß der Schulzeit den Beruf eines Kaufmanns erlernen. Auf Grund seiner sehr guten Kenntnisse von „Wort und Schrift“ gelang es ihm später sogar, Protokollschreiber am Kreis- und Stadtgericht zu werden.

Verheiratet war Feller mit Anna Maria, geborene Menten (1779–1844), aus Aschaffenburg. Aus dieser Ehe gingen drei Kinder hervor: Christoph (Revierförster in der Rheinpfalz), Eva Maria (sie übersiedelte später nach Speyer) und Maria Anna (sie heiratete den Lehrer Konrad Buhl). Im Gegensatz zu fast allen seinen Nachfolgern wurde Franz Josef Feller erst im verhältnismäßig hohen Alter von 54 Jahren zum Bürgermeister der Stadt Aschaffenburg gewählt. Nach Ablauf der dreijährigen Amtszeit von Gottlieb Leo im Frühsommer 1827 wählten die beiden maßgeblichen Gremien am 12. Februar 1827 den inzwischen zum Kreis- und Stadtgerichtsschreiber avancierten Feller zu seinem Nachfolger.

Neben den obligatorischen Aufgaben und Pflichten als Stadtoberhaupt widmete sich Feller in der Folgezeit besonders den „Sitten und der Erziehung“ der Schüler und Studenten des Gymnasiums bzw. der Forsthochschule. Zwei Beispiele aus dem Jahre 1829 spiegelten auch sein persönliches Engagement in der Schulpolitik wider: Der Schulpatriarch Johann Joseph Ignaz Hoffmann (1777–1866), Direktor der Forsthochschule und des Lyceums in Personalunion, glaubte zu diesem Zeitpunkt, daß zwischen den in der Vergangenheit (1827–1828) oft rivalisierenden Studenten und Lyceisten keine „Zusammenstöße“ mehr vorkommen könnten, bei denen Polizeikräfte und Bürgermeister einschreiten müßten. Einen diesbezüglichen Rückschlag erfuhr er jedoch erstmals am Neujahrstag des Jahres 1829. Einige Lyceisten trafen sich zu fröhlicher Wein- und Bierrunde in der Zang'schen Wirtschaft. Gegen 23 Uhr wurden sie dann nach Benachrichtigung des Wirtes durch die Polizei aufgefordert, nach Hause zu gehen, besuchten aber stattdessen ein anderes Gasthaus (Völker'sche Wirtschaft). Dort ver-

langten sie erneut, nur etwas lautstärker, Wein und Bier, wurden aber nicht mehr bedient und mußten sich deshalb verabschieden, was sie nicht gerade leise taten. Diesen Vorfall von Ruhestörung leitete der angerufene Magistrat an Direktor Hoffmann weiter, der die Betroffenen auch rügte, sich aber trotzdem über die Umgangsformen der Polizei bei Bürgermeister Feller beschwerte. Am 2. Januar schrieb er deshalb an das Stadtoberhaupt einen Brief, in dem es unter anderem hieß:

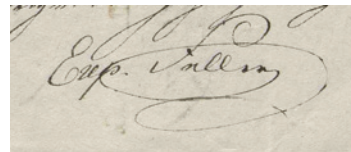
„Wenn indessen die Angabe mehrerer Lyceisten gegründet ist, daß ihnen diese Feierstunde geboten wurde mit Ausdrücken wie ‚Jetzt packt euch sogleich weg!‘, so wird der verehrliche Magistrat die Unschicklichkeit solcher Äußerungen erkennen und gewiß Sorge tragen, daß die Polizei-Mannschaft zwar mit Ernst, aber doch auch mit der jedem höheren Studierenden gebührenden Achtung, sich in solchen Fällen benehme. Mit ausgezeichnete Hochachtung besteht – Hoffmann.“

Fellers Rechtsrat Johann Adam Heßler (1764–1832) jedoch verteidigte die Polizei und wies in einem Antwortschreiben vom 22. Januar darauf hin, daß sich die Lyceisten gegenüber der Polizeibehörde „störrisch und herausfordernd“ benommen hätten. Deshalb sei die ausgesprochene Rüge gerechtfertigt.

Der zweite Vorfall dieser Art ereignete sich am 4. April des gleichen Jahres, als die drei Forstkandidaten Karl Amrhein, Franz Hartlaub und Simon Miltenberger wegen „überlauter, nächtlicher Ruhestörung“ einen Polizeieinsatz herausforderten, in den sich Bürgermeister Feller selbst einschaltete. Im Protokoll vom gleichen Tag hieß es dazu:

„Die drei mehr vom Nichtstun und dem Bummel obliegenden Kandidaten wurden am 4. April 1829 von der

Polizei gestellt und zur Ruhe verwiesen. Dabei kam es zu einem noch lauterem Wortwechsel zwischen ihnen und den Polizisten, wobei beiderseits sehr grobe und nicht gut wiederzugebende Worte fielen. Das Ende war, daß der Hauptschreier Amrhein von dem Bürgermeister Feller als Vorstand der Polizeibehörde 12 Stunden Karzer und die Tragung der Kosten des Verfahrens zudiktiert bekam.“



*Unterschrift Josef Feller.
Stadt- und Stiftsarchiv
Aschaffenburg, AM, 3059*

In seiner Eigenschaft als oberster Dienstherr der Polizeibehörde hatte Feller schon 1828 eine „Instruction für die Polizei-Mannschaft der Stadt Aschaffenburg“ ausarbeiten lassen, die kurz darauf von Magistrat und Gemeindebevollmächtigten abgesegnet wurde und am 20. Januar 1829 in gedruckter Form erschien. Mit Hilfe dieser Verordnungen und des im gleichen Jahr als Rechtsrat eingestellten, im Revolutionsjahr heftig umstrittenen Wilhelm Konrad Bühler (1800–1854), versuchten Bürgermeister und ausführende Justizorgane, Ruhe und Disziplin zu garantieren, wie die geschilderten Beispiele zeigten, obwohl diese strengen Maßnahmen nicht im Sinne von Direktor Hoffmann waren.

Die bescheidenen Verdienste, die sich Feller erwarb, sind schnell genannt, sollen aber keinesfalls geschmälert werden. Durch seine Fürsprache bzw. Vermittlung war es zum Beispiel der protestantischen Gemeinde in Aschaffenburg im Jahre 1830 ermöglicht worden, den ehemaligen Scholasteriehof „Zum Schelmen“ für 4550 Gulden dem „Stillstand“ abzukaufen, um dort beten

und den evangelischen Kindern Religionsunterricht erteilen zu können. (1837 wurde an dieser Stelle der Grundstein zum Bau der Christuskirche gelegt; die Einweihung fand nach zweijähriger Bauzeit 1839 statt.)

Auch den weiteren Ausbau des städtischen Wasserleitungsnetzes förderte Franz Josef Feller. Nachdem schon 1817 die Zeughaus-Leitung zur Versorgung der alten Kaserne in der Goldbacher Straße gelegt worden war, baute die Stadt auf Drängen Fellers 1831 die Büchelberg-Leitung, die aus den Quellen am Röderberg gespeist wurde.

Eine interessante Begegnung hatte der Bürgermeister im Jahre 1828: Bevor der romantische Maler Ludwig Emil Grimm (Bruder von Jakob und Wilhelm Grimm) mit dem Bildhauer Wilhelm Henschel zum Dürerfest nach Nürnberg reiste, machte er in Aschaffenburg Station, wurde von Feller empfangen und begrüßt und war anschließend Gast im Brentano-Haus.

Die Amtszeit Fellers näherte sich bereits mit Ablauf des Jahres 1830 ihrem Ende. Grund für seine bevorstehende Ablösung war eine Art Unterschlagung, die man mit Steuerhinterziehung bezeichnen könnte. Aschaffenburgs erster rechtskundiger Rat, Johann Adam Heßler, sein Stellvertreter Wilhelm Konrad Bühler und die Magistratsräte Stuirbrink, Lisner, Petermann, Marzel, Gundlach, Kittel und Betz hielten deshalb am 29. März 1831 eine Sitzung ab, auf der ein „Concurs-Verfahren“ gegen den inzwischen vom Amt suspendierten Bürgermeister eingeleitet wurde (Thema: Zwangsverkauf seines Hauses). Der Entwurf wurde dem königlichen Oberappellationsgericht in Würzburg zugestellt, das am 26. Juli eine öffentliche Ausschreibung zum Verkauf des Anwesens erlaubte, die dann am 5. August in der „Aschaffener Zeitung“

abgedruckt wurde und folgenden Wortlaut hatte:

Bekanntmachung:

„Da dem auf das bisher vom vorhinigen Bürgermeister Feller dahier bewohnte und nun geräumte Wohnhaus Lit.B. Nro. 10 neulich gelegten Meistgebote zu 1755 Gulden der Zuschlag nicht ertheilt wurde, so wird weiterer Termin zur Versteigerung dieses Wohnhauses auf Montag den 8ten August nachmittags 2 Uhr bestimmt, wozu die Strichsliebhaber hierher in das Gerichtslocale eingeladen werden. Wer Einsicht von dem fraglichen Hause nehmen will, kann sich inzwischen bei Gericht melden.“³¹

Nachdem der neue Versteigerungstermin (8. August) die erforderlichen „Unkosten für die Stadtkasse“ eingebracht hatte, verhandelte der Magistrat am 31. Oktober nochmals gegen Feller. Der erneut verfaßte Entwurf für eine weitere Bestrafung wurde diesmal dem Kreisgericht Aschaffenburg zugestellt, das Feller zur Zahlung aller entstandenen Kosten verurteilte. Das ehemalige Stadtoberhaupt zog sich nach Abschluß aller Verhandlungen gänzlich aus dem öffentlichen Leben zurück, erkrankte 1833 schwer und verstarb schließlich am 2. September 1834 im Alter von 61 Jahren an Lungenschwindsucht. Kurz nach seinem Tode war er schon fast vergessen, heute kennt kaum noch jemand seinen Namen, und auch daß Franz Josef Feller einmal als „Erster Mann“ der Aschaffener Stadtverwaltung vorstand, ist weitgehend aus dem Bewusstsein geraten.

³¹ Aschaffener Zeitung, Nr. 186 vom 5. August 1831.

ADALBERT VON HERRLEIN (1835–1864)

Nach Ablauf der zweiten Amtsperiode (1831–1835) von Gottlieb Leo wurde Adalbert von Herrlein zu seinem Nachfolger gewählt. In der knapp dreißigjährigen Amtszeit des neuen rechtskundigen Bürgermeisters entwickelte sich aus der behaglichen und fast dörflich anmutenden Kleinstadt (jeden Morgen trieb ein Viehhirt Rinder, Kühe und andere Tiere zur Weide) mit ihren rund 7000 Einwohnern eine Großgemeinde, die unter seiner Regie ein völlig anderes Gesicht bekommen sollte. Das Stadtbild hatte sich bis zu seinem Rücktritt im Jahre 1864 stark verändert und war nun städtischer geworden: Die Anlegung der Ludwigsallee (mit der 1843 errichteten Ludwigssäule, die vorher auf dem Schloßplatz stand) und der Anlagen auf dem Büchelberg, die Einführung der Gasbeleuchtung, die Überwölbung des Löhergrabens, die Errichtung der Landingstraße und die Umwandlung von Weiden und Feldern in Bauland waren neben der Gründung von Feuerwehr, Knabenwaisenhaus und Sparkasse die bemerkenswertesten Leistungen in der Amtszeit von Adalbert von Herrlein, der es auch verstanden hatte, im Revolutionsjahr 1848 das Vertrauen der Bevölkerung zu behalten.

Adalbert von Herrlein wurde am 20. Mai 1798 auf dem Gräfenhof bei Pfarrweisach, Kreis Ebern, geboren. Dieser Gräfenhof war bis zum ausgehenden 18. Jahrhundert im Besitz der Freiherrn von Stein aus Altenstein, bis er im Jahre 1797 von seinem Vater, dem Bamberger Hofrat und Gutsbesitzer Dr. Valerius von Herrlein, übernommen wurde.

Materiell abgesichert und wohlbehütet, erzogen in christlich-konservativer Umgebung, absolvierte von Herrlein bis zum Sommer 1820 das Gymnasium zu Bamberg. Noch im selben Jahr immatrikulierte er sich für das Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Würzburg, die er jedoch im Sommer 1823 wegen „burschenschaftlicher Tendenzen“ frühzeitig verließ. Vom Oktober 1823 bis zum September 1826 „erlernte“ er die nötige juristische Praxis am Landgericht Karlstadt.

Diese Tätigkeit unterbrach er aber kurzfristig im Herbst 1826, um an der Universität Würzburg sein Staatsexamen abzulegen. Mit der Traumnote „Eins“ kehrte von Herrlein nach Karlstadt zurück, wo er bis zum Winter 1827 blieb. Seine bislang erworbenen Kenntnisse kamen ihm zugute, als man ihm für ein Jahr (1827/28) eine Stelle an den Landgerichten Landau und Zweibrücken anbot. Nach dieser weiteren Lehrzeit in der „lebendigen Juristerei“ gelangte er schließlich über das Landgericht Arnstein (Frühjahr 1828 bis Herbst 1829) nach Aschaffenburg, um sich hier als königlicher Advokat niederzulassen. Nachdem der nun 32 Jahre alte Jurist im Juni 1830 die Bestätigung des Landgerichtes Ebern über seine „Entlassung aus der Militärpflicht“ erhalten hatte, reichte er zwei Monate später bei Rechtsrat Wilhelm Konrad Bühler das Gesuch zur Verehelichung mit Elisabetha Würdtwein – geboren am 13. Mai 1804 in Aschaffenburg, verstorben am 26. Januar 1873 ebenfalls in Aschaffenburg – ein. Die „Erlaubnis“ zur Eheschließung erhielt er schon einen Tag darauf gegen eine Gebühr von einem Gulden und 49 Kreuzern. Die Eltern seiner Frau stammten beide auch aus Aschaffenburg: Jagdsekretär Franz Xaver Würdtwein und Eva, geborene Hettinger.



*Adalbert von Herrlein, Porträt von Adalbert Hock.
Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Foto Alfen*

Die ohnehin schon erfolgreiche Laufbahn des königlichen Rechtsanwaltes Adalbert von Herrlein erreichte im Frühjahr 1835 ihren absoluten Höhepunkt: Er wurde zum rechtskundigen Bürgermeister der Stadt Aschaffenburg gewählt, nachdem, wie eingangs schon erwähnt, Gottlieb Leo nach vierjähriger zweiter Amtsperiode zurückgetreten war. Zu den Installationsfeierlichkeiten kamen alle Persönlichkeiten der Stadt, und auch der größte Teil der Einwohnerschaft freute sich über diese Wahl, denn von Herrlein war, wie sich der Heimatforscher Guido Hartmann ausdrückte, „ein

Spiegelbild seines Wesens“. Dieses Urteil begründete Hartmann, indem er ihn wie folgt charakterisierte: „... Es lag eine großzügige Art in ihm, die sich über alles Philiströse mit temperamentvoller Geradheit hinwegsetzte ... Geist und Gemüt gediehen in gleicher Weise an der Stätte, die sein Wesen beseelte. In unermüdlichem Eifer suchte er sein Wissen bis in die spätesten Lebensjahre zu vervollkommen und riß andere in seinem Vorwärtsstreben mit sich. Sein Interesse erstreckte sich auf alle möglichen Gebiete. Er legte Mineralien-, Pflanzen- und Schmetterlingssammlungen an und bereicherte durch eine Kollektion Steinproben aus seinem Besitz die städtischen Sammlungen, an deren Erweiterung er mitarbeitete ... Adalbert von Herrlein liebte gleich zärtlich Blumen und Bücher. Wie rührend ist dieser Zug an dem Manne, der mitten im heißen Lebenskampfe stand. In Aschaffenburgs Bürgermeister vereinigte sich lebendiger Natursinn mit inniger Liebe zur schöngestigen Literatur ...“³²

Kurz nach seinem Amtsantritt als Stadtoberhaupt entwickelte von Herrlein Pläne, deren Ausführung nicht lange auf sich warten ließen, denn die Stadt sollte unter allen Umständen attraktiver werden, damit auch ein wirtschaftlicher Aufschwung abzusehen war. So griff er im Frühjahr 1836 eine Idee der Königlichen Regierung des Untermainkreises in Würzburg zur Gründung einer Sparkasse auf, deren Errichtung schließlich am 24. September des gleichen Jahres mit den vorgelegten Statuten vom Staatsministerium des Innern in München genehmigt wurde. Ein Jahr darauf, am 8. Juli 1837, konnte in seinem Beisein der Grundstein zur Erbauung der evangelischen Pfarrkirche gelegt werden, die bereits nach nur zweijähriger Bauzeit am 14. April

³² Aschaffener Geschichtsblätter 1907, Nr. 3 (1. Mai), S. 20.

1839 geweiht wurde. Neben seinen schon von Guido Hartmann genannten „Hobbys“ setzte sich von Herrlein unentwegt für eine weitere Bauentwicklung in der Stadt ein. Gelegentlich kam ihm deshalb auch die Idee von König Ludwig I. (1786–1868), ein „Pompejanisches Haus“ in Aschaffenburg errichten zu lassen. Die Bauarbeiten zum Pompejanum begannen dann auch im Jahre 1842 unter Leitung des prominenten Oberbau Rates Friedrich von Gärtner, assistiert von Professor Karl Ludwig Louis, und wurden 1848 abgeschlossen. Die Stadt war um eine Attraktion reicher, ihr Bürgermeister hatte dieses Gebäude mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert. Zum Andenken an König Ludwig I. konnte schon ein Jahr später, 1843, die Ludwigssäule errichtet werden, die erst den Schloßplatz, danach die neu angelegte Ludwigsallee zierte. Wie besonnen und abgewogen Adalbert von Herrlein auch in politisch brisanter Zeit handeln konnte, bewies sein Verhalten im Revolutionsjahr 1848. Die Ideen der bürgerlichen Freiheit fanden nämlich auch in Aschaffenburg Aufnahmebereitschaft. Die Wut vieler Einwohner richtete sich zwischen dem 5. und 20. März vor allem gegen Persönlichkeiten, die sehr unbeliebt waren: Lotteriebeamter und Kommandant der Bürgerwehr, Major Stephan von Kaden (1801–1862), Rechtsrat Wilhelm Konrad Bühler (1800–1854) und Assessor Franz Josef Mahut (1800–1857). In stürmischen Versammlungen und Protesten erzwangen die Bewohner der Stadt schließlich den Rücktritt der „Übeltäter“. Zum Verhalten von Bürgermeister von Herrlein hieß es bei Köhl unter anderem: „... Vermutlich war es in erster Linie dem besonnenen Verhalten des Bürgermeisters von Herrlein, des Stadtrates Franz Dessauer und des Forstmeisters Dr. Müller zu verdanken, daß die Kundgebungen in der Stadt sich nicht in schärferer Weise

auswirkten. Dies gilt besonders auch von dem Zug der Dammer Bauern, die, mit Sensen und Mistgabeln bewehrt, vor das Landgericht zogen und dort hauptsächlich die angebrachte Forderung vertraten, wie früher wieder, der städtischen Polizei unterstellt zu werden ...“³³

Glaukt man den Aufzeichnungen des Chronisten, so wurde die Revolutionsbewegung in Aschaffenburg nur von einem geringen Teil der Bevölkerung unterstützt, denn am 12. April konnte von Herrlein auf einer Versammlung nachträglich konstatieren, daß „die Stadt auf dem Boden einer konstitutionellen Monarchie mit volkstümlichen Institutionen stehe“. Noch im Revolutionsmonat März gründeten 29 sportbegeisterte junge Leute den Turnverein Aschaffenburg, Bürgermeister von Herrlein wünschte für die Zukunft viel Erfolg. Weitere Vorhaben, natürlich stets im Einvernehmen mit Magistrat und Gemeindebevollmächtigten, setzte der Bürgermeister in den kommenden Jahren in die Tat um: So wurden allein 1850 das Rathaus durch einen Umbau im Innern bedeutend vergrößert, der Wochenmarkt für Viktualien vom Stiftsplatz in die Landingstraße verlegt und eine Telegraphenstation im Obergeschoß eines Privathauses am Heralltor errichtet. Nach der Ludwigssäule 1843 ließ von Herrlein 1853 ein weiteres Denkmal aufstellen: Zu Ehren des berühmten Geschichtsschreibers Lambert von Hersfeld, der im Jahre 1058 in Aschaffenburg zum Priester geweiht worden war, wurde auf dem Karlsplatz ein einfaches Monument enthüllt.

Die Erforschung der lokalen Geschichte kam aber trotz der schon genannten städtebaulichen Aktivitäten und

³³ Köhl, Willi: Aschaffenburg. Urgeschichte, Geschichte, Wirtschaft, Aschaffenburg 1935, S. 117.

der unvermeidbaren Repräsentationspflichten eines Stadtoberhauptes keinesfalls zu kurz: So wurde von Herrlein Vorsitzender des ersten Aschaffener Geschichtsvereins, der 1854 als örtliches „Bezirks-Comite“ des Würzburger „Historischen Vereins“ gegründet wurde. Er sammelte auch als erster die Sagen des Spessarts, beteiligte sich an Ausgrabungen des „Bezirks-Comites“ und veröffentlichte 1857 einen „Führer durch Aschaffenburg und seine Umgebung“.

Am 1. August 1860, von Herrlein war nun bereits 25 Jahre „Erster Mann“ der Stadtverwaltung, stellte er einen Antrag zur Aufbesserung seines Gehaltes von bisher 1200 fl. (Gulden) auf 1500 fl. jährlich. Nach längeren Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Gemeindebevollmächtigten auf der einen und der Kammer des Innern in Würzburg auf der anderen Seite, konnte schließlich am 11. Oktober seine Forderung erfüllt werden. Gründe: seine langjährige Amtszeit, die gestiegenen Preise und seine bedeutsamen Verdienste zum Wohl und Ansehen der Stadt Aschaffenburg. An diesem 11. Oktober feierte die Stadt Aschaffenburg auch ein grandioses Fest, das verdient, als Zusammenfassung aufgezeichnet zu werden: Es war das 25-jährige Dienstjubiläum des Adalbert von Herrlein. Ein extra zusammengestelltes Komitee, zu dem unter anderem Kaufmann Johann Adam Müller, Weinwirt Peter Kittel, Seifensieder Anton Bleistein, Schreiner Franz Niesner, Professor Eduard Döbner und Tierarzt Johann Georg Seubert gehörten, entwarf und verschickte zahlreiche Einladungen an Vereine, auswärtige und hiesige Privatpersonen sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Stadt und Umgebung. Zum Verlauf der Festlichkeiten hieß es dann: „Bereits am Vorabend brachte der Gesangverein ‚Melomania‘ dem Jubilar eine Serenade mit Musik und

Fackelbegleitung, am Tag selbst in der Frühe um 10 Uhr versammelten sich der Stadtmagistrat und die Gemeindebevollmächtigten sowie die Landwehr-Offiziere im Rathaussaale, um ihre Glückwünsche darzubringen. Herr Rechtskundige Rat Julius Schmitt sprach im Namen beider Colegien die Anrede, und überreichte von denselben eine goldene, mit dem Stadtwappen verzierte Tabatier im Etuis, auf welchem in Goldbuchstaben gedruckt stand:

Unserem verehrten Rechtskundigen Bürgermeister Adalbert von Herrlein. Der Magistrat und die Gemeindebevollmächtigten der Stadt Aschaffenburg am 15. September 1860.

Hierauf hielt der Landwehr-Major Karl Eckert eine größere Ansprache und überreichte dem Jubilar einen silbernen Pokal mit Deckel und Untersatz ... Dann überreichten die übrigen städtischen Beamten ein Festgedicht in künstlerischem Drucke in einem Goldrahmen, wobei Polizeioffiziant Edmund Mayer die Anrede hielt.

FESTGRUSS

Abends war im Theater-Sale ein Festessen angeordnet für 200 Personen, wobei Bürger und viele Staatsbeamte in großer Heiterkeit zubrachten. Herr Bürgermeister wurde beim Eintreffen mit Musik empfangen. Der Theatersaal war prächtig dekoriert, dem Eingange rechts war das Bildnis Sr. Majestät mit Fahnen und Kränzen angebracht, gegenüber das hiesige Stadtwappen mit derselben Verzierung. Im Hintergrunde des Saales ein Transparent auf mehreren Stufen mit Blumen garniert, Fahnen und Kränzen verziehet ... Nach einigen Toastes brachte Landwehr-Major Eckert nochmals einen Gruß auf das Wohl der Familie des

Herrn Jubilars aus; anschließend sprach Landwehr-Hauptmann Bernhard Hofmann Worte des Dankes an den Bürgermeister für seine bisher geleisteten Arbeiten.“³⁴

Eine lange Gratulationscour schloß sich nun an; so gratulierten unter anderem: Rechtskundiger Rat Julius Schmitt, die Magistrate Moritz Vetter, Franz Kittel, Georg Protz, Melchior Kaufmann, Karl Krebs, Johann Trockenbrod, Ernst Friedrich und Franz Martin Weber, Stadtkämmerer Peter Guthiens, Stadtschreiber Josef Mickler, Stadtbaurat Bernard Hofmann und weitere Behördenvertreter; ferner die Fabrikanten Otto Christ und Alois Joseph Dessauer, die Kaufleute August Gentil, Alois Karl Dessauer, Alois Kunkel, Georg Betz, Alois Deckelmann sowie zahlreiche Handwerksmeister, Innungsvertreter und Vereinsrepräsentanten. Natürlich waren auch viele Aschaffener Bürger dabei. Die Summe von 1500 fl. stand auch für beide Gremien als Pensionsgrundlage zur Debatte, als von Herrlein am 1. Februar 1864 seinen Rücktritt erklärte und neun Tage später diesen Schritt dem Magistrat, den Gemeindebevollmächtigten und der Kammer des Innern in gesonderten Schreiben selbst begründete:

„Der gehorsamst Unterzeichnete nähert sich dem 66. Lebensjahr, hat der Stadt fast 30 Jahre gedient und leidet seit einigen Jahren an den Augen, die begreiflicher Weise immer schlechter werden. Gestützt auf die Beschlüsse der Bevollmächtigten und des Stadtmagistrates bittet derselbe gehorsamst: die königliche Regierung wolle geruhen, die Versetzung des ehrerbietigst Unterzeichneten in den Ruhestand mit der lebenslänglichen Pension von 1500 fl. gnädigst zu genehmigen. In tiefster Ehrfurcht v. Herrlein.“³⁵

Am 24. Februar stimmte die Regierung in Würzburg dem Vorschlag beider Aschaffener Organe zu und bewilligte dem scheidenden Bürgermeister das geforderte Ruhegeld. Verdient hatte es sich Adalbert von Herrlein sicherlich redlich.

Nur noch reichlich sechs Jahre konnte er sich jedoch an seiner Pension freuen, denn am 4. Juni 1870 verstarb von Herrlein an Herzversagen in seinem Haus am Roßmarkt (gegenüber der Badergasse) im Alter von 73 Jahren. Er wurde in der Familiengruft auf dem Altstadtfriedhof beigesetzt und ist bis heute nicht vergessen worden, denn eine im Jahre 1908 nach ihm benannte Straße erinnert die Aschaffener stets an seine lokalliterarischen, lokalgeschichtlichen und kommunalpolitischen Leistungen und Verdienste.

³⁴ Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Akt Nr. 2148 (alte Archivnummer).

³⁵ Schreiben vom Bürgermeister Adalbert von Herrlein an Stadtmagistrat und Gemeindebevollmächtigte vom 10. Februar 1864.

DR. BERNHARD EMIL VOGLER (1864–1867)

Als Aschaffenburgs rechtskundiger Bürgermeister Adalbert von Herrlein im Februar 1864 in den Ruhestand trat, wurde Dr. Bernhard Vogler, bis zu diesem Zeitpunkt Assessor am Bezirksamt Marktheidenfeld, sein Nachfolger. Im Gegensatz zu von Herrlein, der auf eine fast dreißigjährige Dienstära zurückblicken konnte, stand Vogler nur drei Jahre als „Erster Mann“ an der Spitze der Aschaffener Stadtverwaltung. Der gelehrte Jurist wurde im Jahre 1867 in die Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg berufen, was die sofortige Niederlegung der Bürgermeisterstelle erforderte. Den Ablauf seines Dienstverhältnisses und die Bitte um Neuausschreibung zur Wahl eines qualifizierten Stadtoberhauptes richtete Vogler am 3. Juni 1867 selbst an die Kammer des Innern in Würzburg.³⁶ Am 8. August, Vogler war schon seit fünf Wochen nicht mehr im Amt, hatten Aschaffenburgs zuständige Gremien mit Magnus Will seinen Nachfolger gewählt.

Bevor das neuzuwählende Stadtoberhaupt nominell verkündet wurde, legte der Aschaffener Magistrat in einer Sitzung am 21. März 1864 das künftige Gehalt des Bürgermeisters fest. Man ging bei diesen Überlegungen davon aus, daß die Vergütung den zeitgemäßen Rahmenbedingungen anzupassen sei, und kam zu folgender Übereinkunft, die einstimmig angenommen wurde:

„Es wurde bei Festsetzung des Staats- und Dienstgehaltes des zu wählenden neuen Bürgermeisters die Norm angenommen, welche für Staatsdiener mit glei-

chen Gehaltsbezügen gilt“ (1600 fl. [Gulden] Jahresgehalt für eine Amtsperiode). Der Auszahlungsbeschluß erfolgte allerdings erst auf einer weiteren Sitzung am 1. September.

Ende Juni 1864 einigten sich Gemeindebevollmächtigte und Magistrat, den Rechtskonzipienten und Bezirksamtsassessor Dr. Bernhard Vogler als Kandidaten für das höchste Amt der Stadt vorzuschlagen, um ihn dann am 25. Juli zum Nachfolger für Adalbert von Herrlein zu wählen, nachdem letzterer nach fast drei Jahrzehnten „Regierungszeit“ in den Ruhestand getreten war.

Bernhard Emil Vogler wurde als Sohn des Volksschullehrers Augustin Vogler und dessen Frau Agnes, geborene Dörflinger, am 24. März 1832 in Thalau in der Rhön geboren. In Münnerstadt besuchte er das Gymnasium, legte das Abitur, „das Gymnasial Absolutorium – Übergang an eine Universität oder an ein Lyceum –“ am 31. August 1849 mit der Note „I. Note für vorzüglich würdig, als Primus der Schule“³⁷, ab und immatrikulierte sich anschließend an der Universität Würzburg für Philosophie und Jurisprudenz. Bei dem Corps Bavaria in Würzburg wurde er „dem Zuge seines Herzens folgend“³⁸, aktiv; im November 1851 wurde er rezipiert (Mitgliederverzeichnis Nr. 264). Er promovierte schließlich am 15. September 1858 mit „summa cum laude“ an der Universität Erlangen. Im November des gleichen Jahres wurde er als Akzessist an der „königlichen Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg“ eingestellt. Vom 28. Mai 1858 an war er als Bezirksamtsassessor am königlichen Bezirksamt Marktheidenfeld am Main tätig.

³⁶ Aschaffener Volksblatt, Nr. 137 vom 19. Juni 1982.

³⁷ Auskunft des Gymnasiums Münnerstadt.

³⁸ Erwähnt in der Trauerrede bei seiner Beerdigung.

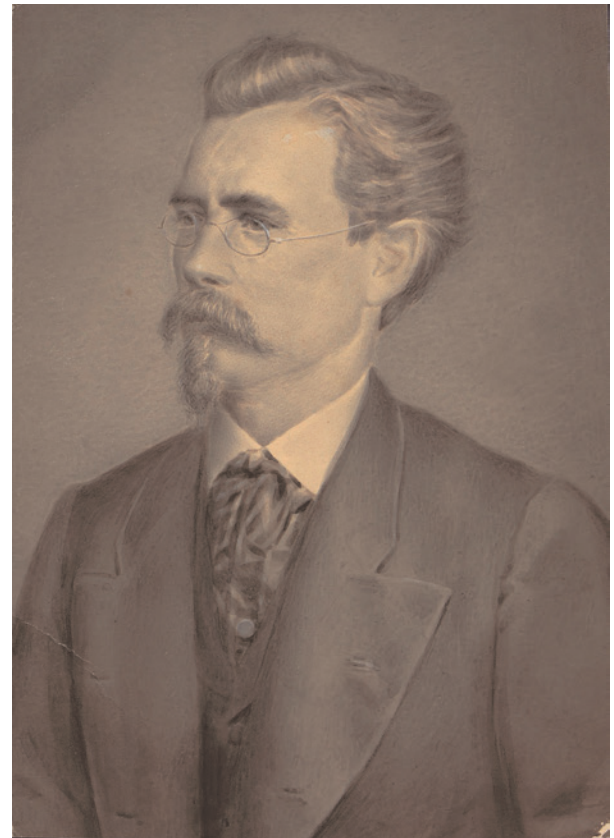
Da der Jurist Vogler, er wohnte in Rothenfels, noch im Dienst des Bezirksamtes Marktheidenfeld stand, mußte er sich sofort um seine Entlassung aus dem unmittelbaren Staatsdienst bemühen. Als dieses Gesuch von König Ludwig II. (er war gerade Nachfolger von Maximilian II. geworden) gewährt worden war, bestätigte auch die Regierung in Würzburg am 25. Juli in „provisorischer Weise“ seine Anstellung in Aschaffenburg.

Am 10. August fand im Deutschhaussaal die feierliche Installation des neuen Stadtoberhauptes statt, die von Regierungskommissar Georg Henner organisiert und geleitet wurde. Anwesend waren neben seiner Frau Margaretha Sophia, geborene Jungleib, Mitglieder des Magistrates und zahlreiche Gemeindebevollmächtigte (Friedrich Kitz, Alois Josef Dessauer, Heinrich Reuß, Franz Schreher, Michael Martin, Wilhelm Wolfsthal und Moritz Anton Vetter), Vertreter des Stadtkommissariates (Stadtkommissär Fikenscher befand sich im Urlaub), der Geistlichkeit und des Armenpflugschaftsrates, Angehörige des Offizierskorps, der Landwehr sowie fast alle städtischen Bediensteten. Nach der offiziellen Einführung durch Georg Henner, der den neuen Bürgermeister anschließend auf seine Rechte und Pflichten hingewiesen und ihm die Amtskette angelegt hatte, begaben sich Honoratioren und Gäste zum Gasthof „Freihof“ (Werbachstraße 13), wo man gemeinsam feierte.

Was die Bevölkerung von Aschaffenburg von ihrem „Ersten Mann“ zukünftig erwartete, faßte die Aschaffener Presse wie folgt zusammen:

„... Hauptsächlich hätte er seine Aufmerksamkeit auf möglichst rasche Beseitigung der wie fast überall, so auch hier vorhandenen Mißstände zu richten, unter welchen die enge Passage am Herstattthor, so wie im

Löhrgaben jedenfalls in die erste Reihe gehört. Fast sämtliche durch die Stadt kommenden Fuhrwerke müssen diesen Punkt berühren, und es entsteht dadurch beinahe täglich eine mehr oder weniger lang anhaltende Stockung des Verkehrs, welche für die Betroffenen stets sehr unangenehm ist, und welche bei einer anderen Stadt von gleicher Größe mit so äußerst lebhaftem Straßenverkehr schon längst um jeden Preis beseitigt worden wäre. Auch würde die Erweiterung dieser beiden Wege, welche ganz leicht in freie Plätze umgewandelt werden könnten, zur Verschönerung der Stadt wesentlich beitragen ... Freudig würde man die Nachricht aufnehmen, wenn von Seiten der Verwaltung recht bald Schritte zur Anlegung eines Winterhafens gethan würden, welche Angelegenheit – obgleich schon lange angeregt und für die Stadt von



*Dr. Bernhard Vogler.
Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, PT 301*

großem Vortheil – bis jetzt noch ohne Erfolg geblieben ist ...“³⁹

Dr. Bernhard Vogler war sich der schwierigen Aufgabe seines neuen Amtes durchaus bewußt („Die Zeit ist in raschem gewaltigem Aufschwung begriffen; überall in Handel, Gewerbe, Industrie und Ackerbau pulsiert neues großartiges Leben durch die Adern der Länder und Völker“), was auch in seiner ersten Ansprache (Gasthof „Freihof“) zum Ausdruck kam:

„... Die Interessen der Kirche, der Schule und des Armenwesens werde ich gewissenhaft zu vertreten suchen. Die gewissenhafte Verwaltung des Gemeinde- und Stiftungsvermögens werde ich zu überwachen und veranlassen wissen. Was die wirtschaftlichen Angelegenheiten betrifft, so will ich mich bemühen, den Beweis zu liefern, daß freiere Bewegung der Gemeinden, das Selbstgouvernement und die Autonomie des korporativen Lebens keine unberechtigte und verfrühte Forderung der Gemeinden ist. Ohne größere Belastungen der Umlagenpflichtigen die Mittel zur Errichtung und Vervollkommnung jener Institute zu schaffen, welche zur Erreichung des gesellschaftlichen Zweckes der Gemeinden dienen, muß unsere Aufgabe sein; bei den historischen Beziehungen der Stadt Aschaffenburg, ihrer Lage, darf dieselbe bei dem Aufschwunge der Industrie und der Gewerbe hinter anderen Städten nicht zurückbleiben ...“⁴⁰

Am 20. August 1864 gaben Magistrat und Gemeindebevollmächtigte im Gasthof „Zum Adler“ (Stricker-gasse 9) zu Ehren Voglers ein Souper, an dem neben Ehrengästen vom Stadtkommissariat, von der Landwehr und von der Lehrerschaft auch Bezirksamtsas-

essor Anton Kopp und Advokat Florentin von Wächter teilnahmen. Auf diesem heiteren Fest (mit Toasten auf König Ludwig II. und Bürgermeister Vogler) wurde aber auch über ein bedeutsames kommunalpolitisches Thema diskutiert: die für den 24. August einzu-berufende Versammlung zur Gründung eines Komitees zur Erbauung der Eisenbahnlinie von Miltenberg nach Aschaffenburg (es sollten aber zwölf Jahre vergehen, bis diese Strecke am 12. November 1876 endlich in Betrieb genommen werden konnte). Ein unvergeßliches Erlebnis im Leben des Bürgermeisters Dr. Bernhard Vogler war der Besuch König Ludwigs II. vom 20. bis zum 24. November 1866 in Aschaffenburg. In den Tagen seines Aufenthaltes begleitete Vogler den Monarchen bei seinen Rundgängen, zeigte ihm öffentliche Einrichtungen (Krankenanstalt und Institut der Englischen Fräulein) und stand neben ihm, als die Bevölkerung den Herrscher bei Schloßbeleuchtung und Feuerwerk jubelnd begrüßte. Am Tage seiner Abreise gab Ludwig II. eine offizielle, aber herzliche Erklärung ab, die von Vogler, nicht ohne Stolz, einen Tag später im „Intelligenzblatt“ veröffentlicht wurde:

„Seine Majestät der König haben unmittelbar vor Allerhöchst ihrer Abreise den Unterzeichneten zur Audienz berufen, die Befriedigung über den Aufenthalt dahier ausgesprochen, und den Auftrag erteilt, der Bürgerschaft wiederholt den Dank und die Anerkennung für den herzlichen Empfang und die vielfachen Beweise der Liebe und Anhänglichkeit auszusprechen. Ich beehre mich, dieses zur Kenntnis der Einwohner zu bringen.“⁴¹ Bereits 1866, seine Amtszeit belief sich gerade erst auf reichliche zwei Jahre, hatte Vogler um eine Rückver-

³⁹ Aschaffener Zeitung, Nr. 191 vom 11. August 1864.

⁴⁰ Ebd., Nr. 192 vom 12. August 1864.

⁴¹ Intelligenzblatt, Beiblatt zur Aschaffener Zeitung, Nr. 274 vom 25. November 1866.

setzung an die Regierung in Würzburg – aus familiären Gründen – gebeten, wie aus einem Versetzungsge- such vom 20. November 1866 zu entnehmen ist.

Drei Monate nach diesem grandiosen Volksfest lief die Amtszeit von Bürgermeister Vogler aus. Für ihn selbst nicht allzu überraschend, dafür aber für die Bewohner der Stadt, wurde er am 4. Februar mit Magistratsrat Stenger nach München beordert, um Instruktionen für seinen zukünftigen Aufgabenbereich zu empfangen. Magistrat und Gemeindebevollmächtigte standen erneut vor der Aufgabe, die entstandene Vakatur mög- lichst schnell zu beheben.⁴²

Eine Woche danach, am 7. Juni, kam von der Kammer des Innern in Würzburg („Im Namen Seiner Majestät des Königs“) die Aufforderung an den Magistrat, daß eine Ausschreibung der Stelle zur Einstellung eines rechtskundigen Bürgermeisters zu erfolgen habe. Am 24. Juli wurde auch ein neuer Bürgermeister gewählt. Es war Josef Anton Schiele, Bürgermeister zu Lohr, zur Zeit aber in Paris auf Urlaubsreise. Er erhielt 17 Ja- Stimmen von 23 anwesenden Gemeindebevollmäch- tigten. Zur Wahl Schieles als Stadtoberhaupt von Aschaffenburg hieß es aus Lohrer Sicht wie folgt:

„... Die einzige Hoffnung, denselben für unsere Stadt zu erhalten, besteht in dem von der hiesigen Einwoh- nerschaft gehegten Zweifel, ob Herr Schiele die Wahl wirklich annehmen wird; allein wir glauben fest, daß diese Hoffnung eine sehr geringe ist. Sobald die Nach- richt von der Wahl hier bekannt wurde, ließ man ein Telegramm nach Paris abgehen, wo gegenwärtig Herr

Bürgermeister Schiele sich befindet, um ihn zu bitten, auf seinem hiesigen Posten zu verbleiben ...“⁴³

Schiele tat dies auch, denn er lehnte in einem Schrei- ben aus Paris an das Stadtkommissariat die Wahl ab, bedankte sich für das ihm entgegengebrachte Ver- trauen und blieb in seiner Heimatstadt. Eine erneute Ausschreibung mußte vorgenommen werden. Das Resultat ist bekannt. Magnus Will wurde am 8. August 1867 Nachfolger von Dr. Bernhard Vogler.⁴⁴

Vogler, aus München zurückgekehrt, erfuhr am 26. Juli, daß er zum Assessor extra statum bei der kö- niglichen Regierung von Unterfranken und Aschaffen- burg ernannt worden war. Bevor er aber seine neue Tätigkeit aufnahm, bereitete ihm das Magistratskolle- gium der Stadt am 31. Juli eine gebührende Ab- schiedssitzung, in der Magistratsrat Heinrich Reuß die Arbeit Voglers würdigte (Begradigung des Löher- grabens, verbunden mit dem Abriß der Häuser am mittleren Weg (1864/65); Errichtung eines Pumpwer- kes für 25000 Gulden zur Bewässerung des Schön- busch-Gartens (1865); Behebung der gewaltigen Kriegsschäden, die am 14. Juli 1866 durch das Gefecht in der Fasanerie entstanden waren). Der scheidende Bürgermeister bedankte sich unter anderem mit den Worten, „daß er mit dem Bewußtsein redlich erfüllter Pflicht nur um das Wohl und Gedeihen der Stadt be- strebt gewesen sei, daß er es auch ferner für seine Pflicht erachte, eingedenk seines Eides, welchen er vor drei Jahren geleistet habe, seinen Einfluß für das Wohl- ergehen der Stadt, wo immer auch möglich, geltend zu machen ...“⁴⁵

⁴² Schreiben des Aschaffener Magistrates an die Gemeinde- bevollmächtigten vom 31. Mai 1867.

⁴³ Intelligenzblatt, Beiblatt zur Aschaffener Zeitung, Nr. 178 vom 31. Juli 1867.

⁴⁴ Aschaffener Volksblatt, Nr. 137 vom 13. Juni 1867.

⁴⁵ Aschaffener Zeitung, Nr. 183 vom 2. August 1867.

Auch eine große Zahl von Einwohnern verabschiedete ihren Ex-Bürgermeister: Am 3. August überreichte ihm Friedrich Fritz einen silbernen Pokal mit einer Ansicht Aschaffenburgs, unter der zu lesen war: „Dem verehrten Bürgermeister Dr. Bernhard Vogler in Anerkennung seiner Verdienste, gewidmet von einer Anzahl Bürger der Stadt Aschaffenburg.“ Auf die beiliegende Grußadresse, von vielen unterzeichnet, antwortete Vogler mit bewegten Worten und der Versicherung, daß er stets bereit sein werde, „jedem einzelnen Bürger in Rath und That, wo immer möglich, nützlich zu sein“.

Eine Woche später hatte die Stadt Aschaffenburg einen neuen Bürgermeister, den schon eingangs genannten Bezirksgerichtsassessor zu Lohr, Magnus Will. Vogler ging aber in Abänderung vorheriger Pläne nicht nach Würzburg, sondern wurde am 4. Oktober 1867 Regierungsassessor an der „königlichen Regierung von Schwaben und Neuburg“. Vier Jahre später kehrte er jedoch nach Unterfranken zurück und war von 1871 bis 1875 als Bezirksamtmann in Miltenberg tätig. 1876 verließ Dr. Bernhard Vogler das Untermaingebiet für immer, denn bis zu seinem Tode im Jahre 1880 arbeitete er wieder als Bezirksamtmann, diesmal für die Kreise rechts und links der Isar in München.

Voglers Qualifikationen waren, soweit noch ersichtlich, durchweg vorzüglich. Das gilt für das Abitur, die Promotion und die praktische Berufsausbildung. So bescheinigte ihm der königliche Landrichter Wiedemann aus Hilders (Rhön), bei dem Vogler vorübergehend praktizierte, unter dem 13. Juli 1857, daß er „Ausgezeichnetes geleistet“ habe und „ungewöhnliche Geschäftsgewandtheit ... mit wahrhaft seltenem Fleiß bis zur Aufopferung“ verbinde. Der Regierungspräsident von Unterfranken und Aschaffenburg, Fried-

rich Freiherr von Zu Rhein (1806–1877) sprach ihm am 24. Februar 1863 die „wohlverdiente Anerkennung“ für seine Tätigkeit in Marktheidenfeld aus. Diese Auszeichnung wiederholte sich 1864, denn in diesem Jahre erhielt Vogler für seine „Darstellung der Geschichte und der Rechtsverhältnisse der Choramts-Stiftung in Lengfurt am Main“ eine förmliche Belobigung, die zusätzlich mit einer Barzahlung von 200 Gulden – für damalige Verhältnisse eine stattliche Summe – verbunden war. Während seiner Tätigkeit als Bürgermeister von Aschaffenburg mußte Vogler die preußische, damals feindliche Besetzung der Stadt während des Krieges 1866 durchstehen. Insbesondere die Versorgung der Kriegsgefangenen hat ihm am Herzen gelegen.

König Maximilian II. Joseph (1811–1864) verlieh ihm wegen seiner Verdienste in diesem schweren Jahr das Ritterkreuz I. Klasse des königlichen Verdienstordens vom hl. Michael; der Großherzog von Hessen und bei Rhein, Ludwig III. (1806–1877), das Ritterkreuz I. Klasse des Verdienstordens Philipp des Großmütigen. Auch seine Tätigkeit in München war offensichtlich segensreich. Die Kreise rechts und links der Isar errichteten nämlich „ihrem unvergeßlichen Vorstand“ ein Ehrengrab auf dem Münchner Nordfriedhof, das heute noch besteht. Neben diesen beruflichen Aufgaben widmete sich Vogler noch aktuellen Interessen, insbesondere karitativer und wirtschaftlicher Art. In der Rhön (Hilders) wurde auf seine Anregung hin eine „Beschäftigungsanstalt“ gegründet, die „sich auch auf die Unterbringung verwaarloster Kinder erstreckt“. Er setzte sich vorausschauend für den Bau einer Eisenbahnstrecke von Wertheim nach Gemünden ein.

Um Voglers Persönlichkeit als typischer Repräsentant seiner Zeit eingehend zu würdigen, wäre eine geson-

derte Studie erforderlich. Beispielhaft waren sein Fleiß und seine Zielstrebigkeit, Eigenschaften, die für die Gründerzeit insgesamt prägend geworden sind. Das war auch für seinen für einen Beamten, der aus den karglichen Verhältnissen einer Volksschullehrer-Familie stammte, geradezu kometenhaften Aufstieg vom Privatakzessisten bis zu einem hohen Funktionär in der Haupt- und Residenzstadt München festzustellen, der das Erstarken des Bürgertums innerhalb des staat-

lichen Gemeinwesens eindrucksvoll dokumentierte. Das galt aber auch für seine Mobilität, die ihn verhältnismäßig häufig den Ort der beruflichen Tätigkeit wechseln ließ. Seine „bis zur Aufopferung“ gehende Einsatzbereitschaft, seine Exaktheit des Arbeitens, seine Fähigkeit, zuzupacken und das offensichtlich Nötige zu tun, repräsentierten Beamteneigenschaften bester Art, auf denen das damalige Gemeinwesen aufbaute.⁴⁶

⁴⁶ Freundliche Mitteilung von Dr. Werner Schiedermaier, München.

MAGNUS WILL (1867–1877)

Am 31. Mai 1867 wies der Magistrat der Stadt die Gemeindebevollmächtigten schriftlich darauf hin, daß das Mandat des bisherigen rechtskundigen Bürgermeisters Dr. Bernhard Vogler zum 3. Juli auslaufe und die sich daraus ergebende Vakatur schnellstens zu beheben sei. Das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten erklärte sich in dieser Angelegenheit aber für nicht kompetent und bemerkte, die Initiative dazu müsse vom Magistrat ausgehen. Vier Tage später kam Dr. Bernhard Vogler beiden Gremien jedoch entgegen. Er schrieb einen Bericht an die königliche Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg – Kammer des Innern –, in dem es unter anderem hieß:

„Das Dienstprovisorium des gehorsamst Unterzeichneten, welcher am 3. Juli 1864 gewählt wurde, geht demnächst zu Ende und bitten wir daher um die Ermächtigung, die Stelle eines rechtskundigen Bürgermeisters dahier zur Bewerbung auszuschreiben. In tiefster Ehrfurcht Vogler.“⁴⁷ Die Antwort aus Würzburg erhielt der Magistrat schon am 9. Juni: Einer sofortigen Ausschreibung der Stelle stehe nichts im Wege; das Stadtkommissariat möge die Wahl organisieren. Beiden städtischen Gremien wurde die Anweisung erteilt, den „regierungslosen Zustand“ möglichst rasch zu beenden. Doch eine Entscheidung fiel erst drei Monate später ... In allen einschlägigen Amtsblättern und Zeitungen der nahen Region, wie „Bayerische Zeitung“, „Kreisamtsblatt“, „Aschaffener Zeitung“ und „Beobach-

⁴⁷ Schreiben Dr. Bernhard Voglers vom 7. Juli 1867 an die Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg.

ter am Main“ war in den nächsten Tagen (14. bis 21. Juni 1867) folgende Ausschreibung zu lesen, die vom Aschaffener Magistrat und vom noch amtierenden Bürgermeister Dr. Bernhard Vogler unterzeichnet worden war:

„Nach Ablauf des Dienstprovisoriums des derzeitigen rechtskundigen Bürgermeisters wird diese Stelle zur Bewerbung hiermit öffentlich ausgeschrieben. Mit dieser Stelle ist ein jährlicher Gehalt von 1600 fl. (Gulden) für die ersten drei Jahre, von 1800 fl. im Falle der Wiederwahl für die nächsten drei Jahre und von 2000 fl. vom Beginne des siebenten Dienstjahres an verbunden. Der Dienstes- und Standesgehalt ist nach der allerhöchsten Verordnung vom 20. Juli 1848 ausgeschieden. Gesuche um diese Stelle sind mit den durch § 48 des revidirten Gemeinde-Edikts vorgeschriebenen Nachweise binnen vier Wochen von heute an hierorts einzureichen. Aschaffenburg, am 14. Juni 1867.“⁴⁸

Die Wahlvorbereitungen – sie begannen erst am 15. Juli – verzögerten sich durch einige Form- und Personalfragen. Nachdem das Stadtkommissariat vom Magistrat zwei Beisitzer für den Wahlausschuß (Wetter und Burghard) sowie einen Wahlaktuar (Mickler) genannt bekam, schrieb der Magistrat noch am gleichen Tage der Regierung, sie möge ihn ermächtigen, die Wahl durchzuführen.

Die Kammer des Innern stimmte diesem Ersuchen am 15. Juli zu. Drei Wochen danach, am 8. August 1867, hatte Aschaffenburg einen neuen Bürgermeister. Er hieß Magnus Will und erhielt bei seiner Wahl 18 Stimmen von 23 anwesenden Gemeindebevollmächtigten. Einen Tag später ließ Will von Lohr aus die verantwortlichen Gremien in Aschaffenburg wissen, daß er die Wahl

⁴⁸ Aschaffener Presse vom Juni 1867.

annehme. Der Magistrat erhielt die schriftliche Bestätigung kurz darauf, in der es unter anderem hieß:

„In Folge der verehrlichen Zuschrift vom 10. dieses Monats beeile ich mich, zurückgekommen von einer mehrtägigen Urlaubsreise, zu erwidern, daß nach den von maßgebender Stelle mir persönlich gemachten Eröffnungen die Bestätigung der Wahl baldigst in Aussicht steht. Da auch von meinen vorgesetzten Dienststellen in diesem Falle meiner Enthebung von meiner seitherigen Stelle kein Hindernis entgegensteht, so werde ich alsbald die Bürgermeisterstelle antreten können. Unter diesen Umständen dürfte wohl die Aufstellung eines Funktionärs nicht als geboten erscheinen, wenn nicht allenfalls besonders dringende Fälle hierzu Veranlassung geben sollten ... Mit dem Ausdruck der vollkommensten Hochachtung zeichne ich ganz ergebenster Magnus Will.“⁴⁹

Beide „Partner“ hatten sich nun geeinigt und einer Amtsübergabe stand nichts mehr im Wege. Trotzdem verzögerte sich die offizielle Einführung des neuen Stadtoberhauptes nochmals. Am 24. September beschwerte sich die Aschaffener Presse zu Recht über das schleppende Verfahren, denn es fehlte noch die Bestätigung seitens der Münchner Staatsregierung. Es hieß darin:

„Es sind nun nahezu zwei Monate verflossen, seitdem Herr Bezirksgerichtsassessor Will in Lohr zum Bürgermeister unserer Stadt gewählt wurde. Bis jetzt aber ist eine Bestätigung der Wahl noch immer nicht eingetroffen. Daß bei dieser unendlichen Verzögerung unsere königliche Kreisregierung keine Schuld trägt, glauben wir als bestimmt annehmen zu dürfen, da sie ja wohl

am besten von der Dringlichkeit dieser Angelegenheit überzeugt ist. Wir glauben vielmehr, daß dieser schleppende Geschäftsgang in München bei dem einschlägigen Ministerium zu suchen ist. Immerhin aber bleibt es beklagenswerth, daß man in München zur Abwicklung einer so leicht und schnell zu erledigenden Angelegenheit Monate nöthig hat, während doch die Dringlichkeit derselben die größte Beschleunigung geböte.“⁵⁰

Endlich, am 30. September 1867, bekam der Aschaffener Magistrat über die unterfränkische Regierung in Würzburg die Entschließung des Münchener Staatsministeriums, wonach Magnus Will seinen Dienst als „Erster Mann“ der Stadt zum 1. Oktober 1867 antreten könne. Verbunden damit war sein Ausscheiden aus dem Staatsdienst für die Dauer seiner Amtszeit als Bürgermeister. Die Einführung und Verpflichtung als neues Stadtoberhaupt übernahm auf Veranlassung der Regierung der königliche Stadtkommissar Karl August Fikenscher. Die offizielle Einführung in sein neues Dienstverhältnis fand für Magnus Will am Dienstag, den 8. Oktober, um 10 Uhr, im städtischen Rathaussaal statt. Viele Aschaffener Persönlichkeiten nahmen an der Feierstunde teil (Stadtkommissariat, Magistratsräte, Gemeindebevollmächtigte, Geistliche Räte, Armenpflegschaftsräte, Lehrer, Kaufleute und Fabrikanten – aber wie so oft keine „kleinen Leute“). Am 22. Mai 1868 beschlossen nachträglich Magistrat und Gemeindebevollmächtigte im Einvernehmen mit der Stadtkämmerei, daß Magnus Will eine Wohnung im Rathaus kostenlos zur Verfügung gestellt bekommt, solange er Bürgermeister der Stadt ist. Magnus Will wurde am 3. Januar 1834 in Wiesen geboren. Seine Eltern, der königliche Oberförster Johann

⁴⁹ Schreiben von Magnus Will an den Aschaffener Magistrat vom 20. August 1867.

⁵⁰ Aschaffener Zeitung, Nr. 227 vom 24. September 1867.

Will und dessen Ehefrau Elise, geborene Sendner, beide aus Wiesen (ehemaliger Landkreis Lohr), ermöglichten dem Sohn nach dem Abitur Rechtswissenschaften zu studieren. Nach dem Studium stellte ihn das Bezirksgericht Lohr als Assessor ein; diese Stellung behielt er bis zu seiner Wahl als Bürgermeister der Stadt Aschaffenburg.

Im Jahre 1870 lief seine erste Amtsperiode ab. Erneut begannen die Wahlvorbereitungen, die wieder unter Aufsicht von Bezirksamtmann und Regierungsrat Fikenscher stattfanden. Am 3. September wurde Magnus Will mit 22 Ja-Stimmen in seinem Amt bestätigt. Fünf Wochen nach seiner Wiederwahl, am 14. Oktober, kam aus München die Einwilligung vom Staatsministerium des Innern:

„In Erwiderung des Berichtes vom 3. September wird der zum rechtskundigen Bürgermeister der Stadt Aschaffenburg wiedergewählte Magnus Will in definitiver Eigenschaft bestätigt.“⁵¹

Magnus Will, bis September 1873 noch heimatberechtigt in seinem Geburtsort Wiesen, reichte im Oktober ein Gesuch um die Verleihung des Bürgerrechtes der Stadt Aschaffenburg ein, das er am 16. Oktober auch erhielt. Diese Änderung seiner Rechtsgrundlage war auch deshalb notwendig geworden, weil er am 4. Mai 1876 das Aufgebot zur Eheschließung einreichte. Die Trauung selbst, mit Margaretha Wiener aus Kosten bei Breslau, erfolgte am 8. Juni 1876. Als Magnus Will plötzlich im März 1877 die Möglichkeit erhielt, sich als königlicher Rechtsanwalt in der Stadt niederzulassen, schlug er dieses Angebot – zum Bedauern der gesam-

ten Stadtverwaltung – nicht aus. Am 7. März nahm er die ihm angetragene Advokatur an, die Bürgermeisterstelle war erneut vakant geworden; die Gemeindebevollmächtigten standen wieder vor einer Neuwahl. Dazu notierte die Aschaffenburgische Presse:

„Wenn man auch voraussehen darf, daß diese die Wichtigkeit ihrer Aufgabe erkennen und bestrebt sein werden, solche nach reiflicher Überlegung lediglich zum Wohle der Stadt zu lösen, so dürfte es bei dem lebhaften Interesse, welches diese Frage auch bei anderen Gemeindegürgern erregt, nur zur Aufklärung dienen, wenn sie einer öffentlichen Besprechung unterstellt wird ...“⁵²

Diese Art von „Besprechung“ erfolgte einerseits in einer Sitzung der Gemeindebevollmächtigten am 27. März, andererseits in einer weiteren des Magistrates am 5. April. Das Gemeindegkollegium empfahl dabei dem Magistrat:

„... In Bezug auf die einstweilige Fortführung der Geschäfte des Bürgermeisters und die Wiederbesetzung der erledigten Bürgermeisterstelle zu beschließen, daß das Anerbieten des seitherigen Bürgermeisters und nunmehrigen königlichen Rechtsanwalts Will, die Geschäfte bis zum 1. Mai d. J. fortzuführen, zu acceptieren und daß die Bürgermeisterstelle wieder mit einem rechtskundigen Bürgermeister zu besetzen sei; ferner, daß er nebst der seitherigen freien Dienstwohnung im Rathause das Hauptgeldgehalt eines königlichen Bezirksamtmannes, wie solcher nach der allerh. Verordnung vom 12. Aug. v.J. festgesetzt ist, und als Anfangsgehalt 3720M. beträgt, erhalte.“⁵³

⁵¹ Schreiben des Staatsministeriums des Innern vom 14. Oktober 1870.

⁵² Aschaffenburgische Zeitung, Nr. 70 vom 20. März 1877.

⁵³ Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, ProtM, 72 (Sitzungsprotokoll des Aschaffenburgischen Stadtmagistrates vom 5. April 1877).

Das „Noch-Stadtoberhaupt“ kam einige Tage später den Gemeindebevollmächtigten soweit entgegen und ließ sie wissen, daß es sein Amt noch bis zum 1. Mai 1877 ausüben werde. Auf der gleichen Sitzung stimmte das Gremium mit 13 gegen fünf Stimmen einem Magistratsbeschuß zu, wiederum einen rechtskundigen Bürgermeister für die Stadt Aschaffenburg zu verpflichten. Bezüglich der neuen Gehaltsregelung kam man überein, daß der zukünftige Bürgermeister einem Bezirksamtmann gleichgestellt werde (4200 Mark); eine Amtswohnung im Rathaus war allerdings nicht mehr mietfrei zu bewohnen, sondern wurde mit einem Mietzins von 480 Mark veranschlagt.

Am 24. Mai 1877 war schließlich ein Nachfolger für den scheidenden Magnus Will gewählt worden: Der Rechtskonzipient Friedrich Medicus.⁵⁴

Seinen Rechtsanwalts-Beruf übte Magnus Will noch fast zwanzig Jahre aus, bis er schließlich am 17. Mai 1896, im Alter von nur 62 Jahren, nach längerer Krankheit in Aschaffenburg verstarb.

Der ehemalige Bürgermeister – er war Mitglied der Nationalliberalen Partei und einige Zeit lang auch ihr Vorsitzender – erwarb sich in seiner zehnjährigen Amtszeit bleibende Verdienste, die nicht nur dem Wohl der Stadt, sondern auch dem des Advokatenstandes dienten. Das hohe Ansehen und die offenerzige und freimütige Art gegenüber seinen Mitarbeitern und Freunden, die Mitgliedschaft in einigen Vereinigungen (Krieger- und Veteranenverein, Zivilvorsitzender der Ersatz-Kommission Aschaffenburg-Stadt) und die Stellung in der Aschaffenerburger Gesellschaft brachten ihm viele Freunde.

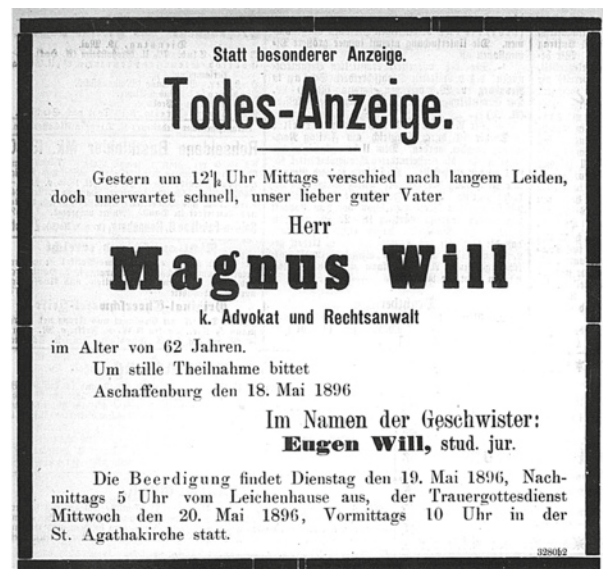
⁵⁴ Aschaffenerburger Volksblatt, Nr. 132 vom 12. Juni 1982.

*Traueranzeige für Magnus Will
in der Aschaffenerburger Zeitung, Nr. 137 vom 19. Mai 1896*

In die Zeit seiner Tätigkeit als Stadtoberhaupt fielen als dauerhafte Errungenschaften und geliebte städtische Symbole die Erbauung der Markthalle und der eigentliche Beginn der Stadterweiterung (Schöntal-Durchbruch an der Karlstraße und die „Niederlegung“ des Herstatttores). Ferner:

- 1868: Bau des evangelischen Schulhauses in der Alexandrastraße.
- 1872: Umwandlung des Jesuitenkollegs in ein weltliches Studienseminar.
- 1875: Gründung der Höheren Weiblichen Bildungsanstalt mit Lehrerinnen-Seminar (im Schönborner Hof).

Magnus Will ist zwar heute nicht vergessen, war aber keine so schillernde Persönlichkeit mit überregionaler Popularität wie etwa einige Vorgänger oder Nachfolger im Amt des Aschaffenerburger Bürgermeisters. Brav und bieder verrichtete er seine Pflichten, ohne übermäßig aufzufallen.



FRIEDRICH RITTER VON MEDICUS (1877–1904)

Friedrich von Medicus, königstreuer Bürgermeister der Stadt Aschaffenburg von 1877 bis 1904, hatte es den politischen Verhältnissen der Zeit zu verdanken, daß er, anders als mancher seiner Vorgänger und Nachfolger, in einem kriegslosen Zeitabschnitt regieren und arbeiten konnte. Zwei persönliche Merkmale verbanden Medicus, trotz der unterschiedlichen politischen Lage, mit seinem Nachfolger Dr. Wilhelm Matt: Beide waren um die „dreißig“, als Magistrat und Gemeindebevollmächtigte ihnen die „Regierungsverantwortung“ der Stadt Aschaffenburg übertrugen, und ihre Amtszeit dauerte fast drei Jahrzehnte. In dieser Epoche des wirtschaftlichen Aufschwungs konnte Medicus sich profilieren, das Ansehen der Stadt fördern, durch die Eingemeindungen der Orte Damm und Leider (1901) breiteren Raum für leistungsfähige industrielle Ansiedlungen schaffen und mit der Fortführung der Mainkanalisierung Aschaffenburg als Binnenhafen zu stärkerer verkehrspolitischer Bedeutung verhelfen. Gleich seinem Nachfolger konnte auch er persönliche Kontakte zum bayerischen Königshaus knüpfen, denn einige Male besuchte Prinzregent Luitpold die „Pforte zum Spessart“, was die Stadt und ihren ersten Repräsentanten aus dem gesellschaftlichen Mittelmaß herausführte. Noch etwas hatte Friedrich von Medicus mit fast allen früheren und noch folgenden Stadtoberhäuptern gemeinsam: Auch er war kein gebürtiger Aschaffenburger.

Als „Nichtadeliger“ wurde Friedrich Medicus am 11. November 1847 in Karlstadt am Main geboren. Seine angesehenen und wohlsituierten Eltern, der

Gerichtsarzt Dr. Friedrich Medicus und dessen Ehefrau Auguste, geborene Eschenbach, schickten ihn nach dem Besuch der Volksschule ab 1864 auf das königliche Knabenseminar der Aschaffenburger Studienanstalten (Lyceum, Gymnasium und Lateinschule), wo er 1867 sein Abitur ablegte. Noch im gleichen Jahr nahm er das Studium der Philosophie sowie Rechts- und Volkswirtschaften an der Universität Würzburg auf. Ab 1871 erwarb sich Medicus bei verschiedenen Ämtern und Rechtspersonen eine fundierte juristische Praxis, der drei Jahre später das Staatsexamen folgte. Da Friedrich Medicus als junger Rechtskonzipient vorerst keine dauernde Anstellung fand, begab er sich als „juristischer Hilfsarbeiter“ in das Büro des königlichen Aschaffenburger Advokaten Carl Scherer. Diese „Lehrzeit“ brauchte er aber nicht zu beenden, denn bereits im Mai 1877, noch keine dreißig Jahre alt, wurde er zum rechtskundigen Bürgermeister der Stadt Aschaffenburg berufen. Für Medicus begann, begünstigt durch die „ruhige“ Zeit, eine glanzvolle Karriere.

Am 15. Mai 1877 lud der königliche Bezirksamtmann und spätere Regierungsrat Josef Kittel (1826–1907) in seiner Eigenschaft als Wahlkommissar alle stimmberechtigten Gemeindebevollmächtigten der Stadt zur Wahlversammlung ein, die am Donnerstag, 24. Mai, morgens um 10 Uhr, im Rathaussaal stattfinden sollte. Der Grund: Wahl eines Bürgermeisters als Nachfolger für Magnus Will.

Von den 24 Gemeindebevollmächtigten erschienen 21 (zwei waren erkrankt, einer gerade verstorben), die alle dem Rechtskonzipienten Friedrich Medicus ihre Stimme gaben. Zum Wahlergebnis schrieb die Presse folgende Kommentarzeilen:

„Da die Parteiwirtschaft in unserer Stadt außerordentlich nachgelassen hat und die Bürger zu der Einsicht

gelangt sind, daß nur Eintracht unserer Stadt dienlich sein kann, so wird diese Wahl von der hiesigen Bürgerschaft schon deswegen mit Freuden begrüßt, da der neuerwählte Herr Bürgermeister über allen Parteien stehen soll. Gebe Gott seinen Segen dazu und unserer Stadt fortschreitendes Gedeihen.“⁵⁵

Drei Wochen später, am 19. Juni, erfolgte die Bestätigung des neuen Stadtoberhauptes durch das Staatsministerium des Innern.

Die feierliche Einführung in sein neues Amt fand am 3. Juli im „Deutschhaussaal“ statt. Nach den obligatorischen Dankesworten für die einstimmig erfolgte Wahl zum rechtskundigen Ersten Bürgermeister von Aschaffenburg sagte Friedrich Medicus über sein künftiges Amt unter anderem:

„Nicht ohne Bangen habe er die Wahl angenommen. Die Zeit kennzeichne sich als eine Übergangszeit. Überall ließen sich die Symptome des Atomismus wahrnehmen. Alles sei in der Umwandlung begriffen. Die sich geltend machenden Gegensätze und Widersprüche erschwerten die Führung auch seines neuen Amtes. Er vertraue auf die Mitarbeit der Collegien. Mit dem Gelöbnis, das Interesse der Stadt zu wahren, übernehme er die Amtskette des Bürgermeisters, die das Band symbolisieren solle, das ihn an die Stadt knüpfe. ‚Aequum est justum‘, ‚Billig und Gerecht‘, solle sein Wahlspruch sein. Hochhalten werde er die Treue zu Bayern und seinem König, hochhalten aber auch die Treue zum großen deutschen Vaterlande. In religiösen Dingen achte er die Überzeugung von jedermann, bitte aber, auch ihm das Recht seiner Überzeugung zu belassen ...“⁵⁶

⁵⁵ Beobachter am Main, Nr. 118 vom 26. Mai 1877.

⁵⁶ Aschaffener Zeitung, Nr. 179 vom 2. Juli 1877.

Ein Jahr nach seiner Amtsübernahme erhielt Friedrich Medicus am 4. März 1878 das Bürgerrecht der Stadt Aschaffenburg; vorher war er noch in Karlstadt heimatberechtigt. Dieses Bürgerrecht war auch deshalb notwendig geworden, weil er heiraten wollte. Am 8. April des gleichen Jahres wurde ihm und Anna Angerer aus Ockstadt, wohnhaft in Würzburg, das Verheirathungszeugnis ausgestellt; die Ziviltrauung fand am 18. Mai 1878 in Würzburg statt.

Seine Treue gegenüber König und Monarchie – über allen Parteien stehend, wie er selbst von sich sagte, und erst recht kein Freund der sich langsam organisierenden Sozialdemokratie – verpflichtete Medicus, auch diese neue Partei gleich nach ihrer Gründung im Jahre 1878 zu bekämpfen. Aus Angst vor einer Ausbreitung der sozialistischen Arbeiterbewegung bemühte er sich in Zusammenarbeit mit den hiesigen Behörden, die Stadt politisch „sauber“ zu halten.

Mit den zur Verfügung stehenden Bestimmungen gelang es ihm auch, „die Bewegungsfreiheiten und öffentlichen Geplänkel sozialistisch angehauchter Mitbürger“ einzuengen. Am 4. September 1878 konnte er dann der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg in Würzburg mitteilen, daß in seiner Stadt „keine sozialdemokratischen Strömungen zu verzeichnen waren“.⁵⁷

Im Winter 1878, genau am 2. Dezember, zog Aschaffenburgs Bürgermeister als Abgeordneter in den unterfränkischen Landrat ein. Somit vertrat er die Stadt auch überregional, was sich zukünftig als äußerst positiv erweisen sollte.

Nach drei erfolgreichen Dienstjahren wurde Medicus am 12. Mai 1880 durch den Magistrat und die Gemein-

⁵⁷ Aschaffener Volksblatt, Nr. 197 vom 29. August 1881.

debevollmächtigten Aschaffenburgs einstimmig als rechtskundiger Bürgermeister in seinem Amt bestätigt; die Suche nach einem neuen Kandidaten entfiel somit, was von einem Magistratsmitglied mit den Worten begründet wurde: „Mit Rücksicht auf die bereits erworbenen Verdienste wird deshalb auch keine neue Ausschreibung vorgenommen.“

Seine staatsministerielle Amtsbestätigung erfolgte schließlich knapp vier Wochen später (8. Juni). Noch im Herbst des selben Jahres wurde ihm eine weitere ehrenvolle Aufgabe erteilt: Als Sekretär des unterfränkischen Landrates und Mitglied des ständigen Ausschusses vertrat Medicus „seine Stadt“ auf Bezirksebene.



Ein denkwürdiger Tag, nicht nur im öffentlichen Leben des Friedrich Medicus, war die 900-jährige Jubiläumsveranstaltung der Erbauung der Stiftskirche im April 1882. Die Stadt beteiligte sich am 30. April auf Grund eines vorausgegangenen Magistratsbeschlusses vom 13. April mit einer Abordnung – an der Spitze der Bürgermeister – an der offiziellen Feier. Weitere Höhepunkte in seiner Funktion als Repräsentant der Stadt folgten in den kommenden Jahren. Nachdem Medicus 1885 Präsident des Landrates geworden war, erwarb er sich auch in dieser Eigenschaft bleibende Verdienste für Aschaffenburg und Unterfranken.

Von den schon angedeuteten Repräsentationsaufgaben als Stadtoberhaupt waren die Besuche von Prinzregent Luitpold in Aschaffenburg eine hohe Auszeichnung für ihn. Erstmals traf er den Monarchen am 17. September 1888, als er ihn nach einer kurzen und herzlichen Begrüßung am Bahnhof zum Schloß geleitete. Am Abend fuhr man in einem Vierspänner durch geschmückte und erleuchtete Straßen. Medicus war stolz. Bevor Luitpold einen Tag später wieder abreiste, übergab er seinem Gastgeber ein persönliches Handschreiben, in dem es unter anderem hieß:

„Mein lieber Bürgermeister Medicus! Mit besonderem Vergnügen spreche ich aus, wie angenehm Mir die Stunden waren, die Ich hier verlebt habe. Ich entbiete der Stadt Meinen herzlichsten Dank für die verschiedenartigen Festlichen Akte, welche aus Anlaß Meiner Anwesenheit unter Mitwirkung zahlreicher Vereine und unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung stattfanden. Gleich innig danke Ich für die Mir gegebenen Beweise treuen Angedenkens an Meine unvergeßlichen Eltern, die so gerne in Aschaffenburg weilten. Möge die Mir schon in frühester Jugend teure schöne Stadt fortdauernd einer gedeihlichen Entwick-

*Friedrich Ritter von Medicus.
Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Fotosammlung,
Sammlung Stadelmann*

lung entgegensehen und sich immer neue Quellen bürgerlichen Wohlstandes erschließen! ...“⁵⁸

Auch den St.-Michaels-Orden der „IV. Klasse“ empfing er am gleichen Tag als persönliche Auszeichnung vom Prinzregent, dem 1891 die „III. Klasse“ folgte. Noch dreimal sollten beide Männer in Aschaffenburg zusammentreffen (6. Dezember 1895, 4. September 1897 und 4. Dezember 1902), wobei besonders der Besuch von 1897 von größerer Bedeutung war: Einerseits enthüllte man gemeinsam am 4. September den Ludwigsbrunnen, andererseits überbrachten Abgeordnete „Seiner Majestät“ dem Bürgermeister am 10. Oktober das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone. Diese Auszeichnung war mit der „persönlichen Erhebung in den Adel“ verbunden. Aschaffenburgs rechtskundiger Bürgermeister hieß von diesem Tage an Friedrich von Medicus; 1901, am 12. März, wurde ihm in seiner Eigenschaft als Landratspräsident anlässlich des 80. Geburtstages von Prinzregent Luitpold noch zusätzlich der Titel „Geheimer Hofrat“ verliehen. Als gesellschaftlicher Höhepunkt im Arbeitsleben des „Ersten Mannes“ der Stadt Aschaffenburg gestalteten sich die Feierlichkeiten zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum am 3. Juli 1902. Schon am Vorabend waren viele Straßenzüge geschmückt, Häuser geflaggt; Kundgebungen und Huldigungen der Einwohnerschaft zeugten von Achtung, Anerkennung und Dankbarkeit für all das, was von Medicus im zurückliegenden Vierteljahrhundert an der Spitze des städtischen Gemeinwesens geleistet hatte.

Die Abendveranstaltung am 2. Juli wurde mit einem Fackelzug eröffnet. Am Bahnhofplatz versammelte

sich eine große Anzahl von Bürgern, die sich zu seinem Haus in der Ludwigstraße 7a begab (dorthin war von Medicus im Jahre 1900 gezogen; vorher, 1882, wohnte er in der Dalbergstraße 25, anschließend, ab 1890, in der Kleinen Metzgergasse 5). Mehrere Musikkapellen und rund 50 Vereine sowie Mitglieder der drei in der Stadt ansässigen Corps gaben ihm zu Ehren ein Ständchen, umrahmt mit Musikstücken von Beethoven. Magistratsrat Ernst Schulz hielt eine kurze Lobrede, nachdem sich der Bürgermeister auf dem Balkon seines Hauses gezeigt hatte. Anschließend feierten alle, begleitet von der Jäger- und Zieglerkapelle, in der „Mainaussicht“ (Obernauer Straße 4) und im „Wurstbendel“ (Fischergasse 24), soweit es die begrenzten Platzverhältnisse zuließen.

Am eigentlichen Jubiläumstag, nach der offiziellen Festsitzung im Rathaus und einem sich anschließend für 29 Honoratioren und Persönlichkeiten im Hotel „Adler“ (Strickerstraße 9) von Medicus gegebenen Dinner, begaben sich Gastgeber und Gäste, unter ihnen Regierungspräsident von Kobell, Würzburgs Bürgermeister Dr. von Steidle, Oberforststrat Dr. Hermann von Fürst, Rechtsrat Dr. Felix Schwind und Kommerzienrat Franz Woerner in die dekorierten Säle des Deutschen Hauses. Musikvorträge und Gesänge, Rezitationen, Ansprachen sowie Glückwunsch- und Telegrammverlesungen (darunter eines von Prinzregent Luitpold) wechselten sich in zwangloser, aber doch disziplinierter Folge ab. Ein begeisternder Abend, das Stadtoberhaupt stets im Mittelpunkt, war diese Festveranstaltung für jeden Teilnehmer. Schon zwanzig Monate nach diesem glanzvollen Jubiläum, am 30. März 1904, verstarb Friedrich von Medicus, noch keine 57 Jahre alt, in Aschaffenburg. Seine letzte Ruhestätte fand er auf dem Altstadtfriedhof. Die Trauerfeierlichkeiten,

⁵⁸ Aschaffener Zeitung, Nr. 261 vom 18. September 1888.

unter Anteilnahme der Bevölkerung und aller Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, stellten sein noch nicht ganz vergessenes 25-jähriges Dienstjubiläum bei weitem in den Schatten. Man konnte seinen Beliebtheitsgrad an dieser Trauerfeier ermessen, zu der es unter anderem hieß:

„Außer den zahlreichen Beileidskundgebungen anlässlich des Hinscheidens unseres Herrn Bürgermeisters gingen dem Stadtmagistrat noch folgende Telegramme und Beileidsschreiben zu: von den Stadtmagistraten Rosenheim, Regensburg, Forchheim, München, Hanau und Hof, vom Bayer. Kanalverein, von den Grafen Philipp und Philipp Rudolf von Ingelheim gen. Echter von und zu Mespelbrunn, von Sr. Excell. Kultusminister Dr. v. Wehner, Kommerzienrat Frz. Woerner. – Auch der schmerzgebeugten teuren Gattin des Verewigten gehen noch fortgesetzt zahlreiche Kondolenzschreiben und Beileidskundgebungen zu. U. a. haben ihr das Beileid mündlich zum Ausdruck gebracht Deputationen des Offizierskorps des 2. Jägerbataillons, des Bezirkskommandos und des Offizierskorps des Beurlaubtenstandes. Heute Vormittag hat Herr Regierungsrat Priester an der Bahre des Dahingeschiedenen im Auftrag Sr. k. Hoh. des Prinzregenten einen prachtvollen Kranz niedergelegt, weiter hat noch der unterfränkische Landrat und der Bayer. Kanalverein je einen Kranz niedergelegt. Von Seite des Kommandeurs unseres Jägerbataillons wurde die vollständige Jägerkapelle zum heutigen Leichenzug abgeordnet.“⁵⁹

Viele Meriten erwarb sich von Medicus in seiner langen Dienstzeit. Seiner Initiative verdankt Aschaffenburg unter anderem die Errichtung von zwei neuen

Häusern für die katholischen Schulen, die 1881 eröffnet wurden.

Auch die Vollendung der geplanten Grundwasserleitung im Jahre 1888 fiel in seine Amtszeit. Außerdem konnten 1891 die neue Mainbrücke und der Floßhafen unter seiner Regie eingeweiht werden.

Nach dem Abbruch des alten Bezirksamtsgebäudes 1894 waren endlich die Voraussetzungen geschaffen worden, um noch im gleichen Jahr die Luitpoldstraße – wie sie heute noch verläuft – anzulegen. Das Bestreben, die Mainkanalisation voranzutreiben, beschäftigte ihn während seiner gesamten Amtszeit.

Ferner war die harmonische Gestaltung der Anlagen vom Karlstor zum Herstattor sein Plan, von dem Aschaffenburg noch heute optisch und verkehrstechnisch profitiert. Nicht zu vergessen aber sind die schon angesprochenen Eingemeindungen von Damm und Leider im Jahre 1901, die der Stadt steuerliche und damit wirtschaftliche Vorteile erbrachten.

Alle diese Verdienste würdigte der Stadtrat im Jahre 1949, als er ihm zur Erinnerung und Ehrung, gleich seinem Nachfolger Dr. Wilhelm Matt, eine Straße mit seinem Namen benannte. Eine Geste der Erinnerung, die Friedrich von Medicus für immer mit der Stadt Aschaffenburg verbinden wird.

⁵⁹ Aschaffener Zeitung, Nr. 91 vom 1. April 1904.

DR. WILHELM MATT (1904–1933)

Als im Jahre 1904 Hofrat Friedrich Ritter von Medicus nach 27-jähriger Dienstzeit als Oberhaupt der Stadt Aschaffenburg verstarb, konnte niemand ahnen, daß sein Nachfolger Dr. Wilhelm Matt noch länger im Amt sein würde. Ihn nominierte das Zentrum, dem er damals noch angehörte, als Gegenkandidat zum liberalen rechtskundigen Magistratsrat Dr. Felix Schwind. Mit knapper Mehrheit siegte Matt und wurde mit 32 Jahren „Erster Mann“ der Stadt Aschaffenburg. Als „Königlicher Hofrat“ der sogenannten „guten alten Zeit“, als „Geheimer Rat“ in der Weimarer Republik, lenkte Matt mit patriarchischer Strenge, viel Autorität und wenig Beamten die Geschicke der Stadt; zu Beginn der Diktatur aber mußte er gehen. Seine politische Vorstellung deckte sich nicht mit den Absichten der neuen Machthaber. Bleibende Verdienste erwarb sich der gewissenhafte und sparsame Oberbürgermeister schon zu Lebzeiten, diverse geplante Objekte wurden nach seinem Tode noch verwirklicht. Er war weitsichtig genug, um auch für die Zukunft zu planen. Es war für die Verantwortlichen Aschaffenburgs im Jahre 1949 daher auch selbstverständlich, nach ihm eine Straße zu benennen. Trotz Weltkrieg, Revolution, Wirtschaftskrise und Inflation gelang es Matt immer wieder, die wirtschaftliche und kulturelle Aufwärtsentwicklung der Stadt Aschaffenburg in kleinen Schritten zu fördern.

Am 16. Juli 1872 wurde Wilhelm Matt in Speyer geboren. Sein Bruder Franz Matt (1860–1929) war von 1920 bis 1926 bayerischer Kultusminister und stellvertretender Ministerpräsident. Seine Eltern, der Kreisschul-

rat Wendelin Matt und dessen Ehefrau Magdalena, geborene Starck, ließen dem begabten Jungen eine entsprechende Schul- und Studienausbildung zukommen, die für seinen späteren Aufstieg ausschlaggebend werden sollte. Nach Ausbildungsjahren an der Seminarschule (Übungsschule der katholischen Lehrerbildungsanstalt) von 1878 bis 1882, an der Lateinschule bis 1887 und am Gymnasium bis 1891, jeweils in Speyer, legte er am 14. Juli des gleichen Jahres sein Abitur ab. Er entschloß sich danach zum Studium der Rechtswissenschaften und immatrikulierte sich von 1891 bis 1895 an den Universitäten München, Berlin und Heidelberg, um schließlich in München sein Examen abzulegen.

Als Doktor der Rechtswissenschaft nahm er seine praktische Arbeit am Amtsgericht Speyer, anschließend am Landgericht Frankenthal auf. Den „Bayerischen juristischen Staatskonkurs“ absolvierte er mit Erfolg im Jahre 1898. Zwischen Offizierslehrgängen in den Jahren 1899 und 1900 belegte er ein Semester an der landwirtschaftlichen Hochschule Weißenstephan, ging danach als Regierungsakzessist nach Lindau und Bergzabern, um schließlich im Aschaffener Raum seßhaft zu werden.

1902 wurde er Bezirksamtsassessor in Obernburg, wo er noch bis zum 8. Februar 1906 heimatberechtigt war; das Bürgerrecht der Stadt Aschaffenburg erhielt er für eine Gebühr von 80 Mark am 9. Februar des gleichen Jahres.

Am 20. Mai 1904 wurde Dr. Wilhelm Matt zum rechtskundigen ersten Bürgermeister der Stadt Aschaffenburg als Nachfolger von Friedrich Ritter von Medicus gewählt.

Die feierliche Installation des neuen Stadtoberhauptes fand am 16. November 1904 im Deutschhaussaal un-

ter Beteiligung der gesamten Aschaffener Prominenz statt. Bezirksamtmann Ludwig von Rücker (1865–1949) hielt die Festansprache, nahm den Diensteid ab und überreichte anschließend die goldene Bürgermeisterkette. Matt dankte allen und sagte daraufhin unter anderem:

„Er habe das Bewußtsein, daß man sich auf einer mittleren Linie, auf einem gemeinsamen Boden zusammenfinden werde. Das Wohl der Stadt sei das letzte Ziel jeder kommunalen Politik und auf diesem Boden müsse man sich zusammenfinden. Er beanspruche die Respektierung seiner persönlichen Freiheit, aber deshalb werde er niemals die religiöse oder politische Überzeugung eines anderen antasten, sondern er werde sie achten. Er werde nach Recht und Gerechtigkeit seines Amtes walten ...“⁶⁰

Nach einem Festmahl im Hotel „Adler“, zu dem Magistratsrat Franz Matthäus Haus und Kaufmann Ernst Vay eingeladen hatten, begann für den neuen „ersten Mann“ der dienstliche Alltag, der fast dreißig Jahre dauern sollte.

Dr. Wilhelm Matt, der beruflich und gesellschaftlich bereits eine glänzende Karriere hinter sich hatte (am 2. Dezember 1911 wurde ihm der Titel und Rang eines „Königlichen Hofrates“ verliehen), sollte in den folgenden Jahren auch Kontakt mit der königlichen Familie bekommen. Als Prinzregent Luitpold am 31. März 1912 mit einem Sonderzug nach Aschaffenburg kam, empfing ihn Dr. Matt (an seiner Seite befand sich auch der Kommandant des Jägerbataillons Oberstleutnant Hannappel) mit folgenden Worten am Bahnhof:

„Allerdurchlauchtigster gnädigster Regent und Herr! Bürger aus allen Kreisen von Stadt und Land haben

sich zusammengefunden in freudiger Erregung, um Eure Kgl. Hoh. wieder so rüstig begrüßen zu dürfen. Mit dem Frühlingserwachen und dem Grünen der herrlichen Natur verbinden sich unsere Wünsche, Eure Kgl. Hoh. möge recht schöne Tage in Aschaffenburg verbringen und recht lange bleiben.“⁶¹

Für diese herzliche Aufnahme und das persönliche Engagement des Bürgermeisters bedankte sich der Prinzregent am 11. April selbst mit einem Geschenk, dem folgende Zeilen beilagen:

„Mein lieber Hofrat Dr. Matt! Ich finde mich bewogen, zur Erinnerung an die schönen und frohen Tage, die ich jüngst in Meinem lieben Aschaffenburg zugebracht habe, für das Rathaus der Stadt Mein Reliefbildnis in Bronze von Professor Hildebrand zu widmen. Mit huldvollen Gesinnungen Ihr Wohlgeneigter Luitpold.“⁶²

Weitere hohe Besucher zog es in der Folgezeit nach Aschaffenburg und Dr. Wilhelm Matt repräsentierte für seine Stadt: Am 18. November 1913 kam König Ludwig III., am 18. August 1915 Königin Marie Therese. Die Monarchin war vom Empfang durch die Bevölkerung und von der persönlichen Anteilnahme des Bürgermeisters so begeistert, daß sie kurz nach ihrer Rückkehr dem Aschaffener Magistrat eine Anweisung von eintausend Mark übersandte (zur Unterstützung der Kriegerfamilien), deren Empfang am 1. September 1915 von Dr. Matt bestätigt wurde. Zwischenzeitlich wurde Dr. Matt am 7. Januar 1917 von König Ludwig III. zum Oberbürgermeister ernannt.⁶³

⁶⁰ Aschaffener Zeitung, Nr. 317 vom 16. November 1904.

⁶¹ Aschaffener Zeitung, Nr. 162 vom 1. April 1912.

⁶² Brief des Prinzregenten Luitpold vom 11. April 1912 an Dr. Wilhelm Matt.

⁶³ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MInn, 80445.

Noch einmal, am 2. Mai 1917, besuchte König Ludwig III. Aschaffenburg – die Stadt und Dr. Wilhelm Matt waren wiederum glänzende und aufmerksame Gastgeber, von denen „Seine Majestät“ begeistert war.

Selten allerdings verlief das Leben dieser Zeit – der Erste Weltkrieg dauerte nun schon drei Jahre – in so trügerischer Harmonie mit einem König als romantischer Kulisse. Ungleich schwerer war der Alltag der Einwohner; Hunger und Not waren ständige Begleiter, politische Zwistigkeiten, auch „staatsfeindliche Propaganda“ beherrschten den Kriegssommer 1917.

Aschaffenburgs Oberbürgermeister bezog in dieser chaotischen Zeit mit ihren politischen und sozialen Mißverhältnissen eindeutige Stellung. So berichtete er auf Anfrage der Regierung in Würzburg am 20. Juni 1917 über das politische Klima der Stadt und des Landkreises sowie über die Stimmung im allgemeinen, nachdem er selbst vier Wochen lang Bahnfahrten unternommen, Wirtshäuser besucht und auch durch Dritte Untersuchungen hatte anstellen lassen. Sein Resultat:

„Die Schwätzer (bezüglich staatsfeindlicher Umtriebe) seien keineswegs verkleidete Agenten, sondern waschechte Feldgraue, die in Bahnzügen und Wirtschaften derartiges unverantwortliches Zeug (Agitation gegen den Staat und das Militär) verbreiten.“⁶⁴

Nach Beendigung des Ersten Weltkrieges begann unter Leitung des Oberbürgermeisters (er wurde nun Mitglied der Bayerischen Volkspartei) unter schwierigsten Bedingungen, begleitet von finanziellen Engpässen, ein erneuter industrieller und sozialer Aufschwung der Stadt: Straßen wurden angelegt oder re-

guliert, der Anschluß an die Großschiffahrt durch den Ausbau des Hafens gefunden, das Elektrizitätswerk in Leider errichtet sowie die Oberreal- und Meisterschule gebaut; die Erbauung der Herz-Jesu-Kirche in Aschaffenburg, der Sankt-Josefs-Kirche in Damm und der Sankt-Laurentius-Kirche in Leider fielen in seine Amtszeit. Ferner siedelten sich neue Industriebetriebe an (Kleider- und Meißwerkzeugfabriken, Güldner-Motorenwerke, Heckmann'sches Kupferwerk), Wohnungen wurden gebaut oder saniert, die Stadtbeleuchtung erweitert, die gärtnerische Pflege der Grünanlagen gefördert. Auf dem Sozialssektor stand die Jugendfürsorge im Vordergrund (der Oberbürgermeister war ihr gesetzlicher Vertreter), schulärztliche Pflichtuntersuchungen sowie die Kinderspeisung der ärmeren Bevölkerungsgruppen wurden eingeführt.

Stolz konnte das Stadtoberhaupt auf diese Errungenschaften blicken, als es am 15. November 1929 sein 25-jähriges Dienstjubiläum feierte. Zu der Festveranstaltung im Sitzungssaal des Schlosses hatte der Stadtrat eingeladen und alle kamen: Honoratioren und Persönlichkeiten, die städtische Beamtschaft, alle Stadtpfarrer, Vertreter von Vereinigungen und Parteien, Deputationen der Lehrerschaft, der Caritas, des Lesevereins und der Landpolizei sowie Arbeiter der städtischen Betriebe. Zahlreiche schriftliche und telegraphische Glückwünsche von auswärtigen Städten, Behörden, Amtskollegen und Vereinen sowie von der israelitischen Kultusverwaltung, dem Minister des Innern, des jetzigen und ehemaligen Regierungspräsidenten und vom Würzburger Bischof trafen ein. Dazu schrieb die „Bayerische Staatszeitung“:

⁶⁴ Schreiben an die Regierung von Unterfranken am 20. Juni 1917, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MInn, 66328.



Dr. Wilhelm Matt mit Orden und Amtskette am Tage seines 25-jährigen Dienstjubiläums am 15. November 1929. Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Fotosammlung

„Am 15. ds. Mts. sind 25 Jahre verflossen, seit Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Matt an der Spitze der Stadt Aschaffenburg steht. Ein geborener Pfälzer, Sohn des früheren Kreisschulrates Matt und jüngster Bruder des kürzlich verbliebenen, unvergeßlichen Kultusministers Dr. Matt, war Dr. Wilhelm Matt zunächst einige Jahre im Staatsverwaltungsdienst tätig und wurde dann am 16. November 1904 zum ersten Bürgermeister von Aschaffenburg gewählt. Seine Wirksamkeit hat der Stadt Aschaffenburg reichen Segen gebracht. Klar und zielbewußt, ohne Menschenfurcht, mit einem Herzen voll Liebe für die Heimat hat er seine Stadt geführt. Seiner rastlosen Förderung aller Wirtschaftszweige und Stände verdankt die Stadt ihre aufstrebende Entwicklung. Es gelang seinem Weitblick, den großen Umschlaghafen am Main für Aschaffenburg zu gewinnen und damit das Wirtschaftsleben seiner Stadt neu zu befruchten. Auch die Unterbringung der Stadtverwaltung im Aschaffener Schloß ist sein Verdienst. Dr. Matt hat sich aber auch weit über den Umkreis seiner Stadt hinaus betätigt durch seine Wirksamkeit als Präsident des Kreistages von Unterfranken. Er führt dieses Amt seit 1920 und wurde im Jahre 1928 als Zeichen uneingeschränkter Vertrauens aller Bevölkerungskreise einstimmig wiedergewählt.

Wir wünschen der Stadt Aschaffenburg und dem Kreis Unterfranken, daß ihnen die Arbeitskraft dieses seltenen Mannes noch lange Jahre in ungebrochener Frische und Rüstigkeit erhalten bleibt!⁶⁵

Seine Mitarbeiter überreichten ihm aus diesem Anlaß ein Bild des Malers Adalbert Hock (Schloß mit Mainlandschaft), der Stadtrat überbrachte ein Bronzerelief mit einer Darstellung des Oberbürgermeisters, ein

⁶⁵ Bayerische Staatszeitung, Nr. 263 vom 14. November 1929.

Kopfbildnis mit der Aufschrift: „Dr. Wilhelm Matt, Oberbürgermeister und Geheimer Rat“. Dieses Bronzerelief mit seinem Bild sollte für alle Zeiten im Sitzungssaal des Stadtparlamentes (egal an welchem Ort) hängen, aber schon bei der Stadtratswahl im gleichen Jahr deutete sich an, was knapp vier Jahre später Wirklichkeit werden sollte: Der demokratische Staat von Weimar, an dem der überzeugte Katholik Dr. Wilhelm Matt mitgearbeitet hatte, mußte den Nationalsozialisten weichen. Im März des Jahres 1933 endete schließlich die lange „Ära Matt“, allerdings unter beschämenden Voraussetzungen. Unter der Überschrift „Bayern wird gesäubert“ teilte der „Völkische Beobachter“ in seiner Ausgabe Nr. 84/85 mit, daß die „Vertreibung des Marxismus in Stadt und Land“ endlich begonnen habe. Nun war Aschaffenburgs Oberbürgermeister alles andere als ein Marxist, aber eine Brücke zum Nationalsozialismus gab es für ihn nicht. Am 23. März 1933 teilte er seinen Rücktritt mit, der mit Sicherheit keine gesundheitlichen Gründe hatte.⁶⁶

Eine glatte politische Erpressung lag auf der Hand, darüber täuschten auch keine anderslautenden Berichte und Erklärungen in den Medien, keine fingierten Abschiedsveranstaltungen hinweg.

Lange brauchte sich Dr. Wilhelm Matt die Zerstörung der Demokratie nicht mehr anzusehen, denn bereits drei Jahre nach der Machtergreifung des „Führers“ verstarb er am 23. Januar 1936 im Alter von 64 Jahren. Der Würzburger Bischof Dr. Matthias Ehrenfried gab ihm zusammen mit anderen Trauernden das letzte Geleit. In einem Brief an die Witwe kondolierte der Bischof persönlich; darin schrieb er:

„Sehr verehrte Frau Geheimrat!

Durch den so unerwartet frühen Tod Ihres lieben Mannes sind Sie in tiefste Trauer versetzt worden. Als ich heute früh diese Trauerkunde erhielt, war ich ganz erschüttert. Denn ich hatte keine Kenntnis von einer Erkrankung des Geheimrates. Vom Herzen spreche ich Ihnen und Ihren Söhnen mein innigstes Beileid aus.

Ich tue dies umso aufrichtiger, als ich in dem zu Gott Heimgegangenen einen treuen Freund und Mitarbeiter gefunden hatte. Er war von Grund aus ein apostolischer Mann. Was er für den ganzen Kreis Unterfranken und Aschaffenburg getan hat, ist unvergänglich und bleibt unvergessen. Der Stadt Aschaffenburg war er durch Jahrzehnte hindurch ein wahrer Vater. Ich bin tief bewegt über die unermüdliche und segensreiche Tätigkeit des Verstorbenen in unserem Diözesansteueraussschuß und vor allem für den Aufbau des Reiches Gottes. Lebhaft stehen vor meiner Seele die großen Tage der Einweihung der herrlichen Kirchen Herz-Jesu und Sankt Josef, sowie der Kirche im König-Ludwighaus. Sie tragen ein gut Stück seiner Sorgen und seines Geistes. In ihnen hat er gebetet und geopfert. Sie bleiben aber auch ein Ruhmesblatt in seinem Leben. Was wir aber besonders an dem Verstorbenen ehren und schätzen müssen, war seine persönliche Einfachheit und Frömmigkeit. Trotz seiner gehobenen Stellung und seiner reichen Verdienste im öffentlichen Leben blieb er stets der edle und stille Charakter. Von Innen heraus volksverbunden fühlte und lebte er mit dem Volke. Daher reihte er sich unter die übrigen katholischen Männer in der Marianischen Männersodalität und im dritten Orden. Er kniete und betete neben dem einfachsten Manne aus dem Volke in der Kirche. Dieses apostolische Beispiel in Aschaffenburg ist mir eine tröstliche Erinnerung an den teuren Verstorbenen.

⁶⁶ Aschaffener Volksblatt, Nr. 122 vom 29. Mai 1982.

nen, und ich zweifle nicht, daß gerade deswegen sein ewiger Lohn ein reicher sein wird.

Morgen in aller Frühe werde ich für ihn eine heilige Messe lesen und dann zu seiner Beisetzung eilen. Sie selbst aber, sehr verehrte Frau Geheimrat, mögen sich in dem Gedanken trösten, daß der Verstorbene nur von Ihnen zu Gott ging, aber stets mit Ihnen eng verbunden bleibt. Vom Himmel her ist er Ihr Berater und Fürbitter. Er wird seine väterliche Sorge und Liebe am Herzen Gottes fortsetzen.

Mit Gruß und Segen

Matthias Bischof von Würzburg.⁶⁷

Viele trauernde Freunde und Verwandte, seine Gattin Irene, geborene Harder, sowie seine beiden Söhne Dr. Franz Matt und Dr. Willi Matt mit Familien begleiteten ihn schließlich zur letzten Ruhestätte auf den Altstadtfriedhof. Ein Abguß seines Bronzereliefs, das einstmals den Sitzungssaal des Stadtrates schmücken sollte, steht heute an der Kopfseite seines Grabes.

⁶⁷ Brief des Würzburger Bischofs Dr. Matthias Ehrenfried an die Witwe Irene Matt vom 24. Januar 1936.

WILHELM WOHLGEMUTH (1933–1945)

Das Ergebnis der letzten halbwegs freien Reichstagswahl am 5. März 1933 zeigte nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch in Aschaffenburg den unaufhaltenden Aufstieg der nationalsozialistischen Anhängerschaft. Mit 7518 kamen die Nationalsozialisten den 8485 Stimmen der Bayerischen Volkspartei – die SPD brachte es noch auf 3578 Stimmen – im Stadtbezirk sehr nahe. Die Bevölkerung hatte durch dieses Wahlergebnis noch einmal erkennen lassen, „daß sie der gegenwärtigen Regierung ihr Vertrauen schenken will ... Hoffentlich werden durch diese Wahl die Verhältnisse etwas stabiler, damit es dem deutschen Volke auf längere Zeit erspart bleibt, wieder an die Wahlurne zu treten“.⁶⁸ Zur Wahlurne mußte die Bevölkerung zwar noch einige Male, frei zu wählen gab es aber nichts mehr. Als der Reichstag am 23. März gegen die Stimmen der Sozialdemokraten das „Ermächtigungsgesetz“ verabschiedete, war jede Hoffnung dahin, das Schicksal der Weimarer Republik besiegelt. Es begann eine Epoche der deutschen Geschichte, in der alle liberalen Kräfte verfolgt und durch Unfreiheit und Terror ersetzt wurden.

Auch Aschaffenburgs langjähriger Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Matt, Mitglied der Bayerischen Volkspartei, mußte dem neuen System weichen. Was lag näher, als seinen „Rücktritt“ mit einer Krankheit zu begründen. Er ließ dann auch am 23. März 1933 dem Stadtrat mitteilen, was ihn zu seinem Abschied bewogen habe:

„Mein seit mehreren Jahren bestehender leidender Zustand hat sich seit Oktober 1932 leider bis heute derart gesteigert, daß ich mich den weiters bevorstehenden Anforderungen meines Amtes nicht mehr so gewachsen fühle, wie ich es wünschte und gewohnt war. Aus diesem Grunde und unter Bezugnahme auf beiliegendes ärztliches Zeugnis beantrage ich deshalb meine sofortige Inruhestandsversetzung nach bald 28½jähriger Dienstleistung als Erster Bürgermeister ...

Dr. Matt, Oberbürgermeister
Geheimer Rat“

Dieser Rücktrittserklärung lag ein von Dr. Ludwig Lurz ausgefertigtes ärztliches Zeugnis bei, das seine „Dienstunfähigkeit“ attestierte. Tatsächlich mußte Matt aber dem politischen Druck weichen. An seine Stelle rückte eine Woche später ein Mann, dessen parteipolitische Haltung den „neuen Herren“ genehmer war: der Kreisleiter der NSDAP, Wilhelm Wohlgemuth. Wilhelm Wohlgemuth, Sohn des Verwaltungsinspektors gleichen Vornamens und dessen Ehefrau Josephine, geborene Wanner, wurde am 18. Dezember 1900 in Pfaffenhofen an der Ilm geboren. Nach Absolvierung der Volksschule und des Humanistischen Gymnasiums kam Wohlgemuth über Bamberg nach Scheßlitz. Dort begann seine Verwaltungslaufbahn, die er im Juni 1918 unterbrechen mußte, da er eingezogen wurde. Die letzten Kriegsmonate verbrachte er in Belgien, kehrte dann ohne körperliche Schäden über Aachen in seine Heimat zurück.

Im Jahre 1920 übersiedelte Wilhelm Wohlgemuth nach Aschaffenburg, wohnte zunächst in der Stiftsgasse 7 und trat als Beamter beim hiesigen Finanzamt seinen Dienst an. Am 23. März 1923 heiratete er hier die am 25. Mai 1893 in Urspringen, Kr. Markttheidenfeld, geborene Maria Huber (sie verstarb am 2. Januar

⁶⁸ Aschaffener Zeitung, Nr. 54 vom 6. März 1933.

1963 in Aschaffenburg). Bis zu seinem politischen Aufstieg, der mit dem Eintritt in die NSDAP am 10. März 1926 begann (Mitgliedsnummer 31831 im Gau Unterfranken), war er als Steuerberater tätig und wohnte „Am heißen Stein“ Nr. 5.

Neben der Ernennung zum Kreisleiter der NSDAP durch Fürsprache seines „Kampfgefährten“ Dr. Otto Hellmuth, Gauleiter von Mainfranken, und dem Einzug in den Aschaffener Stadtrat wurde Wohlgemuth am 24. April 1932 als Abgeordneter in den Bayerischen Landtag gewählt. Durch diese Position auch innerhalb der Partei gefestigt, erschien er nun als gefragter Redner immer häufiger auf Veranstaltungen und bei Versammlungen, um für die NSDAP und damit für Adolf Hitler zu werben. So sprach er zum Beispiel in Leier, flankiert von der SA, am 25. Oktober 1932 über die „sterbende Sozialdemokratie“ und empfahl den Zuhörern und unschlüssigen Wählern:

„... wenn man schon nicht nationalsozialistisch wählen wolle, dann wäre es schon besser kommunistisch und nicht sozialdemokratisch zu wählen.“⁶⁹

Da die KPD vor den letzten Wahlen auf „Einheitsfrontkurs“ einschwenkte, war deshalb seine Empfehlung dahingehend zu verstehen, den „Hauptschlag“ gegen die SPD zu führen. Aber nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen jede Art von Demokratie, mit „legalisierten Terrormethoden“, wurde langsam aber sicher die „Hitler-Ära“ geboren – und Wilhelm Wohlgemuth war einer der vielen Helfer.

Als am 30. Januar 1933 Reichspräsident Paul von Hindenburg (1847–1934) Adolf Hitler mit der Regierungsbildung beauftragte, begann der nationale Abstieg des Deutschen Reiches. Noch einmal versuchten füh-

rende Politiker – Alfred Hugenberg und Franz von Papen – den „Führer“ zu bremsen, die SPD beschloß, einen formellen Mißtrauensantrag gegen die neue Regierung einzubringen, aber schon am 1. Februar wurde der Reichstag aufgelöst und die Neuwahlen am 5. März brachten das eingangs schon erwähnte Ergebnis; die daraus resultierenden Folgen am 23. März („Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ oder „Ermächtigungsgesetz“) sind bekannt.

In Aschaffenburg machten sich die „neuen Zustände“ schon etwas früher, wenn auch vorerst nur sporadisch, bemerkbar. Das sozialdemokratische Presseorgan, die „Aschaffener Volkszeitung“, wurde vom 17. bis zum 25. Februar von der unterfränkischen Kreisregierung in Würzburg für eine Woche verboten. Die totale Auflösung dieser Zeitung erfolgte schließlich am 15. März. Drei Tage danach schwenkte auch die bis dahin als liberal geltende „Aschaffener Zeitung“ um; der „Beobachter am Main“ war schon einige Tage früher, am 9. März, nach mehreren Warnungen seitens der NSDAP zur „Gleichschaltung“ übergegangen, behielt allerdings bis zu seinem Verbot im Jahre 1941 einen gewissen liberalen Tenor bei.

Bei seiner Amtseinführung als kommissarischer Erster Bürgermeister (Stellvertreter: Diakon und Stadtrat Schauer) sagte Wohlgemuth unter anderem: „... er sei sich bewußt, welche schwere Bürde er auf sich genommen habe, doch gäbe es für ihn keine eigenen Wünsche, sondern als Nationalsozialist stelle er sich auf den Posten, der von seiner vorgesetzten politischen Stelle ihm angewiesen wurde. Nicht persönlicher Ehrgeiz oder Geltungsbedürfnis sei es, sondern die Pflicht, am Aufbau des neuen Staates mitzuhelfen ...“⁷⁰

⁶⁹ Aschaffener Volkszeitung, Nr. 248 vom 27. Oktober 1932.

⁷⁰ Aschaffener Zeitung, Nr. 76 vom 31. März 1933.

Diese Aussage war jedoch nur Spott und Hohn, denn am gleichen Tag begann auch der nationalsozialistische Terror – Judenverfolgung, Untersagung der freien Meinungsäußerung, Kampf gegen alle „Systemfeinde“ mit Hilfe der SS und der SA – und Wilhelm Wohlgemuth verfocht diese Linie getreu seinem Führer.

Nach dem „Ermächtigungsgesetz“ und dem ersten Gesetz „zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ (31. März) festigten die Nationalsozialisten in der Stadt ihre ohnehin schon führende Position; am 6. April verkündete die „Aschaffener Zeitung“ die Auflösung des Stadtrates, dessen neue Zusammensetzung bereits vier Tage später erfolgte: er bestand jetzt aus 24 ehrenamtlichen Stadträten, je zehn Sitze für die rechten Parteien (Nationalsozialisten und Deutschnationale) und für die Bayerische Volkspartei sowie vier Sitze für die Sozialdemokraten. Dieser Stadtrat war jedoch eine Farce, was die erste Sitzung am 27. April auch verdeutlichte: Auf Vorschlag des Vorsitzenden der NSDAP-Fraktion, Ludwig Schauer, wurde der bisherige Erste Bürgermeister Wilhelm Wohlgemuth als ordentliches besoldetes Stadtoberhaupt eingesetzt. Der Anstellungsvertrag gelangte vorsorglich, im Einvernehmen mit allen Beteiligten, zwecks Genehmigung an die Regierung in Würzburg, war aber nur Formsache.

Bisher genügten vier Abgeordnete im Aschaffener Stadtrat, um eine Fraktion zu bilden. NSDAP und BVP, die „gemeinsam arbeiteten“, setzten aber die Fraktionsstärke auf fünf Mandate herauf, so daß die SPD völlig ausgeschaltet werden konnte. Die Stadt war nun fest im nationalsozialistischen „Griff“. Die Bevölkerung konnte diesem politischen Schauspiel kaum folgen, wurde mit Propaganda, verfälschter Berichterstattung

in den Medien, überschwenglichen völkischen Veranstaltungen und ähnlichem überfahren und abgelenkt. Eine der ersten Amtshandlungen als Stadtoberhaupt vollzog Wilhelm Wohlgemuth noch am Tag seines Amtsantrittes: Auf seinen Antrag hin wurden Reichspräsident Paul von Hindenburg, Reichskanzler Adolf Hitler und der Reichsstatthalter von Bayern, Franz Ritter von Epp, zu Ehrenbürgern der Stadt Aschaffenburg ernannt.⁷¹

Nach dem Abschluß seines Dienstvertrages wurde Wilhelm Wohlgemuth am 19. Mai der offizielle Titel eines Oberbürgermeisters verliehen. Er widmete sich aber nicht nur dieser Repräsentativaufgabe, sondern fühlte sich auch als Kreisleiter der NSDAP und als Untersturmführer (später Obersturmbannführer) der SS sehr wohl. Eigentlich zog er sogar die letztgenannten Posten vor, erhielt dafür auch das goldene Partei-Ehrenzeichen.

Am 27. November 1933, in der 7. Sitzung des Stadtrates, erhielt Oberbürgermeister Wilhelm Wohlgemuth seinen abgeschlossenen Dienstvertrag. Dieser lautete wie folgt (Auszug):

„Dem Beschlusse des 1. Ausschusses vom 21. Juni 1933 wird zugestimmt. Die Bestimmungen über die Gehaltsverhältnisse werden so geändert: Das Gehalt des Herrn Oberbürgermeisters bemißt sich nach den bayer. Richtlinien zum Vollzug der zweiten BAV für berufsmäßige Erste Bürgermeister in Städten von 30.000 bis 50.000 Einwohnern, welche mit 9.000 RM Grundgehalt beginnen und mit 14.000 RM Grundgehalt enden. Durch Beschluß des Stadtrates ist diese Spanne in fünf

⁷¹ Die Ehrenbürgerschaft der genannten Personen wurde 1981 nochmals formell aufgehoben, vgl. SSAA, ProtS, 177, Sitzung des Ältestenrats vom 9. September 1981, S. 2951, und ProtS, 172, Sitzung vom 14. September 1981, S. 125.

Gehaltsstufen geteilt, welche den zweijährigen Vorrückungen des Herrn Wohlgemuth zugrunde zu legen sind. In Berücksichtigung der im Reichsdienst zurückgelegten Dienstzeit wird Herr Wohlgemuth eingereiht in die zweite Gehaltsstufe ab 1. Mai 1933 mit 10.200 RM Grundgehalt, Wohnungsgeldzuschuß nach Tarifklasse II – Ortsklasse B, Kindergeldzulagen nach staatlichen Bestimmungen und nichtpensionsfähige Aufwandsentschädigungen von 1.000 RM jährlich ...⁷² Der durch diesen Vertrag gut besoldete Beamte Wilhelm Wohlgemuth sollte in den kommenden elf Jahren die Geschicke der Stadt unter nationalsozialistischer Flagge leiten. Seine politischen Zukunftsvorstellungen faßte er am 30. Dezember 1933 so zusammen: „Das vergangene Jahr hat die nationalsozialistische Revolution gebracht. Mit dem Jahre 1932 ist die Revolution beendet, aber die nationalsozialistische Bewegung hat am Ende des Jahres erst ihr Anfangsstadium durchlaufen. Die Revolution dieses Jahres war ja keine Revolte, die um ihrer selbst willen gemacht wurde, sondern eine Revolution im vollsten und besten Sinne des Wortes, also eine Umwälzung, eine Umgestaltung des öffentlichen Lebens, des völkischen Lebens und der Weltauffassung überhaupt ...“⁷³

Als wirtschaftliche und kulturelle Ziele lagen ihm unter anderem die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, das gesunde Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben im Finanzhaushalt der Stadt, die Errichtung eines Kriegerdenkmales, eines Hitlerjugendhauses, die Förderung im Wohnungsbau sowie der Ausbau der Autostraßen besonders am Herzen. In der Öffentlichkeit stets in akurater Uniform, suchte er mit seinen karitativen Auf-

tritten neue Kontakte zu den Bewohnern der Stadt, indem er einmal im Jahr (meist zu Pfingsten) für das Hilfswerk „Mutter und Kind“ Papierblumen und Anstecknadeln verkaufte.

Seine Stellung gegenüber der jüdischen Bevölkerung wird am besten an einem Ereignis sichtbar, das sich am 14. Juli 1935 im Schwimmbad zu Heigenbrücken abspielte und typisch für jeden Parteifunktionär, SS-Mann und überzeugten „Herrenreiter“ war. Dort kam es zu einer judenfeindlichen Kundgebung, auf der rund 20 jüngere Schwimmbadbesucher die Entfernung der anwesenden Juden verlangten. Sprechchöre forderten: „Hier ist ein deutsches Bad, Juden haben keinen Zutritt, hinaus mit ihnen“.

Mit Rücksicht auf diese allgemeine Empörung und die zu befürchtenden Unruhen hatte sich der zufällig anwesende Wilhelm Wohlgemuth an den Bademeister gewandt und die Hinausweisung der Juden verlangt. Der Bademeister lehnte das Ersuchen Wohlgemuths ab, da er nur den Anordnungen der Badeverwaltung Folge zu leisten hätte. Nach einem Eklat zwischen ihm und dem Bademeister stand einige Tage später eine Tafel am Schwimmbadeingang, auf der zu lesen war: „Juden ist der Zutritt verboten“. Diese Weisung hat Wohlgemuth sicher nicht in seiner Funktion als Oberbürgermeister der Stadt Aschaffenburg, sondern als Kreisleiter der NSDAP erlassen.

In der Folgezeit gestaltete der „Erste Mann“ der Stadt weiterhin das Kulturgschehen nach nationalsozialistischen Erwägungen. Als Beilage der neuen parteiamtlichen „Aschaffener Zeitung“ erschienen zum Beispiel von 1938 bis 1941 unter dem Titel „Heimat und Geschichte“ Aufsätze und Artikel, die über Menschen und ihre Vergangenheit in Aschaffenburg und der nahen Umgebung berichteten. Ein Jahr darauf, am

⁷² SSAA, ProtS, 23, Stadtratsprotokoll vom 17. November 1933, Nr. 152.

⁷³ Aschaffener Zeitung, Nr. 299 vom 30. Dezember 1933.

21. Januar 1939, ließ er im Rahmen der Neugestaltung des städtischen Archivwesens Bestimmungen ausarbeiten, was das Stadt- und Stiftsarchiv unter der Leitung von Dr. Josef Wirth in Zukunft zu bewältigen habe, den völkischen Gedanken stets vor Augen.

Das „Regieren und Repräsentieren“ als Oberbürgermeister ging für ihn vorübergehend kurz zu Ende, als er sich – gehorsam gegenüber „Volk und Führer“ – am 26. März 1940 freiwillig zur Wehrmacht meldete, um an der Front „seinen Mann“ zu stehen. Er nahm nach kurzer Ausbildungszeit am Frankreich-Feldzug teil, wofür er nach seiner Rückkehr mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet wurde. Nachdem Wilhelm Wohlgemuth vom Frankreich-Feldzug im Jahre 1940 in seine Heimatstadt zurückgekehrt war, widmete er sich erneut den anliegenden Pflichten und Aufgaben sowie der Parteiarbeit. Für diesen „Einsatz in Amt und



System“, für die unermüdliche Treue und Verbundenheit gegenüber der NSDAP, erhielt er schließlich ein letztes Mal den gebührenden Lohn von der hohen Obrigkeit: Auf Vorschlag des Beauftragten der NSDAP und mit Zustimmung des Reichsstatthalters in Bayern wurde Wilhelm Wohlgemuth mit Wirkung vom 1. Juli 1943 abermals als Oberbürgermeister, diesmal auf Lebenszeit, berufen.

„Ungünstige politische Verhältnisse“ und eine gewisse Überforderung in diversen Funktionen und Obliegenheiten im letzten Kriegsjahr führten aber ein Dreivierteljahr später zu seiner Abberufung. Mit Entschließung des Regierungspräsidenten in Würzburg (Nummer 8 011 b 10) vom 1. April 1944 wurde Wilhelm Wohlgemuth für die Dauer des Krieges von seinem Amt als Oberbürgermeister beurlaubt.

Die Leitung der Stadtverwaltung übernahm nun Rechtsrat Hugo Häusner (am 28. März 1945 ordnete Wohlgemuth in seiner Eigenschaft als Kreisleiter der NSDAP die totale Stilllegung der Behörde an).

Nun widmete sich Wilhelm Wohlgemuth nur noch seiner Parteidienststelle. Er eilte zu Veranstaltungen und Versammlungen, erinnerte mit aussichtslosen Durchhalteparolen die Parteifreunde an das große Endziel, beschwor in Appellen und Mahnungen, daß die „vorübergehende Krise“ zu bewältigen sei, und ehrte die gefallenen Soldaten des Krieges.

In den letzten Kriegstagen (25. März 1945) hielt sich Wohlgemuth im Keller des Nordflügels des Schlosses auf und erkannte endlich die hoffnungslose Situation der Stadt, sah auch keine Aussicht zu ihrer Verteidigung mehr (27. März), nachdem er vom Kommandanten, Major Emil Lamberth, über die bevorstehende Übergabe unterrichtet worden war. Am 2. April verließ er Aschaffenburg, wurde aber fünf Tage später verhaf-

*Wilhelm Wohlgemuth.
Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Fotosammlung,
Sammlung Stadelmann*

tet. Sein Weg war zu Ende, seine Träume verflogen, das Dritte Reich, seine politische Heimat, gab es nicht mehr.

Am 21. September 1948 wurde Wilhelm Wohlgemuth von der Spruchkammer Aschaffenburg-Stadt als Betroffener der Gruppe II unter Auferlegung folgender Sühnemaßnahmen verurteilt: Vier Jahre Sonderarbeit, auf die drei Jahre der Internierungshaft angerechnet wurden, Abgabe von 500 DM in einen Wiedergutmachungsfonds, lebenslängliche Unfähigkeit, ein öffentliches Amt zu bekleiden und die politischen Rechte auszuüben. Ferner erhielt er die Auflage, auf die Dauer von fünf Jahren nur in gewöhnlicher Arbeit tätig zu sein.

Jahre später, 1952, war er wieder in seinem alten Beruf tätig, mit dem er einstmals sein Geld verdient hatte: als Steuerberater im Haus Schloßplatz Nr. 5.

Dreizehn Jahre nach Kriegsende klagte er, zunächst erfolgreich, um eine Pension: Am 16. Dezember 1958 hob das Verwaltungsgericht Würzburg zwei frühere ablehnende Beschlüsse des Aschaffener Stadtrates auf und verpflichtete die Stadt, ihrem ehemaligen Bürgermeister Versorgungsbezüge nach dem 131er Gesetz zu genehmigen. Die Stadt ließ sich diese Entscheidung nicht gefallen; es sollten aber fast zwei

Jahre vergehen, bis es zu einem endgültigen Beschluß kam: „keine Bezüge für Wilhelm Wohlgemuth“ lautete schließlich der Entscheid des Bayerischen Gerichtshofes, der keine Revisionsmöglichkeit beim Bundesgerichtshof mehr zuließ.

Wilhelm Wohlgemuth, geschlagen und vereinsamt, zog noch einmal um, wohnte fast eineinhalb Jahrzehnte in der Odenwaldstraße 34, wo er, so gut es ging, mit einem Steuerberaterbüro seinen Lebensunterhalt verdiente. Am 6. April 1978 verstarb der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Aschaffenburg. Als Nachtrag sei noch zu bemerken: In seine Amtszeit fielen einige lokalgeschichtliche Veränderungen, die seine Handschrift trugen: Die Besiedlung Nilkheims, mit der eine Ausweitung der Stadt am linken Mainufer erreicht wurde, die Planung der Strietwald-Siedlung, der Beginn eines städtischen Omnibusverkehrs sowie das Stadtbad und die Jugendherberge. Wilhelm Wohlgemuth war ein Oberbürgermeister des Dritten Reichs, getragen von den politischen Zielen der Nationalsozialisten, denen er ergeben war, ein Parteifunktionär, der den Anforderungen seiner Zeit genügte und leicht lenkbar „seinen Herren“ diente.

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges legten die vier Siegermächte beim Potsdamer Abkommen vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 für die künftige politische Entwicklung Deutschlands unter anderem folgendes fest: „Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisierung der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverwaltung durchgeführt werden.“ Aufgrund dieser Bestimmung richteten die Besatzungsmächte in ihren Zonen von den Militärbehörden kontrollierte Administrationsorgane ein. So auch in Aschaffenburg, als die US-Militärregierung schon kurz nach der Kapitulation der Stadt den Druckereibesitzer Jean Stock (SPD) am 14. April 1945 zum vorläufigen Oberbürgermeister ernannte. Das von Charles M. Emerick, Major der Militärregierung, am gleichen Tag ausgestellte Schreiben lautete: „Befehl Nr. 1: Jean Stock, Wilhelminenstraße, Aschaffenburg, wird hiermit zum Oberbürgermeister der Stadt Aschaffenburg und zum Landrat des Landkreises Aschaffenburg und Alzenau ernannt.“

Dieses Amt bekleidete Stock aber nur wenige Monate, denn schon am 1. Januar 1946 wurde er zum Regierungspräsidenten von Unterfranken nach Würzburg berufen. Die Leitung der Aschaffener Stadtverwaltung übernahm daraufhin der Leiter des Wiederaufbauamtes Dr. Vinzenz Schwind, der auch am 1. Januar 1946 offiziell sein Nachfolger wurde.⁷⁴ Jean Stock ging der örtlichen Politik und der Sozialdemokratie jedoch noch nicht verloren.

⁷⁴ Aschaffener Volksblatt, Nr. 111 vom 15. Mai 1982.

Der Geburtstag von Johann Heinrich Stock, genannt Jean, der 7. Juni 1893, fiel in eine „Hochzeit“ der Sozialdemokratie: Eine Woche später, am 15. Juni, sollten die Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl ihre Stellung als stärkste Partei mit 1,7 Millionen Stimmen – das Zentrum erhielt 1,4 Millionen – behaupten und mit 44 Abgeordneten in den Deutschen Reichstag einziehen.

Jean Stock verlor schon sehr früh seine Eltern. Mit drei Jahren war er Vollwaise. Er wuchs bei Verwandten (vor allem bei der Schwester seiner Mutter) auf. Diese erfüllten ihm seinen Berufswunsch – er durfte Setzer und Drucker in Büdingen lernen, wo er bei seinem Meister auch Unterkunft fand. Im Jahre 1911 übersiedelte er nach Aschaffenburg und legte noch im gleichen Jahr seine Gesellen- und Meisterprüfung ab. Das frühe Interesse für die Programme und Ideen der Sozialdemokratie setzte Stock gleich nach der Prüfung in die Praxis um, als er der SPD und der Buchdrucker-Gewerkschaft beitrug. Einer intensiven Tätigkeit in der Partei konnte er sich vorerst noch nicht widmen, denn mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde auch er eingezogen.

Unzufrieden mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wegen ihrer andauernden Bewilligungen von Kriegskrediten und ihrer Gesamteinschätzung der allgemeinen Politik in den ersten Kriegsjahren, trat er 1917 wieder aus der Partei aus und schloß sich sofort der im April 1916 abgespaltenen SPD-Opposition, der USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) an. Kurz vor seinem Parteiwechsel mußte er seinen öffentlich bekundeten Unmut über die Regierung erstmals büßen. Während eines Heimaturlaubes im Jahre 1917 wurde er wegen einer Antikriegsrede verhaftet.

Nach Kriegsende kehrte Stock in seine Heimat zurück, widmete sich bis 1922 der aktiven Politik als Arbeitersekretär, war Stadtrat von Aschaffenburg bis 1933 und gehörte von 1918 bis 1922 als USPD-Abgeordneter dem Bayerischen Landtag an.

Auch in der „Rätezeit“ 1918/19 war Stock politisch engagiert, wurde „Mitglied des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern“ und war von Anbeginn an im Aschaffener Arbeiter- und Soldatenrat. Aufgrund seiner aktiven Tätigkeiten in diesem Gremium wurde er am 13. Mai 1919 verhaftet und am 26. Mai vom Aschaffener Standgericht zu einem Jahr und sechs Monaten Festungshaft – wegen Beihilfe zum Hochverrat – verurteilt. Seiner schlechten körperlichen Verfassung hatte er es zu verdanken, daß er noch am gleichen Tag wieder auf freien Fuß gesetzt wurde und somit Strafaufschub erhielt.



Um aber einen Freispruch erwirken zu können, reichte er am 25. Februar 1920 ein Gnadengesuch an Reichspräsident Friedrich Ebert ein. Er begründete diese Bittschrift unter anderem mit seiner bisherigen Unbescholtenheit, seiner ständigen und bereitwilligen Hilfe für die Mitmenschen in seiner Eigenschaft als Arbeitersekretär, mit Rücksicht auf seine Familie – er hatte am 29. März 1919 in Aschaffenburg die aus Frankfurt stammende Ida Blöcher geheiratet – und dem Hinweis, man möge beim Aschaffener Stadtrat, dem er seit 1918 angehörte, Erkundigungen über sein Verhalten in der Vergangenheit einholen.

Vier Tage nach dieser Eingabe erhielt Stock aus Berlin die Mitteilung, daß für sein Gnadenrecht nicht der Reichspräsident, sondern das bayerische Justizministerium zuständig sei und daß der Antrag dorthin weitergeleitet werde. Am 15. März kam aus München die Antwort, „das Gesuch um Erlaß der Strafe eignet sich nicht zur Berücksichtigung“.⁷⁵

Stock ließ aber nicht locker, legte ein amtsärztliches Zeugnis von Landgerichtsarzt Dr. Löffler mit der Ausschließung einer Inhaftierung vor und wandte sich am 3. März und 15. Juni 1921 erneut an die Aschaffener Staatsanwaltschaft mit der Bitte, sein Gesuch nochmals zu überprüfen.

Diesmal berief er sich auf die Reichsamnestie für politische Vergehen vom 20. August 1920: „Obwohl mir bekannt ist, daß die Reichsamnestie keine allgemeine Anwendung auf Bayern finden soll, wurde jedoch vom bayer. Gesandten Herrn von Preger erklärt, daß konform dieser Reichsamnestie auch in Bayern Amnestie-

⁷⁵ Schreiben des Staatsministeriums der Justiz vom 15. März über das Oberlandesgericht Bamberg an den Aschaffener Ersten Staatsanwalt Eichhorn.

*Jean Stock 1922 als Abgeordneter der USPD im Bayerischen Landtag.
Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Fotosammlung*

rungen erfolgen sollen, nur soll die bayer. Justizhoheit gewährt bleiben. Ich ersuche nun den Herrn Ersten Staatsanwalt beim Landgericht Aschaffenburg, mich ebenfalls zur Amnestierung vorzuschlagen, da ja, wie amtsärztlich festgestellt, mein Gesundheitszustand eine Inhaftierung ausschließt und sicherlich diese Ungewißheit zur Besserung der Gesundheit nicht beiträgt.“⁷⁶

Nach einem weiteren Jahr der Ungewißheit und mit dem bedrückenden Gedanken, die Strafe doch antreten zu müssen, richtete Stock schließlich, mit persönlicher Fürsprache von Justizminister Dr. Christian Roth, am 15. Juni 1921 nochmals eine Eingabe an die Aschaffener Staatsanwaltschaft: Man möge das gegen ihn am 26./27. März 1919 gefällte Urteil abändern und es durch eine dreijährige Bewährungsfrist ersetzen.

Endlich, am 27. Juni 1921, wurden Stocks Bemühungen belohnt: Das Aschaffener Volksgericht beschloß an diesem Tag, ihm eine Bewährungsfrist von vier Jahren zu bewilligen, die am 26. Juni 1925 abgelaufen sein würde.

Für die Würdigung des Gerichtes kam Folgendes in Betracht: „Die Verfehlung des Gesuchstellers war keine leichte. Sie richtete sich gegen den Bestand des Staates. Das ist vom Gericht bei der Prüfung der Frage, ob durch Gewährung bedingter Begnadigung auf strafrechtliche Sühne verzichtet werden soll, im Auge zu behalten. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die Tat des Gesuchstellers einer Zeit starker politischer Erregung entsprungen war; inzwischen ist Beruhigung eingetreten und Stock hat zu seinem Teil durch

⁷⁶ Brief Jean Stocks vom 3. März 1921 an den Ersten Aschaffener Staatsanwalt Eichhorn.

einwandfreie Führung zu erkennen gegeben, daß er, bei allem Festhalten an seiner politischen Gesinnung, sich der bestehenden Rechtsordnung einfügen will. In dieser Hinsicht erscheint es von Bedeutung, daß der Stadtrat von Aschaffenburg, dessen Mehrheit aus politischen Gegnern des Gesuchstellers besteht, einhellig sich für seine bedingte Begnadigung ausgesprochen hat ... Bei Abwägung aller Umstände glaubte deshalb das Gericht, sich für die Bewilligung einer Bewährungsfrist entscheiden zu sollen. Sie wurde auf 4 Jahre bemessen, so daß sie mit 26. Juni 1925 ausläuft.“^{77 78}

Nach dem USPD-Parteitag vom 20. bis 23. September 1922 kam es einen Tag später in Nürnberg zur „Wiedervereinigung“ von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Welche Gefühle und welche Euphorie die Einigung unter den Delegierten auslöste, beschrieb Jean Stock in einem Bericht in der Aschaffener Presse unter anderem so:

„Genosse Wels gab die Resultate der beiden Parteitage bekannt und verkündete, daß nunmehr die Delegierten über die Annahme des Aktionsprogrammes abzustimmen hätten. Ein Augenblick größter Spannung. Nichts hörte man als den Atem der im Saale Anwesenden.

Einstimmig angenommen war das Resultat. Von den ältesten bis zu den jüngsten Parteigenossen konnte man bemerken, daß sich vor Rührung die Augen füllten ... Daraufhin rasender Beifall und alles erhob sich von den Sitzen. Dieser Moment wird mir ein ewiges

⁷⁷ Beschluß des Aschaffener Volksgerichtes vom 27. Juni 1921.

⁷⁸ Durch Auffindung schriftlicher Unterlagen, die diese Urteilsabänderung belegen, ist die Darstellung von Carsten Pollnick und Wolfgang Stock „100 Jahre SPD in Aschaffenburg 1878–1978“, S. 28, zu berichtigen.

Andenken bleiben und niemand, der ihn miterlebt hat, wird ihn je vergessen ...⁷⁹

Nach der Vereinigung der Partei kandidierte Jean Stock vorerst für kein Parteiamt mehr, denn er übernahm von 1922 bis 1933 den Verlag der „Aschaffener Volkszeitung“. Elf Jahre lang sollte dieses Presseorgan unter seiner Regie die publizistische Stimme der Aschaffener Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften bleiben. In der Weimarer Republik widmete sich Stock nicht nur der „Volkszeitung“, sondern hielt auch Reden auf sozialdemokratischen Veranstaltungen, gab seine Kenntnisse an jüngere Parteigänger und Gewerkschafter weiter, mobilisierte Maifeiern, unterstützte Arbeitervereine. Alle diese Aufgaben nahmen zu Beginn des Jahres 1933 ein jähes Ende. Nach einer mehrjährigen politischen Krise, von den Nationalsozialisten forciert und ausgenutzt, übergab Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933 das Amt des Reichskanzlers an Adolf Hitler. In Aschaffenburg wurde Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Matt durch Wilhelm Wohlgemuth „ersetzt“, und mit dem „Ermächtigungsgesetz“ vom 23. März begann die Katastrophe. Jean Stock hatte die „braune Gefahr“ schon frühzeitig erkannt, stand ihr aber wie viele Demokraten machtlos gegenüber. Man traf sich zwar noch heimlich mit Freunden, richtete sich gegenseitig so gut es ging auf, hegte verständlicherweise Fluchtgedanken. Stock selbst hielt (im Gegensatz zu einigen anderen) an seiner politischen Überzeugung fest, trotz Verurteilung zur Passivität. Nach den Märzahlen verlor er schließlich seinen Posten, die „Volkszeitung“ wurde besetzt und kurz darauf aufgelöst, finanzielle Nöte trafen ihn

und seine Familie. Er wurde kontrolliert und bespitzelt, moralisch unterdrückt, Diffamierungen und Hausdurchsuchungen begannen. Es folgten Demütigungen, Entsagungen, Verhaftungen. Trotzdem gab er nie auf, blieb im Innern stets Sozialdemokrat, half Juden und noch ärmeren Menschen als er selbst und rettete sich mit Mut und Ausdauer bis zum 20. Juli 1944, dem Tag des Hitler-Attentates. Dann wurde auch er wieder ein Opfer der Nationalsozialisten.

Fliehen konnte er nicht mehr, man holte ihn ab, brachte ihn ins Zuchthaus nach Würzburg, von dort in das Konzentrationslager nach Dachau, aus dem er am 6. September, körperlich unbeschadet, entlassen wurde. Stock hatte überlebt, seine Moral, seine sozialdemokratische Gesinnung, seine Energie waren nicht gebrochen, aber sein Leidensweg war zu Ende.

Eine neue Epoche begann für ihn nach der Kapitulation des Deutschen Reiches. Viele Aufgaben erwarteten ihn.

Als die provisorische Stadtverwaltung ihre ersten bescheidenen Räume im Gebäude der Städtischen Sparkasse, Friedrichstraße 7a, kurz nach der Kapitulation der „Festung Aschaffenburg“ am 3. April bezog, stellte die amerikanische Militärregierung den erfahrenen Politiker und Demokraten Jean Stock an ihre Spitze und ernannte ihn zum vorläufigen Oberbürgermeister. Ihm zur Seite standen Dr. Hans Reinthaler als sein Stellvertreter, Oskar Körner als Finanzverwalter sowie Dr. Siebert als Polizeipräsident. Wichtigste und dringlichste Gebote des ersten Nachkriegsoberbürgermeisters waren die Beseitigung der katastrophalen Wohnungsnot und die Versorgung der rund 20000 Bewohner der Stadt, die im Mai 1945 gezählt wurden. Im September waren es bereits wieder – trotz Zuzugsverbot – 27500, ein Jahr darauf sogar schon 34500 Einwohner.

⁷⁹ Aschaffener Volkszeitung, Nr. 221 vom 25. September 1922.



*Jean Stock, Altersbild (Gemälde).
Museen der Stadt Aschaffenburg*

Neben seinen Pflichten als Stadtoberhaupt bemühte sich Stock von Anbeginn wieder um die Herausgabe einer Zeitung. Mit ihm als Gründer und Mitherausgeber bis März 1946 erschien dann auch am 24. November 1945 unter dem Namen „Main-Echo“ das gewünschte Presseorgan. Dieses Blatt informierte anfangs vor allem über weltpolitische Ereignisse, über die Nachkriegszeit in Deutschland, hier besonders im Spessart. Für amtliche Bekanntmachungen der Militärregierung und lokale Neuigkeiten sorgte ab 1. Juni das einmal wöchentlich erscheinende „Mitteilungsblatt“ des Oberbürgermeisters der Stadt Aschaffenburg, das mit amerikanischer Genehmigung bei Stock & Körber hergestellt wurde (Jean Stock hatte im September

1933 eine kleine Druckerei gegründet, um nicht länger arbeitslos sein zu müssen). Nach einer Titelveränderung ab September 1947 („Mitteilungsblatt der Stadt Aschaffenburg“) bestand es noch bis 1953.

Nach der Wiedergründung der SPD im Oktober 1945 im Café Central, Steingasse 5, spielte Jean Stock neben Wilhelm Retzlaff, Konrad Pohl, Bernhard Junker, Otto Blöcher, Eugen Ostheimer, Kurt Frenzel und Hans Kunath wieder eine bedeutende parteipolitische Rolle; die SPD war aber – wie sich bei der ersten Stadtratswahl am 26. März 1946 zeigen sollte – noch nicht stark genug, denn sie erreichte nur 32,5 Prozent oder 11 Mandate gegenüber der CSU, die 52,7 Prozent oder 17 Mandate errang. Die Sozialdemokraten im Stadtparlament hatten als Oberbürgermeisterkandidat Jean Stock aufgestellt, der ja im August 1946 wieder von Würzburg nach Aschaffenburg zurückgekehrt war, um sich der Politik und der Buchdruckerei zu widmen. Er konnte aber eine Niederlage mit 18 gegenüber 13 Stimmen nicht verhindern; neuer Oberbürgermeister wurde Dr. Vinzenz Schwind.⁸⁰ Mit dem gleichen Ergebnis unterlag er auch bei seiner zweiten Kandidatur am 1. Juli 1948. Diese beiden Niederlagen schmerzten ihn aber keineswegs, denn andere Pflichten und Aufgaben lagen noch vor ihm. Als Mitglied des neuen Stadtrates wurde er von seiner Fraktion für zwei Jahre zum Vorsitzenden gewählt; diesen Posten hatte er bereits vor 1933 innegehabt. Neben der regionalen politischen Arbeit, seinen enormen Verdiensten als Oberbürgermeister beim Wiederaufbau der zerstörten Stadt, machte sich Stock auch weit über die Grenzen seiner Heimatstadt hinaus einen bleibenden Namen.

⁸⁰ Aschaffener Volksblatt, Nr. 111 vom 15. Mai 1982.

Vom 1. Dezember 1946 bis zum 24. November 1962 war er Mitglied des Bayerischen Landtages, bis 1950 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion; von 1947 bis 1948 Mitglied des Länderrates; von 1948 bis 1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates. Zahlreiche Ehrungen wurden dem unermüdlichen Politiker zuteil; 1957 wurde ihm das Große Verdienstkreuz verliehen. 1959 der Bayerische Verdienstorden, 1961 die Bayerische Verfassungsmedaille in Gold.

Als er sich schließlich 1962 aus dem politischen Leben zurückzog, verließ er als dienstältester Parlamentarier den Bayerischen Landtag, den er 1918 als jüngster Abgeordneter erstmals betreten hatte. Und als er am 13. Januar 1965 verstarb, verloren Bayern und die Stadt Aschaffenburg ein „Stück Geschichte der Demokratie“.

DR. VINZENZ SCHWIND (1946–1970)

Am 1. Juni 1945 trat Dr. Vinzenz Schwind in den Dienst der Stadt Aschaffenburg. Schon wenige Wochen später, am 30. Juli, erteilte die amerikanische Militärbehörde per Gesetz einer der wichtigsten Institutionen der Nachkriegszeit die Arbeitserlaubnis: dem Wiederaufbauamt. Die Leitung dieses Amtes wurde Dr. Vinzenz Schwind übertragen. Mit einem engagierten und willigen Kreis von Mitarbeitern lenkte Dr. Schwind aus den notdürftig hergerichteten Büroräumen im Bauhof den Wiederaufbau der Stadt. Seine Arbeit erhielt schon bald ihren Lohn und wurde entsprechend seiner Verdienste und Fähigkeiten honoriert; denn als der am 14. April 1945 von der amerikanischen Militärregierung eingesetzte erste Nachkriegs-Oberbürgermeister Jean Stock nach knapp neunmonatiger Amtszeit zum 1. Januar 1946 nach Würzburg berufen wurde, ernannten die Amerikaner Dr. Vinzenz Schwind zu dessen Nachfolger.

Das von Charles M. Emerick am 29. Dezember 1945 unterzeichnete Dokument hatte folgenden Wortlaut:

„Betrifft: Ernennung zum Oberbürgermeister
An: Dr. Vinzenz Schwind, Aschaffenburg.

Mit Wirkung vom 31. Dezember 1945 sind Sie zum Oberbürgermeister der Stadt Aschaffenburg ernannt und werden alle Pflichten übernehmen und erfüllen, die das deutsche Gesetz erfordert. Sie werden alle Befehle, Weisungen und Vorschriften ausführen, die durch die Militärregierung veröffentlicht werden.

Diese Ernennung ist vorübergehend.

Auf Befehl der Militärregierung
Charles M. Emerick
Major, AUS
Director“

Am 14. Januar 1946 verabschiedete sich der bisherige Oberbürgermeister Jean Stock in einer Stadtratssitzung und übergab offiziell die Amtsgeschäfte seinem Nachfolger. Die „Ära Schwind“ begann und sollte für viele Jahre das Bild der Stadt prägen.

Am 12. Mai 1910 wurde Vinzenz Schwind als Sohn des Steinmetzen und Bildhauers – später Kriminalkommissär – gleichen Vornamens und seiner Ehefrau Maria Magdalena, geborene Dölger, in Aschaffenburg, Gabelsberger Straße 6, geboren. Im Alter von sechs Jahren kam er in die Volksschule, die er 1920 verließ, um bis 1929 die Aschaffener Oberrealschule zu besuchen. Sein Abitur „baute“ er am 21. März des gleichen Jahres.

Zwei Monate danach nahm er, mit finanzieller Unterstützung seiner Eltern, das Studium der Natur-, Rechts- und Staatswissenschaften sowie der Geschichte auf, das ihn an die Universitäten von Heidelberg und Königsberg führte. Am 3. Au-



*Dr. Vinzenz Schwind mit
Vertretern der US-Militärverwaltung, 1946.
Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg,
Fotosammlung*

gust 1934 legte er sein Examen als Diplom-Chemiker ab. Wegen seiner Zugehörigkeit zu einer katholischen Studentenvereinigung und als aktives Mitglied im Katholischen Akademikerverband – „Arminia Heidelberg“ – hatte er in der NS-Studentenzeit erhebliche Schwierigkeiten. Diesen andauernden Querelen zum Trotz verließ er die Stadt am Neckar 1935 und ging nach Königsberg.

Nachdem Vinzenz Schwind am 22. November 1937 an der Universität von Königsberg über die „Ligninbestandteile des Holzes“ zum Dr. rer. nat. promoviert hatte, immatrikulierte er sich nochmals im Wintersemester 1937/38 an der Universität Frankfurt für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Schließlich, nach fast 22 Schul- und Studienjahren, die ihn zwar umfangreich gebildet hatten, aber in seiner politischen Überzeugung zum Einzelgänger werden ließen, trat er in das Berufsleben ein. Bevor er im Jahre 1938 seinen Dienst bei den Höchster Farbwerken aufnahm, heiratete er Emmy Walter. Sie wurde in Meran geboren und war die Tochter des dortigen Hoteliers Valentin Walter und der aus der Aschaffenburg Herdfabrik-Dynastie stammenden Anna Veronika Koloseus.

In Höchst beschäftigte sich Schwind mit der Erarbeitung eines Patentes für ein „lichtechtes Grün“. Seine Forschungen wurden aber durch den Militärdienst unterbrochen. Vom 28. August 1939 bis zum 30. September 1941 kam er als Ausbilder für Physik zur Luftwaffe. Nach Beendigung dieser Wehrpflicht, entlassen als Feldwebel der Reserve, wurde er ab Oktober 1941 zu den Leuna-Werken nach Merseburg versetzt. Seine Hauptarbeit dort lag in der Entwicklung von Kunststoff-Fasern (Perlon). Kurz nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges trat Dr. Vinzenz Schwind in den Dienst der Stadt Aschaffenburg. Seine politische Karriere begann.

Primäre Aufgabe für Dr. Vinzenz Schwind als Leiter des Wiederaufbauamtes war zunächst die Kriegsschuttbeseitigung, dann, im Einvernehmen mit der amerikanischen Militärbehörde – sie hatte am 7. April 1945 ihre Arbeit aufgenommen –, die Instandsetzung der nur leicht beschädigten Wohnhäuser. Da gewaltige Mengen von Blech und anderen verwertbaren Metallen in den Trümmern der Stadt lagen, konnten ohne große Verzögerungen Dachdeckerarbeiten durchgeführt werden, um die weniger in Mitleidenschaft gezogenen Häuser wieder halbwegs bewohnbar zu machen. Schwierigkeiten ergaben sich jedoch bei den Transportmöglichkeiten, da viele Straßenzüge und Brücken zerstört oder teilweise noch unpassierbar waren. Schwinds Verdienst in den „ersten Stunden“ war die Reparatur der Mainbrücke, die für Versorgung und Verkehr gleichermaßen unumgänglich war.

Neben den Wohnanlagen und Verkehrswegen waren fast alle öffentlichen Gebäude wie Schulen – außer der Lehrerinnen-Bildungsanstalt und einer Schule in Schweinheim –, Behördenhäuser, landwirtschaftliche Anwesen, gewerbliche und industrielle Anlagen sowie Krankenhaus und das Schloß schwer oder teilweise zerstört. Nach Schätzungen Schwinds und seiner Mitarbeiter betrug die Schuttmassen aus diesen und anderen Gebäuden und Anlagen, die allein in den Jahren 1945 bis 1948 auf Veranlassung der Stadtverwaltung bewegt und weggeräumt worden waren, etwa 231 000 Kubikmeter. Nachdem Schwind das Amt des Oberbürgermeisters übertragen bekommen hatte, legte er sofort einen Dringlichkeitsplan vor, nach dem die schlimmsten Kriegsschäden beseitigt und die fehlenden Geldmittel beschafft werden konnten.

Von 1945 bis 1947 wurden schließlich die noch erhalten gebliebenen Schulen – Luitpoldschule, Schönborner Hof und die Berufsschule in der Landingstraße 16 – renoviert sowie das alte Krankenhaus wieder aufgebaut. Auch ein „provisorisches Stadttheater“ entstand, nachdem sich Ende 1945 ein Kultur-Komitee konstituiert hatte, das am 16. Januar 1946 die Gründung der „Gesellschaft der Theater- und Musikfreunde e.V. Aschaffenburg“ ermöglichte. So konnte schon frühzeitig im „Blauen Saal“ des Frohsinn-Gebäudes in der Weißenburger Straße 28 ein bescheidener Theaterbetrieb ablaufen, der den „trümmerschädigten“ Aschaffener Bürgern willkommene Abwechslung bot.

Parteilpolitisch wurden für Dr. Vinzenz Schwind, jetzt Mitglied der CSU, am 26. Mai 1946 erstmals parlamentarisch die Weichen gestellt; denn an diesem Tag fanden die ersten Stadtratswahlen statt (reine Verhältniswahl), die ihm auch in diesem Gremium ein Mandat einbrachten. Am 4. Juni wählte ihn dieser Stadtrat mit 18 gegen 13 Stimmen (Gegenkandidat war sein Vorgänger Jean Stock) für zwei Jahre zum Oberbürgermeister. Er wurde somit in seinem bisher innegehabten Amt bestätigt. Nach wiederum zwei Jahren, am 1. Juli 1948, stellte er sich erneut zur Kandidatur, Kontrahent war nochmals Jean Stock. Mit dem gleichen

Stimmenverhältnis wie 1946 wurde er wieder Oberbürgermeister. In der nun folgenden Legislaturperiode bis 1952 wurden unter Schwinds Regie die Schule in der Kolpingstraße, der Bau der Karl-Link-Schule (heute Schiller-Schule) in Damm, die Anlegung neuer Straßen und Anlagen, die Erweiterung und Umfahrung des Schöntals, die Gründung der Gesellschaft für Wohnungsbau, der Kindergarten in Schweinheim und viele andere Projekte verwirklicht.

Kurz vor der dritten Stadtratswahl am 30. März 1952 trat Dr. Vinzenz Schwind nach heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der CSU aus der Union aus. Um sich im künftigen Stadtrat aber auf eine „Hausmacht“ stützen zu können, gründete er mit parteilosen Bürgern die „Überparteiliche Einheitsliste“ (ÜP), die dann fast zwanzig Jahre lang die kommunalpolitische Entwicklung maßgeblich beeinflussen sollte. Stets wiedergewählter Oberbürgermeister bis zum 8. März 1970 war nun Dr. Vinzenz Schwind.

Seine erneute Wiederwahl erfolgte am 30. März 1952 direkt durch die Bevölkerung; diesmal für sechs Jahre. Er siegte gegen Alfons Goppel (CSU) mit 7290 Stimmen oder 30,84 Prozent sowie Bernhard Junker (SPD) mit 2505 Stimmen oder 10,60 Prozent; er selbst erhielt 13 365 Stimmen oder 56,54 Prozent.



Dr. Vinzenz Schwind, mit Ministerpräsident Dr. Hans Ehard, bei einem Besuch der Stadt, 1947. Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg



*Dr. Vinzenz Schwind.
Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Foto Ullrich*

Einen schweren Schicksalsschlag erlitt Schwind im Mai 1954: Im Alter von nur 46 Jahren verstarb seine Frau Emmy, die viele Jahre mit Bescheidenheit, Takt und Güte karitative Aufgaben erfüllte. Sie arbeitete unter anderem im Vorstand des Suppenschulvereins und nahm sich liebevoll der Kinder im Städtischen Mädchenheim an.

Auch am 23. März 1958 kandidierte Dr. Vinzenz Schwind wieder für das Oberbürgermeisteramt. Seine Gegner waren diesmal Dr. Adalbert Peter Blasy (SPD) und Dr. Philipp Fleischmann (CSU). Beide hatten keine

Chance, Schwind siegte mit 17 227 Stimmen oder 62,15 Prozent.

Am 12. Mai 1960 feierte Dr. Vinzenz Schwind, inzwischen dienstältester Oberbürgermeister der Bundesrepublik, seinen 50. Geburtstag. Aus allen Bevölkerungsschichten trafen Glückwunschkarten, Telegramme und Geschenke im Rathaus ein. Auch die CSU und die SPD boten viel Prominenz auf.

Die Oberbürgermeisterwahl am 8. März 1964 war für den Wähler eine Wahl ohne Qual, denn keine Partei stellte einen Gegenbewerber auf. CSU und SPD waren an dieser kuriosen Situation wohl selbst schuld, so unterschiedlich auch ihre Begründungen klangen: Die SPD fühlte ihre Interessen bei Dr. Vinzenz Schwind anscheinend gut vertreten, für die CSU war der Verzicht auf einen eigenen Kandidaten dagegen „ein Tribut an die Realitäten“. Mit Unterstützung der CSU konnte Schwind diesmal also nicht rechnen – im Gegensatz zur SPD. Schwind erreichte bei niedriger Wahlbeteiligung (40,56 Prozent) 13 688 Stimmen oder 97,03 Prozent.

Die Sozialdemokraten hofften, mit diesem Schachzug den Oberbürgermeister etwas in ihr „Fahrwasser“ zu bringen; denn ohne Unterstützung der ÜP waren ihre kommunalpolitischen Ziele nicht durchsetzbar. Diese Überlegung sollte sich als „nicht ungeschickt“ erweisen, da durch ihr stilles Bündnis bis zum Ende der 60er Jahre tatsächlich die gesamte Entwicklung der Stadt beeinflusst wurde: Schulbau, Sportförderung, Erschließung des linken Mainufers, Ausweisung von neuen Baugebieten und Verbesserung der kommunalen Infrastruktur.

Der private Lebensweg von Dr. Vinzenz Schwind erfuhr 1965 einen neuen Höhepunkt: Er heiratete im März dieses Jahres in Taufers (Südtirol) die Assistentin von Prof. Hermann Kaspar aus München, der seinerzeit die künstlerische Gestaltung des Rathaussaales übernommen hatte – die Kunstmalerin Eva Maria Benken aus Nürnberg.

In den Jahren 1968/69 verstärkten sich innerhalb der SPD die Widerstände gegen das Bündnis mit der ÜP und dem Oberbürgermeister. Ein wesentlicher Grund war die von Dr. Schwind mit Hilfe der CSU durchgesetzte Verstaatlichung der Stadtpolizei zum 1. Januar 1970. Die langjährige Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Überparteilichen stand vor dem Auseinanderbrechen. Dr. Schwind versuchte, sich noch einmal politisch zu erholen und ließ sich zu der Oberbürgermeisterwahl am 8. März 1970 sogar von der CSU – trotz der seit 1952 bestehenden Gegnerschaft – als Kandidat vorschlagen.

Die SPD besann sich nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen auf ihre eigene Kraft und

stellte den Haibacher Bürgermeister Dr. Willi Reiland als Gegenkandidat auf. Schwind unterlag seinem Herausforderer in nicht erwarteter Höhe; er konnte nur 11 850 Stimmen oder 39,86 Prozent auf sich vereinen, während Dr. Willi Reiland es auf 17 878 Stimmen oder 60,14 Prozent brachte.

Eine „Ära mit Denkmal“ war zu Ende gegangen.

Dr. Vinzenz Schwind, unauslöschlich mit der Entwicklung Aschaffenburgs nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden, setzte Marksteine: Die stadthistorische Bedeutung seiner Arbeit von 1946 bis 1970 wird überall sichtbar. Als die Stadt unter Trümmern und Schutt lag, war sie kaum noch erkennbar, 1970, als er abtreten mußte, hinterließ er einen von ihm „vorgezeichneten Weg“, der seinem Nachfolger Dr. Willi Reiland Orientierungshilfe war.

Dr. Vinzenz Schwind war ohne Zweifel auch ein schwieriges Stadtoberhaupt, ein Mensch im Widerspruch: Er nahm selten ein Blatt vor den Mund, zeigte seine Abneigung anderen Personen gegenüber oft recht deutlich, lebte in ständiger Spannung mit seiner



*Erste Stadtratssitzung im neuen Sitzungssaal des Rathauses, 17. April 1958.
Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Foto-Nachlass Paul Schröner*

Umwelt und überzog oft mit nicht gerade demokratischen Mitteln die Grenzen. Diese menschlichen Schwächen waren ihm sicher bewußt.

Der offizielle Abschied kam am 30. Mai 1970: Die CSU verabschiedete ihn mit allen Ehren, die ÜP dankte für die stets gute Zusammenarbeit und die SPD nahm seinen Abtritt nach fast 25-jähriger Amtszeit zum Anlaß, seinen Nachfolger einzuführen, ohne dabei die Würdigung seiner Leistungen zu vergessen, die das scheidende Stadtoberhaupt in großem Maße vollbracht hatte.

Seinen unfreiwilligen Abschied von der Politik und die damit verbundene wohlverdiente Ruhe konnte Dr. Vinzenz Schwind jedoch nicht mehr lange genießen. Schon zu Beginn des Jahres 1973 erkrankte der Alt-Oberbürgermeister schwer und verstarb schließlich am 17. März 1974 im Alter von nur 63 Jahren in seiner Heimatstadt Aschaffenburg, die unter seiner Führung ein bedeutendes Handels- und Wirtschaftszentrum geworden war.

Die Trauerfeier fand am Montag, den 18. März, im Großen Sitzungssaal des Rathauses statt. Dazu notierte die Aschaffener Presse:

„In Anwesenheit der Witwe des verstorbenen Alt-Oberbürgermeisters, Eva Maria Schwind, der beiden Geschwister von Dr. Schwind, Karolina Krebs und Johann Schwind, der Landtagsabgeordneten Marlielies Schleicher (CSU), Hermann Leeb (CSU) und Adalbert Peter Blasy (SPD), Oberregierungsdirektor Rother in Vertretung des unterfränkischen Regierungspräsidenten, des gesamten Aschaffener Stadtrates und vieler Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben der Stadt eröffnete Oberbürgermeister Dr. Willi Reiland die Trauerfeier mit einer Beileidsbekundung für die Hinterbliebenen. „Ich hoffe, es wird gelingen, von

dieser Stunde des Gedenkens alles Randwerk wegzulassen, weil alles andere nicht im Sinne des Verstorbenen wäre.“ Diese Worte Reilands markierten den Willen zur Aufrichtigkeit in dieser Gedenkstunde. Der Oberbürgermeister, der kurz Leben und Wirken seines Vorgängers umriß, komprimierte die Verdienste Dr. Schwinds auf einen Satz: „Niemand, der die Geschichte Aschaffenburgs und das Schicksal nach Kriegsende kennt, kann die Verdienste von Dr. Schwind um Aschaffenburg leugnen.“ Reiland schließlich zu Schwinds Wissensfundus: „Eine besondere Eigenschaft von Dr. Schwind war sein nie versagendes Bemühen, sich neues Wissen anzueignen, das er dann mit Hilfe seines ausgezeichneten Gedächtnisses – zum Leidwesen mancher Gesprächsteilnehmer – gern in die Diskussionen einflocht.“

Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Aschaffener Stadtrat, Benno Lehmann, meinte, daß es wohl kaum einen Bürger in Aschaffenburg gebe, der nicht gespürt habe, daß Dr. Schwind eine starke Persönlichkeit besonderer Art war. Er sei nicht einzuordnen gewesen in ein Schema oder Klischee, nicht einzuordnen in eine bestimmte Partei oder Gruppierung. „Dazu war Dr. Schwind zu eigenwillig, eigenwillig in einem guten Sinn, nämlich im Sinn des selbständigen Wollens, dieses umzusetzen in Taten für die Allgemeinheit.“ Lehmann zitierte aus einem Brief, den ihm Schwind 1966 geschrieben hatte: „Die Zeit, in die wir hineingeboren wurden, die uns in der Rückschau heute als eine dynamische und folgenschwere Epoche erscheint, reicht von der Idylle gemächlichen bürgerlichen Daseins mit den Anfängen von Auto, Flugzeug und Elektrifizierung zu einer Perfektion der Technik, die in Weltraumfahrt, dem Elektronenrechner und der Anwendung der Kernspaltungsenergie in Krieg und Frieden in unseren

Tagen gipfelt. Der Weg des Menschen wird in andere Bahnen gezwungen mit positiven und negativen Chancen. Eine der positiven ist der Aufstieg breiter Bevölkerungsschichten zu höherem Standard, um nicht zu sagen in eine höhere soziale Schicht.“ Lehmann zu dieser Aussage Schwinds: „Ich möchte meinen, daß in diesen Sätzen die ganze menschliche Seite Dr. Schwinds zum Ausdruck kommt, die er stets zu verbergen suchte.“

Für die gesamte Aschaffener SPD resümierte Benno Lehmann: „Die Wegstrecke, die wir in der Kommunalpolitik mit Vinzenz Schwind gemeinsam und auch gegensätzlich gegangen sind, war für Aschaffenburg keine verlorene Zeit.“

CSU-Fraktionsvorsitzender Günter Dehn sprach in seiner Gedenkrede auch das Aschaffener CSU-Mitglied Vinzenz Schwind an: „Er kam aus unserer Mitte und hat sich in den Nachkriegsjahren schicksalhaft der kommunalen Aufgabe zur Verfügung gestellt. Seine Arbeit galt dieser seiner Vaterstadt und ihrer Bürger. Unsere Fraktion hat ihn ein Stück auf seinem Weg begleitet. In vielen Fragen stand die CSU an seiner Seite, andere Probleme wurden verschieden beurteilt. In einem aber waren wir uns einig: Das Beste für Aschaffenburg und seine Bürger gewollt zu haben.“ Auch Dehn charakterisierte sein und seiner Partei Verhältnis zu Vinzenz Schwind ohne Pathos: „Er war uns nie ein Freund im Sinne einer echten Freundschaft, aber auch kein Feind. Er sah die Sache, seine Vorstellungen, seine Ziele – und suchte den Weg, um das Gewollte zu erreichen.“ In den letzten Jahren habe es zwischen Schwind und der CSU viele Anknüpfungspunkte gegeben, unter anderem auch, als der damalige Oberbürgermeister die kommunalpolitischen Leitsätze der Union bejahte.

Dehn abschließend: „Seine Spuren sind tief und unauslöschlich in das Bild Aschaffenburgs eingegraben und darin verwurzelt. Er hat die Weichen gestellt für ein anderes Aschaffenburg, für ein Aschaffenburg als Mittelpunkt der Region Untermain. Er selbst hatte die Überzeugung, Überdurchschnittliches geleistet und damit seine Pflicht erfüllt zu haben. Das wollen wir ihm gern bestätigen. Es kam ihm nicht so sehr darauf an, die Welt zu verändern, als sie vielmehr menschlicher zu machen.“

Für einen würdigen musikalischen Rahmen der Trauerfeier sorgte das Aschaffener Streichquintett.⁸¹ Der Mensch Schwind war kein einfacher Partner. Flexibilität und Sinn für Repräsentationen waren nicht gerade seine Stärke. Oft suchte er sogar die Konfrontation, ohne Rücksicht auf die Empfindsamkeit seiner Mitmenschen. Er akzeptierte und respektierte aber jeden Partner (auch seine Gegner), wenn er sich ihm gewachsen zeigte. Politisch verließ er sich mehr auf sein Durchsetzungsvermögen und sein Wissen als auf eine politische Partei. Der Leitsatz in seinem Schaffen als Oberbürgermeister hieß stets: „Ich war immer bestrebt, meine Pflicht zu tun und Überdurchschnittliches zu leisten.“

Die Erinnerung an ihn wird wachgehalten: Im Juli 1978 wurde zu seinem Gedenken die Jahnstraße in Schwindstraße umbenannt.

⁸¹ Main-Echo, Nr. 66 vom 19. März 1974.

DR. WILLI REILAND (1970–2000)

Als Dr. Willi Reiland am 8. März 1970 zum Oberbürgermeister Aschaffenburgs gewählt wird, ist er gerade einmal 36 Jahre alt. Jung, motiviert, talentiert: Das kommt gut an bei den Wählern. Sie wollen einen Wechsel an der Spitze ihrer Stadt, nach 24 Jahren. So lange ist Oberbürgermeister Dr. Vinzenz Schwind schon im Amt.

60,15 Prozent der Aschaffener sind überzeugt, dass Dr. Willi Reiland die bessere Alternative zum Mitbewerber ist, die Stadt endgültig aus der Nachkriegszeit in eine weltoffene Zukunft führen kann. In Bayern sieht Aschaffenburg also künftig rot. Dr. Willi Reiland ist überzeugter Sozialdemokrat, und er tritt an, der Stadt am Untermain ein neues Gesicht zu geben. Ein Gesicht, das überall nachhaltig sichtbar ist.

Klinikum am Hasenkopf, Ringstraße, Stadthalle und Stadtbibliothek, Eissporthalle, Sportanlagen, Schön-

borner Hof, Kinderheim, Unterführung des Landing, Kunsthalle Jesuitenkirche, Jugendkulturzentrum, Volksfest, Weihnachtsmarkt und Fastnachtsumzug: Das Aschaffenburg von heute trägt in vielem die Handschrift des promovierten Juristen.

Der Wahlkampf ist hart, berichten Zeitzeugen. Doch die Wähler entscheiden sich letztlich für das, was Willi Reiland ihnen anbietet: trotz seines jungen Alters langjährige kommunal- und landespolitische Erfahrung, umfassendes Fach- und Allgemeinwissen, Durchsetzungsvermögen gepaart mit einem starken Willen, Selbstvertrauen, kreatives Denken und konstruktives Handeln, Werteorientierung und Glaubwürdigkeit. Willi Reiland ist ein konsequent optimistischer, charismatischer und selbstbewusster Mann mit neuen Ideen und klaren Vorstellungen, exzellent vernetzt in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Humor hat er, sportlich ist er, immer bereit zu helfen, und im Karneval ist er der erste, der sich die Narrenkappe aufsetzt – alles passt. So einen Oberbürgermeister wünschen sich die Aschaffener. Ihr Gefühl trägt sie nicht.

Das Stadtoberhaupt erweist sich als Glücksfall, auch wenn die Stadträte der parteigegnerischen Fraktionen das am Anfang anders sehen. 1970 sind sie geschockt über die Wahl Dr. Reilands an die Spitze der Stadt und betreiben zunächst Fundamentalopposition. Willi Reiland bleibt davon unbeirrt, sucht beharrlich Mehrheiten für Projekte und Ziele, setzt auf Konsens. Er sieht sich als Oberbürgermeister für alle Bürger, unabhängig vom Parteibuch. Einmal lässt er im Wahlkampf nicht einmal



Erster Wahlsieg im Jahr 1970: Dr. Willi Reiland wird Oberbürgermeister der Stadt Aschaffenburg. Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Fotosammlung

sein Parteilogo auf seine Wahlplakate drucken; die gegnerische Partei trägt es daraufhin eigenhändig nach. Seinen überparteilichen Anspruch honorieren die Bürger, sie sind begeistert von Willi Reiland. Fünf Mal wählen ihn die Aschaffener an die Spitze, bis zum letzten Moment halten sie an ihrem Willi fest.

Seine Wahlergebnisse lassen sich jedes einzelne Mal sehen: 60,15 Prozent bei der ersten Wahl, 58,40 Prozent sechs Jahre später. Bei der dritten Wahl im Jahr 1982 stimmen fast genau zwei Drittel der Wähler – 65,19 Prozent – für den Amtsinhaber, 1988 erreicht Willi Reiland mit 72,38 Prozent sein bestes Ergebnis. 1994 nimmt er mit 67,86 Prozent der Stimmen noch einmal mehr als zwei Drittel der Wähler für sich ein. Mit dem Schwung der ersten Begeisterung über Willi Reiland gelingt der SPD bei den Stadtrats-Wahlen im Jahr 1972 eine nie wiederholte Sensation: Sie wird stärkste Fraktion.

Die Gegenkandidaten des Oberbürgermeisters landen jedes Mal weit abgeschlagen auf dem zweiten Platz. Auch die kurzfristig nominierte prominente CSU-Europa-Abgeordnete Ursula Schleicher kann im Jahr 1982 den Amtsinhaber nicht gefährden. Den Wahlsieg des alten und neuen Stadtoberhauptes kommentiert sie so: „Das Ergebnis überrascht mich keineswegs. Ich bin ohne Illusionen in diesen Wahlkampf gegangen und kenne das Aschaffener Pflaster bestens. Vier Wochen vor der Wahl nominiert zu werden, bedeutet natürlich auch, geringe Chancen zu haben gegen einen Oberbürgermeister, der seit zwölf Jahren im Amt ist.“

Fünf Amtsperioden: Das muss man erst einmal schaffen. In Aschaffenburg schätzt man das Bewährte. Nicht

weil es bequem, sondern weil es gut ist. Der Oberbürgermeister selbst denkt mitnichten auch nur einmal ans Aufhören. Nachgerade wehmütig ist Willi Reiland zum Auftakt seiner fünften Amtsperiode im Jahr 1994. „Es ist ein Jammer, dass ich aus altersbedingten Gründen im Jahr 2000 nicht mehr antreten kann. Aber natürlich werden wir das vollenden, was bereits auf den Weg gebracht worden ist“, sagt er in einem Interview am 6. März 1994. Tatsächlich scheidet er erst aus dem Amt, als er wirklich muss; im Jahr 2000 wird er 66 Jahre alt, per Gesetz ist für ihn damit Schluss. Also geht er, aber nicht gern.

Wer ist dieser Mann, auf den Aschaffenburg 30 Jahre lang vertraut?

Willi Reiland ist promovierter Staatsanwalt, SPD-Mitglied seit 1953, Gemeinderat in Haibach und Landtagsabgeordneter im Bayerischen Landtag in München, jung verheiratet mit Elvira Reiland und Vater eines kleinen Jungen. Ein zweiter Sohn kommt während der ersten Amtsperiode zur Welt.

Ein Aschaffener ist Willi Reiland nicht. Weder wohnt er in der Stadt noch kommt er aus der Region. Doch Zugezogene wie Willi Reiland wissen: Zuhause ist, wo das Herz ist. Willi Reilands Herz schlägt für den Untermain, für Aschaffenburg, auch für Haibach.

Geboren wird Willi Reiland am 2. November 1933 im nordböhmischen Oberaltstadt im Kreis Trautenau im Riesengebirge, heute Trutnov in Tschechien. Der Zweite Weltkrieg bringt ihn an den Untermain, 1946 wird Familie Reiland ausgesiedelt und kommt nach Haibach in Nordbayern. Willi Reiland ist damals zwölf, fast dreizehn Jahre alt. Ein Teenager, der sein halbes Leben im Krieg gelebt und der zum Eintritt in die Pu-

bertät enturzelt wird, sein Zuhause verliert. Die Erlebnisse politisieren Willi Reiland, schärfen sein Verständnis für Recht und Unrecht. Die erlebten Entbehnungen und der Hunger machen ihn zu einem sparsamen Menschen. Verschwendung ist ihm fremd. Das Jura-Studium und der Gang in die Politik sind die logische Konsequenz für einen, der es besser machen will als die ältere Generation, der etwas bewegen will.

Nach dem Abitur an der Oberrealschule studiert er Jura in Würzburg, wird 1961 nach dem zweiten juristischen Staatsexamen Assessor bei der Staatsanwaltschaft in Aschaffenburg. Seine Promotion schreibt er über „Der Entwurf eines bayerischen allgemeinen Verwaltungsgesetzes“. Schon während seiner Referendanzzeit in Aschaffenburg beginnt Willi Reiland seine politische Karriere innerhalb und außerhalb seiner Heimatgemeinde Haibach. 1959 wird er Vorsitzender der SPD im Landkreis Aschaffenburg, 1960 jüngstes Mitglied in Haibachs Gemeinderat und jüngster Mandatsträger im Kreistag.

Am 14. Juli 1962 heiratet Willi Reiland Elvira Hattig. Vier Monate später wird er mit 43,26 Prozent direkt in den Bayerischen Landtag gewählt. Ein Direktmandat als SPD-Kandidat zu holen ist im CSU-dominierten Bayern quasi ausgeschlossen; dass es Willi Reiland gelingt, ist ein eindrucksvoller Beweis seiner großen Beliebtheit. Im Landtag wird Willi Reiland Sprecher der SPD-Fraktion zum Justizhaushalt und anderer Rechtsfragen, außerdem Mitglied des Rechts-, Verfassungs- und Kommunalausschusses. Noch bevor er am 20. November 1966 mit 41,92 Prozent erneut mit einem Direktmandat in den Bayerischen Landtag einzieht, wählen ihn die Haibacher Bürger mit 58,90 Prozent zu ihrem ehrenamtlichen Bürgermeister. Sein Gegenkandidat, der amtierende Bürgermeister Johann Schneider, er-

hält lediglich 41,60 Prozent. Willi Reilands selbstbewusster Kommentar zu diesem Wahlausgang: „An meinem Durchkommen habe ich nicht gezweifelt. Mit dieser großen Mehrheit habe ich allerdings nicht gerechnet. Ich hatte erwartet, mit 50 bis hundert Stimmen vorne zu liegen.“ Am Ende sind es 481.

Von der Politik seiner Heimatgemeinde nimmt Willi Reiland nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Aschaffenburg Ende April Abschied. In einer Sondersitzung verabschieden ihn die Gemeinderäte, bei einem Familienabend in der Turnhalle die Haibacher Bürger. Gesellschaftlich treu bleibt er seinem Heimatort bis zu seinem Tod, denn in allen rund zwanzig Vereinen ist er noch Mitglied, während er gegenüber den Aschaffener Vereinen neutral bleibt.

Er sei ergriffen von seiner Wahl zum Oberbürgermeister, so zitiert das Main-Echo vom 5. Mai 1970 Willi Reiland nach seiner ersten Antrittsrede im Stadtrat, obwohl doch seine junge Generation die Dinge eher nüchtern sehe. Mit dieser sympathischen Mischung aus Emotion und Sachlichkeit packt er seine neue Aufgabe an.

Gesundheitsversorgung und Stadthalle:
Erste Schwerpunkte

Eine der ersten Entscheidungen Willi Reilands betrifft die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Seit fast zwanzig Jahren überlegt man in Aschaffenburg, ob das alte städtische Krankenhaus erweitert werden oder ein Neubau anvisiert werden soll; viel wurde seit den 1950er Jahren gerechnet, mit dem Landkreis Aschaffenburg über die Aufteilung der Kosten disku-

tiert, vertagt, gezögert. Unter die endlosen Diskussionen setzt Willi Reiland noch im Jahr seiner Wahl einen Punkt. Er lässt abschließend prüfen, ob eine Sanierung des alten Krankenhauses in der Lamprechtstraße oder eine Neuerrichtung Am Hasenkopf die bessere Lösung ist. Der Stadtrat und eine Kommission des Landkreises entscheiden sich schließlich für einen Neubau. Einstimmig.

Bis zum ersten Spatenstich vergehen dann aber doch noch einmal 13 Jahre, langwierig sind die Planungen – und mittendrin macht ein neuer bayerischer Krankenhausplan den Aschaffenburgern einen Strich durch die Rechnung, weil sie statt mit den anvisierten 1000 auf einmal nur mit 680 Betten auskommen sollen.

Am 6. Oktober 1983 aber ist es endlich soweit. Aus München reist Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) an, um zusammen mit Willi Reiland und Landrat Roland Eller den Startschuss für den Neubau zu geben. Zwei Jahre später wird Richtfest gefeiert, am 1. Oktober 1989 das neue Klinikum eröffnet. Ein innovativer Bau, der sich geschickt in die Hanglage am Hasenkopf schmiegt und weder Betonburg noch Hochbau ist: Das Klinikum Aschaffenburg gilt damals als weit über die Region hinausstrahlendes Beispiel moderner Krankenhausarchitektur. Auch die Funktionalität ist wegweisend: Zentralisierte Bereiche und Zwei-Bett-Zimmer mit Bädern sind in Deutschlands Kliniken damals noch lange nicht flächendeckend Standard.



*Ein Mann des Wortes: Willi Reiland wurde nie müde, seine Politik für Aschaffenburg zu erklären.
Medienhaus Main-Echo, Foto: Karl-Heinz Liebler*

Ein zweites großes Projekt gilt dem soziokulturellen Leben in der Stadt. Aschaffenburg brauche einen Mittelpunkt, einen sozialen Treffpunkt, ist Willi Reiland überzeugt. Das Fehlen einer Stadthalle sei „das größte Defizit der Stadt nach dem Klinikum“, betont der Oberbürgermeister in einem Interview für das „Aschaffener Volksblatt“. Obwohl in der Bevölkerung umstritten, hält Willi Reiland unbeirrt an seiner Vorstellung fest: „Wer die Meinung vertritt, dass Aschaffenburg keine Stadthalle brauche, der kennt unsere Stadt nicht.“ Diese Beharrlichkeit in Angelegenheiten, die ihm höchst wichtig sind, ist ein wichtiger Wesenszug des Oberbürgermeisters; ist er von einer Sache absolut überzeugt, hält er gegen alle Widerstände daran fest. Gleich zu Beginn seiner ersten Amtszeit diskutiert der Oberbürgermeister mit dem Stadtrat verschiedene Standorte. Schließlich ergibt sich die Gelegenheit, das Gelände zwischen Treibgasse, Luitpoldstraße, Stricker-gasse und Agathaplatz zu erwerben, mitten in der Stadt in Sichtweite des Schlosses. Zu Willi Reilands Amtsantritt ist das Gelände weitgehend Parkplatz, von der früheren Funktion ist nichts übrig.

Tatsächlich aber war dieser Platz als sozialer Treffpunkt Jahrzehnte lang ein Begriff. Um 1900 zog es Cineasten hier ins Stummfilmkino, später stand an Ort und Stelle ein Versammlungssaal, dann traf man sich im „Hopfengarten“ der Binding-Brauerei. Diese veräußert das Gelände 1972 an einen Frankfurter Kaufmann, der es schließlich 1974 an die Stadt verkauft. Kein Schnäppchen, aber eine einmalige Gelegenheit, die Stadthalle mitten in die Stadt zu setzen und gleichzeitig Schlossplatz und Marktplatz sinnvoll zu gestalten.

50 Architekten beteiligen sich am Ideenwettbewerb. 1979 gründet Willi Reiland einen Arbeitskreis, der Hallen in ganz Deutschland besichtigt, es folgen Gutach-

ten zur Bedarfsanalyse und zur Feststellung von Bau- und Folgekosten. Im Sommer 1986 erwirkt Willi Reiland endgültig den kommunalpolitischen Beschluss zum Bau der Stadthalle nebst Tiefgarage. Dort soll es auf Wunsch der CSU-Fraktion auch einen atombombensicheren Bunker geben, geplant unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 und dem Kalten Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion. Der Bau des Bunkers hat aber auch einen ganz handfesten Grund. Vor dem Hintergrund der geopolitischen Ereignisse lobt die Bundesregierung Fördermittel für den Bau von atombombensicheren Schutzräumen aus; der sparsame Willi Reiland ergreift die Chance zum Zuschuss. Denn der Bau der Stadthalle ist ohnehin deutlich teurer als avisiert, und jede noch so kleine Möglichkeit der Finanzierung willkommen.



Am 26. September 1987 geht es endlich los; Willi Reiland höchstpersönlich sitzt im Führerhaus des Baggers für den allerersten Aushub. Vier Jahre später, am 18. Oktober 1991, wird die Stadthalle offiziell eröffnet. Das Rundfunkorchester Berlin spielt die 9. Sinfonie von Ludwig van Beethoven, die wenige Jahre zuvor zur Europahymne ernannt worden ist. 21 Jahre sind vergangen, seit Willi Reiland das Projekt zur Chefsache erklärt hat.

Mit dem Bau der Stadthalle gelingt ihm mehr, als nur einen Versammlungsort für Aschaffenburg zu schaffen, der weit ins Umland hinausstrahlt. Mit der Bebauung des Geländes, der Gestaltung des Schlossplatzes und des Marktplatzes sowie dem Bau der Tiefgarage mit mehr als 400 Stellplätzen wird eine städtebauliche und gesellschaftliche Lücke im Bild Aschaffenburgs geschlossen, die der Zweite Weltkrieg gerissen hatte. Das Projekt durchzusetzen von der Idee bis zur Einweihung habe sehr viel Kraft gekostet, erinnert sich der Oberbürgermeister Jahre später in einem Interview mit dem Heimatmagazin Untermain. „Ich bin damals auf viele Widerstände gestoßen, unter anderem aus dem Hotelbereich, aus Angst vor Konkurrenz.“ Doch die Stadthalle wird schnell zum sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Treffpunkt. Man feiert hier Suppenschul- und Tulpenball, Tanzturniere, Kongresse und Parteitage, hört Orchester und Musicals. Er hoffe, dass das, was bei den Diskussionen herauskomme, „auch nach 20 und mehr Jahren noch jedem gefällt“, sagte Willi Reiland einst im Hinblick auf die Stadthalle. Die Hoffnung dürfte sich erfüllt haben.

*Immer im Dienst, überall, zu jeder Zeit.
Medienhaus Main-Echo, Foto: Stefan Gregor*

Bereits in seiner ersten Wahlperiode muss sich Willi Reiland mit der kommunalen Neugliederung befassen. Hintergrund ist die Gebietsreform im Freistaat Bayern, die mehr leistungsfähige Gemeinden und Landkreise schaffen soll. Zu diesem Zweck sollen kleinere Gemeinden unter 2000 Einwohnern ihre Eigenständigkeit aufgeben und mit größeren Gemeinden oder Städten fusionieren. Diese Politik tragen die betroffenen Gemeinden nur zähneknirschend mit. Also muss Willi Reiland, der in der Gebietsreform die Chance erkennt, Aschaffenburg wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich zu stärken, um die Gunst der Neu-Aschaffenburger zu gewinnen.

Mit der Eingemeindung des damals knapp 1400 Einwohner zählenden Gailbach zum 1. April 1975 mit 1360 Einwohnern erzielt er einen ersten Erfolg. Unter dem Eindruck des Gegenwinds unternimmt die Politik der nächsten Jahre besondere Anstrengungen, den neuen Stadtteil nach Aschaffenburg zu integrieren, indem man die „neuen“ Aschaffenburger erleben lässt, dass die Zugehörigkeit zur Stadt Vorteile mit sich bringt. Die Stadtwerke Aschaffenburg verlegen zum Beispiel sehr schnell einen Abwasserkanal nach Gailbach neu und versorgen den neuen Stadtteil gleichzeitig mit einer Gasversorgungsleitung, die Willi Reiland am 15. Dezember 1976 in Betrieb nimmt.

In seiner zweiten Amtsperiode gelingt es in einem harten Ringen und schwierigen Entscheidungsprozess, Obernau am 1. Mai 1978 als weiteren Stadtteil nach Aschaffenburg einzugemeinden sowie der Stadt vom Markt Großostheim durch Umgemarkung von Flächen westlich und südlich des Schönbusch neue Flächenreserven zuzuordnen. Die Stadt hat nun end-

lich wieder Potenzial, Gewerbeflächen auszuweisen und damit ihr wirtschaftliches Gewicht auszubauen. Gegenüber Obernau verfolgt Willi Reiland dieselbe Politik wie gegenüber Gailbach. Er lässt die neuen Mitbürger erleben, welche Vorteile die Zugehörigkeit zur Stadt Aschaffenburg mit sich bringt.

Nicht nur die neuen Gewerbeflächen machen Aschaffenburg attraktiv für Firmen. Die Folge: Wirtschaftlich steht die Stadt unter Willi Reiland gut da. Der städtische Haushalt wächst kontinuierlich. Nicht zuletzt dank kräftig wachsender Gewerbesteuererinnahmen gelingt es, aus dem Verwaltungshaushalt – er enthält die laufenden Einnahmen und Ausgaben einer Stadt – jedes Jahr eine beachtliche Summe dem Vermögenshaushalt zuzuführen. Aschaffenburg kann investieren. Ein Teil des Geldes fließt in den Bau von Klinikum und Stadthalle, doch das sind nicht die einzigen Bauprojekte, die unter der Führung Willi Reilands der Stadt ein neues Gesicht geben.

Zu den herausragenden Baumaßnahmen zählen die Restaurierung des Schönborner Hofes am Werbachkreisel, in dem das Naturwissenschaftliche Museum sowie das Stadt- und Stiftsarchiv ihr neues Domizil beziehen. Auch die Städtische Fachschule für Steinmetze und Steinbildhauer (Meisterschule), die Erweiterung der Fachoberschule (FOS) und ihre Renovierung, die Gestaltung des Karlsplatzes, die Sanierung des Stiftsberges und die Erneuerung von denkmalwürdigen Hausfassaden werden unter Willi Reiland vollendet.

Er lässt ein neues Kinderheim im Bessenbacher Weg bauen, das 1982 eröffnet wird, und als Treffpunkt im Jahr 1986 das Jugendkulturzentrum JuKuZ.

Eine enorme Herausforderung ist der Abzug der US-amerikanischen Truppen ab 1991. Die Stadt sieht sich plötzlich gezwungen, ein riesiges Areal sinnvoll umzuwidmen und ein Leitbild für die Einbindung der Würzburger Straße zu entwickeln. Diese Planung ist eine der großen Herausforderungen der letzten Amtsperiode.

Eine besondere Leidenschaft pflegt der Oberbürgermeister zudem: Er mag Brunnen. Mehr als 25 lässt er in ganz Aschaffenburg installieren, man nennt ihn liebevoll den „Brunnen-Willi“. Ein besonders prachtvolles Exemplar steht seit 1992 auf dem Wolfsthalplatz nahe der Stadthalle und heißt „Der Zeitwagen“.

Sinnbildlich steht er für ein wichtiges Ziel, das Willi Reiland von Anfang an nachdrücklich verfolgt: die Versöhnung mit den jüdischen Mitbürgern Aschaffenburgs, die im Zweiten Weltkrieg deportiert worden sind. Viele sind ermordet worden; zu den Überlebenden und ihren Angehörigen nimmt der Oberbürgermeister Kontakt auf. 1978 lädt er sie erstmals nach Aschaffenburg ein; die Neugestaltung des Wolfsthalplatzes – benannt nach dem jüdischen Bankdirektor und Kommerzienrat Otto Wolfsthal aus Aschaffenburg (1870–1942) – treibt

Willi Reiland aktiv voran. Seit 1983 befindet sich im ehemaligen Rabbinatsgebäude das Museum jüdischer Geschichte und Kultur; der Brunnen und ein Denkmal erinnern an die ehemalige jüdische Bevölkerung und ihre Synagoge in Aschaffenburg.

Der Herr des Rings

Willi Reilands vielleicht größte Leistung ist der Bau des Aschaffener Rings, der später seinen Namen tragen wird. Diese Ehre wird der Oberbürgermeister indes nicht mehr erleben.

Die „Stadtautobahn“ genannte Umgehungsstraße rund um die Innenstadt ist ein Plan, der noch unter Amtsvorgänger Dr. Vinzenz Schwind beschlossen und begonnen worden ist. Willi Reiland aber fällt es zu, den Bau entscheidend voranzutreiben und, wenn möglich, zu vollenden. Dazu entwickelt er eine klare Vision. Er will den gesamten Ring kreuzungsfrei in Tieflage verlegen. Dagegen laufen viele Sturm. Die Straße selbst ist nicht der größte Streitpunkt. Dass das vom Verkehr hochfrequentierte Aschaffenburg entlastet werden muss, ist allgemein ersichtlich. Die Anwohner der Hauptdurchfahrtsstraßen stöhnen über die Verkehrsbelastung. Doch die Tieflage ist es, die den Gegnern des Bauprojekts sauer aufstößt; Widersacher ketten sich an Bäume und stellen Grabkreuze auf. Hier zeigt sich Willi Reilands Hartnäckigkeit, die er bei allem Setzen auf Konsens und bei aller Notwendigkeit, Mehrheiten zu suchen, durchaus zeigen kann. Willi Reiland will diesen Ring, und er setzt alle Hebel in Bewegung, ihn zu bekommen. Heftigste Anfeindungen fechten ihn nicht an. Sie kommen ohnehin zu spät: Der Bau des Rings hat ja längst begonnen, ihn nicht zu vollenden würde die Verkehrsproblematik der Stadt nicht lösen.



Schwein gehabt! Zum 50. Geburtstag am 3. November 1983 bekam Dr. Willi Reiland ein Glücksferkel geschenkt. Medienhaus Main-Echo, Foto: László Ertl

Am Ende bekommt Willi Reiland seinen Ring, wenn auch nicht ganz.

Drei Viertel werden fertiggestellt, darunter der „Nördliche Ring“ und der „Südliche Ring“. Für den Nord-Abchnitt werden zwischen 1970 und 1975 Schiller- und Linkstraße ausgebaut, zwischen 1980 und 1988 eine vierspurige Straße zwischen Linkstraße und Hanauer Straße einschließlich Tunnelbauten errichtet. Gleichzeitig schließt der Bund als Bauherr die Ebertbrücke an die Bundesstraße 26 an. Es folgen die Erweiterung der Adenauerbrücke, der Ringstraßenabschnitt zwischen Großostheimer und Würzburger Straße, der Neubau der Strecke zwischen Obernauer Straße und Schweinheimer Straße, die technisch höchst komplizierte Unterquerung der Bahnstrecke Aschaffenburg-Miltenberg. Mit den neuen bahnbegleitenden Straßentrasse entstehen nicht nur neue Verkehrsbauten; sie führen mit dem System der drei großen „Grünbrücken“ auch ein neues städtebauliches Element ein, das die durch die Ringstraße getrennten Stadtteile verbindet.

Auch Umweltschutz ist ein Thema für Willi Reiland, etwa bei der Gestaltung und Verwirklichung des integrierten Abfallwirtschaftskonzeptes der Stadt Aschaffenburg. Beispielhaft dafür ist die Errichtung des Kompostierungswerkes an der Obernburger Straße 1993, das als erste Anlage dieser Art in Unterfranken eine zukunftsweisende Umweltschutztechnologie aufweist. Ferner gehören zu diesem Programm die Sanierung und Erweiterung der Kläranlage an der Mörsweisenstraße in mehreren Stufen, zuletzt 1995, sowie der Bau einer Wasseraufbereitungsanlage, ein Pilotprojekt in Europa.

Weltoffenheit am Untermain

Willi Reiland ist noch kein Vierteljahr im Amt, als er schon dem französischen Konsul in München signalisiert, dass Aschaffenburg Interesse an einer Partnerstadt in Frankreich hat. Fünf Jahre später ist es so weit, die Stadtoberhäupter von Aschaffenburg und Saint-Germain-en-Laye beschließen eine Städtepartnerschaft. Im Jahr 1996 kommt die deutsch-ungarische Partnerschaft mit der Gemeinde Miksolc hinzu. Mit Großbritannien führt Aschaffenburg bereits eine Partnerschaft. Willi Reiland belebt den schon 1956 geknüpften Kontakt zum schottischen Perth.

Unter dem Eindruck seiner Kindheit im Zweiten Weltkrieg weiß der Oberbürgermeister um den unschätzbaren Wert des Friedens. Frieden stiften und halten, Menschen zusammenbringen, freundschaftliche Bindungen pflegen und sprachliche Verständigung ermöglichen – im Europa der Nachkriegszeit, in dem man unter Social Media noch Telefonate und Briefe verstand, sind Städtepartnerschaften ein hervorragender Weg, mit der Welt in Kontakt zu treten, Menschen zusammenzubringen und in der persönlichen Begegnung gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zu fördern.

Die Partnerschaft mit Perth verschafft Willi Reiland sogar königliche Ehren. Im Rahmen der seit 1972 üblichen Kulturwoche vom 19. bis 29. Mai zwischen der schottischen Stadt Perth und Aschaffenburg besucht das Ehepaar Reiland Perth und gehört zu den zwanzig auserwählten Persönlichkeiten, die Mitte Mai 1977 in der Partnerstadt der britischen Königin Elisabeth II. und ihrem Prinzgemahl Philipp vorgestellt werden. Die Königin bereist gerade anlässlich ihrer 25-jährigen Thronbesteigung Schottland und weilt zu diesem Zeitpunkt in der schottischen Partnerstadt.



*Höchste Ehren: Beim Besuch der schottischen Partnerstadt Perth war Willi Reiland mit seiner Frau Elvira beim Empfang von Queen Elizabeth II. geladen
Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Fotosammlung*

Lebenswertes Aschaffenburg

Willi Reiland macht Aschaffenburg lebendig. Als Kulturreferent schafft er ein umfassendes Angebot, das weit über die Stadt hinausstrahlt. Nicht nur gewinnt die Volkshochschule an Ansehen und Kunden. Willi Reiland setzt sich auch für das Theater ein, fördert die Junge Bühne, holt bekannte Ensembles mit klassischen und modernen Programmen in die Stadt. Er lässt

Gemälde der Aschaffenburger Maler Ernst Ludwig Kirchner (1880–1938) und Christian Schad (1894–1982) ankaufen und engagiert sich auf Bestreben einer Bürgerinitiative dafür, dass die im Jahr 1976 profanierte Kunsthalle Jesuitenkirche vom Ausstellungsraum für jedermann zu einer hochkarätigen Städtischen Galerie wird. Mit deren Leitung betraut der Oberbürgermeister mit Dr. Brigitte Schad eine ausgewiesene Expertin. Die Kunsthistorikerin realisiert ein neues Ausstellungskonzept, eine Melange aus Ausstellungen der Klassischen Moderne und Raum-Objekt-Installationen. Die „neue“ Kunsthalle Jesuitenkirche erwirbt sich innerhalb weniger Jahre einen exzellenten Ruf.

Die hohe Kunst schätzt Willi Reiland genauso wie kulturelle Geselligkeit. Nirgends zeigt sich das besser als während der närrischen Tage. Im Karneval ist Willi Reiland ganz vorne mit dabei. Als Oberclown, Sultan und Napoleon bringt er das Fastnachtsleben in Aschaffenburg in Schwung. Ihm ist der Umzug am Faschingssonntag zu verdanken, bei dem er – natürlich – mittendrin statt nur dabei ist. Legendär sind seine Büttenreden, in denen er sich einen Schlagabtausch mit den Büttenrednern der Aschaffenburger Karnevalsvereine liefert. Freundschaftlich, versteht sich. Die Aschaffenburger lieben ihn dafür – und für seine fantasievollen Kostüme, mit denen er sich manchmal bis zur Unkenntlichkeit verkleidet.

Die Menschen, sagt Willi Reiland, seien ihm immer am wichtigsten gewesen. „Ich bin stolz darauf, dass wir jedes Jahr 30 Sozialhilfeempfänger in der Stadt angestellt und ihnen somit eine Perspektive geboten haben. 1990 haben wir die erste Kinderkrippe ‚Mäuschen‘ in Aschaffenburg bezuschusst. Keine Stadt weit und breit



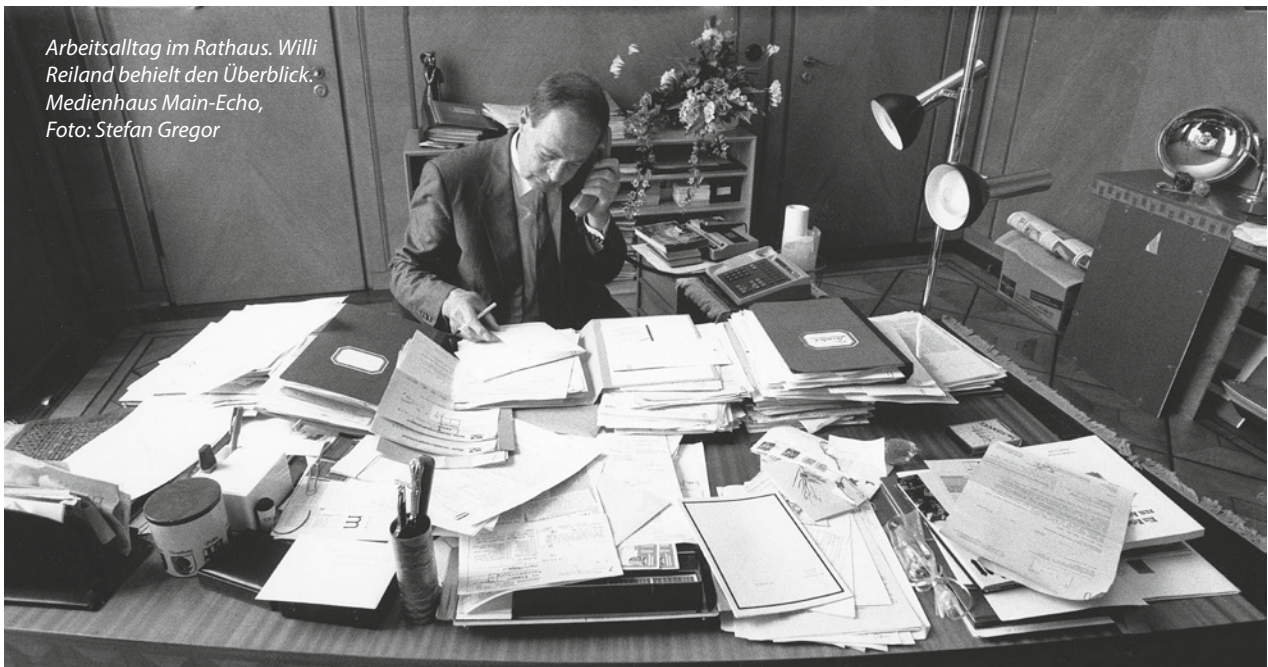
*Aschebersch Helau! Willi Reiland liebte den Fasching, und der Fasching liebte ihn. Legendär seine Büttenreden, legendär seine Kostümierungen.
Medienhaus Main-Echo, Foto: László Ertl*

hat das damals gemacht. Da waren wir absolute Vorreiter. Das sind Dinge, auf die bin ich viel stolzer als auf die Bauten“, sagt er im Jahr 2014 im Frizz-Magazin.

Das Pensum des Oberbürgermeisters ist überwältigend. Der Position im Amt folgend übernimmt Willi Reiland Aufgaben, die nicht nur unmittelbar mit seiner eigentlichen Verwaltungsarbeit zusammenhängen,

sondern auch Ämter außerhalb des Rathauses. So wird er unter anderem Vorsitzender des Verkehrsvereins, Mitglied im Verwaltungsausschuss im Arbeitsamt, im zweijährigen Turnus Verbandsvorsitzender und Stellvertreter des Zweckverbandes Sparkasse Aschaffenburg, Vorstandsmitglied beim Bayerischen Roten Kreuz, Verbandsrat und Mitglied des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbandes Bayerischer Untermain, Abgeordneter in der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages, Vertreter in der Vollversammlung des Bayerischen Städtetages und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft.

„Nicht selten sah ich ihn, wenn er die 37 Treppenstufen vom hinteren Rathauseingang in den dritten Stock hinaufging, mit Akten und Plänen unter dem Arm, die er zusätzlich zu den zahlreichen Veranstaltungen, die er am Wochenende wahrnahm, durchgearbeitet hatte“, erinnert sich Reilands Stellvertreter Günter Dehn (CSU), der 22 Jahre lang Seite an Seite mit dem Stadtoberhaupt arbeitet. Für Familie, Freunde und Hobbys bleibt da wenig Zeit.



*Arbeitsalltag im Rathaus. Willi Reiland behielt den Überblick.
Medienhaus Main-Echo,
Foto: Stefan Gregor*

Die Wochenenden dienen kaum einmal zum Ausruhen und zur Erholung. Zwar findet der sportliche Willi Reiland immer wieder Zeit für sein geliebtes Tennis oder – in fortgeschrittenem Alter – für das Golfspiel. Schon seit seinem 15. Lebensjahr spielt er Handball und Tennis und übernimmt sogar noch ein Ehrenamt: Er ist zweiter Vorsitzender des Bayerischen Landessportverbandes im Kreis Aschaffenburg. Überhaupt für den Sport, den Breitensport, den Schulsport, aber auch für den Spitzensport, setzt er sich ein, fördert Aschaffenburgs Sportvereine oder die Errichtung städtischer Sportanlagen wie der Eissporthalle im Jahr 1982. Dort trifft man ihn bisweilen frühmorgens auf Schlittschuhen an.

Trotz der vielen Termine und wenigen Freizeit verlässt Willi Reiland kaum ein Fest, ein Jubiläum eines Vereines oder ein Handballspiel in der Unterfrankenhalle. Beim Jubiläum der Feuerwehr, am Jahrestag der Feldgeschworenen, bei der Einführung eines neuen Pfarrers oder bei der Verabschiedung eines langjährigen Vereinsvorsitzenden sitzt er immer in der ersten Reihe. Das Gleiche gilt für Veranstaltungen zum 1. Mai in den Stadtteilen, für den Volkstrauertag und andere Anlässe.



*Willi Reiland war ausgesprochen sportlich. Schwimmen, Handball, Eislaufen, Golf: Der Oberbürgermeister war vielseitig begabt und interessiert.
Medienhaus Main-Echo, Foto: Karl-Heinz Liebler*



*Hochdekoriert: Dr. Willi Reiland wurde für seine großen Verdienste nicht nur für die Stadt Aschaffenburg mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, bekannt als Bundesverdienstkreuz.
Medienhaus Main-Echo, Foto: Peter Rogowsky*

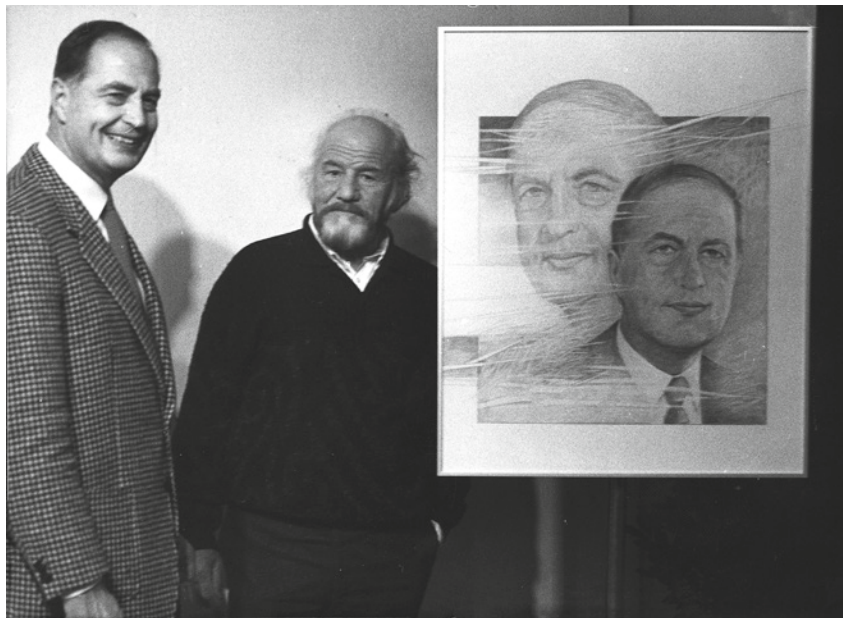
Für sein Engagement, seinen nie endenden Einsatz erhält Willi Reiland zahlreiche Auszeichnungen und Ehrungen, darunter das Bundesverdienstkreuz, die Kommunale Verdienstmedaille in Silber (Juli 1985), das Bundesverdienstkreuz I. Klasse (Juni 1989), den Bayerischen Verdienstorden (Juli 1993) und die Kommunale Verdienstmedaille in Gold (Oktober 1999).

Am 6. Mai 2000 ernennt ihn die Stadt Aschaffenburg zum Ehrenbürger. Am 14. Dezember 2001 erhält er den Ehrenbrief der Stadt Aschaffenburg für sein sportliches Engagement.

Seine 30-jährige Amtszeit endet am 30. April 2000. Kein anderer (Ober-)Bürgermeister war bisher so lange wie er im Amt. Willi Reiland stirbt am 14. November

2015 im Alter von 83 Jahren in seiner Heimatgemeinde Haibach. Er ist in einem Ehrengrab auf dem Aschaffener Altstadtfriedhof bestattet.

Zwei große Männer der Stadt auf einem Bild. Der Aschaffener Künstler Siegfried Rischar malte im Jahr 1989 das Aschaffener Stadtoberhaupt. Medienhaus Main-Echo, Foto: László Ertl



In Willi Reilands Amtszeit konnten folgende Projekte geplant bzw. fertiggestellt werden:

- 1973 Eröffnung der Fußgängerzone
- 1974 Eröffnung der „City Galerie“
- 1976 Ausbau der profanisierten Jesuitenkirche zur Städtischen Galerie
Jesuitenkirche (heute Kunsthalle Jesuitenkirche)
- 1982 Übergabe des Stadt- und Stiftsarchivs im neu renovierten Schönborner Hof
- 1982 Eröffnung der Eissporthalle
- 1982 Eröffnung des neuen Kinderheims im Bessenbacher Weg
- 1984 Übergabe des jüdischen Dokumentationszentrums am Wolfsthalplatz
(heute Museum für jüdische Geschichte und Kultur)
- 1984 Überführung der Musikschule Aschaffenburg in kommunale Trägerschaft
- 1985 Übergabe der VHS im Gebäude am Marktplatz
- 1989 Einweihung des neuen Klinikums am Hasenkopf
- 1991 Einweihung der neu errichteten Stadthalle
- 1992 Eröffnung des zweiten Teils der Konrad-Adenauer-Brücke
- 1993 Einweihung der neu errichteten Stadtbibliothek
- 1995 Inbetriebnahme des ersten Ring-Abschnitts Obernauer Straße /
Konrad-Adenauer-Brücke – Schweinheimer Straße
- 1996 Eröffnung des städtischen Jugendkulturzentrums (Jukuz)
- 1997 Fertigstellung der Grünbrücke (Verbindung von der Großmutterwiese zur Fasanerie)
- 1998 Inbetriebnahme des Ring-Abschnittes Schweinheimer Straße – Würzburger Straße

Klaus Herzog (2000–2020)

Kaum ist Klaus Herzog am 1. Mai 2000 in Amt und Würden, fängt es im Rathaus an zu grünen. Als eine seiner ersten Amtshandlungen lässt der neue Aschaffener Oberbürgermeister im dritten Stock Pflanzen aufstellen. Dort hat Klaus Herzog sein Büro, und die Geste ist herzlich: Das Rathaus ist nicht nur eine Amtsstube, es soll ein Zuhause für alle Bürgerinnen und Bürger sein, ein Ort zum Reden und Handeln, ein Ort fürs Leben. Klaus Herzog ist als langjähriger Stadtrat mit der Kommunalpolitik Aschaffenburgs bestens vertraut, und so weiß er sehr genau, wo es neue Akzente zu setzen gilt und wo Bewährtes fortgeführt, ausgebaut und gefördert werden will.

Klaus Herzog will einen neuen Stil. Bürgerzufriedenheit und Mitarbeiterzufriedenheit sind seine zentralen Anliegen. Er ist Netzwerker, seine Stärke ist das Initiieren und Begleiten von Meinungsbildungsprozessen. Die Aschaffener sollen mehr miteinander als übereinander reden. Klaus Herzog ist SPD-Mitglied, aber er versteht sein Amt als Dienst an allen Bürgern. Die Suche nach breiten Mehrheiten im Stadtrat wird

deshalb das Markenzeichen seiner Amtszeit. Lieber vertagt er eine Entscheidung, wenn ihm die Zustimmung zu dünn erscheint, um in Nachverhandlungen und Nachdebatten eine bessere, tragfähigere Lösung zu finden.

Klaus Herzogs vielleicht wichtigste Stärke aber ist sein Optimismus. Schon im Jahr nach Amtsantritt erschüttert eine schwere Wirtschaftskrise auch Deutschlands Kommunen, wenige Jahre später beuteln die Auswirkungen einer globalen Finanzkrise die Stadt. Im schlimmsten Jahr kann die Stadt nicht einmal den erforderlichen Zuführungsbetrag zur Schuldentilgung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt erwirtschaften, es sind keinerlei Investitionen möglich. Klaus Herzog aber führt die Stadt mit beispielloser Zuversicht und Ruhe durch die Krise. „Aschaffenburg ist eine tolle Stadt, wir haben keinen Grund zu jammern“, ist sein Credo, und dieser Grundoptimismus ist es, der Aschaffenburg gestärkt aus der Krise herausgehen lässt. Diesen Optimismus lebt Klaus Herzog auch in der letzten großen Herausforderung seiner Amtszeit, der globalen Pandemie mit COVID-19. Das Corona-Virus erreicht – Aschaffenburg und die Welt sind globalisiert – im März auch den Untermain, die bayerischen Kommunalwahlen am 15. März stehen bereits stark unter dem Eindruck der Krise. In einem in der Geschichte

beispiellosen Akt entscheidet die Bayerische Staatsregierung, das wirtschaftliche, öffentliche und soziale Leben vom 16. März an auf ein Minimum herunterzufahren. Schulen, Kindertagesstätten und Geschäfte, die nicht für die Grundversorgung der Bevölkerung maßgeblich sind, müssen schließen. Aschaffenburg hat schon Wochen vorher eine „Task Force



*Dr. Willi Reiland und Ehefrau Gudrun gratulieren als Erste: Im Jahr 2000 wird Klaus Herzog zum neuen Oberbürgermeister gewählt.
Foto: Stefan Gregor*

COVID 19“ eingerichtet, um die kritische Situation besonnen zu meistern. Die Einsatzgruppe kann einen Pandemie-Plan anwenden und weiterentwickeln, den die Stadt schon im Jahr 2007 entwickelt hat; damals grassierte das SARS-Virus und weltweit breiteten sich Influenza-Viren aus. Die Krise wird Aschaffenburg weit über die Ära von Klaus Herzog beschäftigen.

Unter seiner Führung tilgt Aschaffenburg die letzten sichtbaren Erinnerungen an Krieg und Zerstörung, wird der Nachkriegscharme durch moderne Architektur ersetzt, bekommt der Stadtteil Obernau eine Ortsumgebung und beginnt mit einem Verkehrskonzept inklusive Radverkehrskonzept für die Innenstadt ein verkehrspolitisches Umdenken. Die Stadt öffnet sich mit der Neugestaltung des Mainufers zum Fluss, die sozialen Rahmenbedingungen für die Bürger werden sukzessive verbessert. Die Stadt baut – die gesellschaftliche Entwicklung gibt den Takt vor – Kinderkrippen und Kindergärten, saniert und errichtet Schulen, managt die Entwicklung zur Hochschulstadt, schafft Wohnraum und fördert ein lebendiges Miteinander im Quartier.

Weil der Mensch nicht von Brot allein lebt, entwickelt Klaus Herzog die Vision einer Kulturstadt Aschaffenburg. Dafür wird der Kunst- und Kulturliebhaber erst belächelt, doch der Erfolg gibt ihm mehr als recht.

Kommunikation und Transparenz

In allen Prozessen legt Klaus Herzog Wert auf klare Kommunikation, durchgängige Transparenz, breite Partizipation und Kollegialität. Er moderiert, lenkt und nimmt mit präzisen Impulsen das Notwendige in Angriff. Ein Stil, der die Aschaffener begeistert. Die Pflanzen im dritten Stock des Rathauses sind mehr als ein Symbol. Es wächst etwas Neues in Aschaffenburg, die Stadt gedeiht. Ihre Wurzeln sind stark genug fürs 21. Jahrhundert, in das Klaus Herzog sicher führt. „Man muss ins Gelingen verliebt sein, nicht ins Scheitern“: Die Maxime des deutschen Philosophen Ernst Bloch ist der Leitstern für seine Amtszeit. „Du musst gerecht sein, du musst freundlich sein, du musst Lösungen finden, du musst Menschen zusammenführen und du darfst niemals aufgeben“ ist Klaus Herzogs Strategie (Main-Echo, 25.2.2012). Das macht ihn zum Erfolgsgaranten für die Stadt.

Und die Aschaffener haben dafür ganz offensichtlich ein sicheres Gespür. In seine erste Amtszeit wählen sie ihn mit fast 65 Prozent der Stimmen, kein schlechter Start, wenn man das Erbe eines Oberbürgermeisters anzutreten hat, der so lange wie keiner je im Amt war. Drei Mal wird Klaus Herzog gewählt. Dass seine



*Im großen Sitzungssaal des Rathauses vereidigt Stadtratsmitglied Rudi Stock Klaus Herzog als neuen Oberbürgermeister. Ehefrau Gudrun und Bürgermeister Günter Dehn sind in der ersten Reihe dabei.
Foto: Stefan Gregor*

Amtszeit statt der üblichen dreimal sechs Jahre insgesamt zwanzig Jahre dauert, ist dem Umstand zu verdanken, dass die Kommunalwahl harmonisiert werden soll; Stadtrats- und Oberbürgermeisterwahl sollen nach Möglichkeit zusammen stattfinden. Um diese Harmonisierung zu erreichen, ist Klaus Herzogs dritte Amtszeit um zwei Jahre länger. An seinem letzten Arbeitstag ist er bereits 69 Jahre alt und hat die Pensionsgrenze für Oberbürgermeister überschritten. Doch das ist im Jahr 2000 noch Zukunftsmusik. In diesem Jahr gilt es erst einmal die „Aschaffenburger“ überhaupt zu begeistern.

Seit 1978, also 22 lange Jahre, sitzt Klaus Herzog bereits für die SPD im Stadtrat. Er kennt alle kommunalpolitischen Spielregeln und Herausforderungen, ist bestens vertraut mit der Stadtpolitik. Zupackend, charismatisch, optimistisch, überlegt, ruhig und ausgleichend, dabei humorvoll und gütig: Aschaffenburg vertraut auf Klaus Herzog. Er ist ein Mann, der sich kümmert, der niemanden abhängt, der auch kleine Sorgen und Nöte nicht als nebensächlich abtut. Bei

der zweiten Wahl zeigt sich, dass der Oberbürgermeister mit seiner Politik des Ausgleichs den Nerv der Zeit trifft. 89 Prozent wählen ihn im Jahr 2006 erneut an die Spitze; das nahezu absolutistische Ergebnis liegt auch daran, dass die CSU erst gar keinen eigenen Kandidaten ins Rennen schickt. 2012 gewinnt er gegen den Juristen, Stadtrat und Landtagsabgeordneten Winfried Bausback. Klaus Herzog selbst ist froh über diesen Sieg, denn das Wahlprogramm schreibt er eigenhändig in seiner Freizeit und für Wahlkampf habe er kaum Zeit gehabt, erinnert er sich später in einem Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. 60 bis 80 Stunden pro Woche ist er als Oberbürgermeister im Dienst. Vielleicht sind dieses Pensum und die Ergebnisse, die es zeitigt, besser als der beste Wahlkampf.

Ihm zur Seite steht bis zum Jahr 2002 Günter Dehn, seit 1978 Bürgermeister in Aschaffenburg. Günter Dehn führt als Referent das Schulverwaltungs- und Sozialamt und verantwortet unter anderem den Bau des Jugendkulturzentrums. Die Zusammenarbeit lobt Klaus Herzog als „äußerst konstruktiv“, ebenso wie die Zusammenarbeit mit Günter Dehns Nachfolger Werner Elsässer, der zahlreiche Schulprojekte wie den Neubau der Fachoberschule und die Generalsanierung der Staatlichen Realschule verantwortet. Im Jahr 2014 wählt der Stadtrat zwei Nachfolger für Werner Elsässer: Jessica Euler (CSU) und Jürgen Herzog (SPD). Bürgermeisterin Jessica Euler leitet das Referat für Jugend, Schule und Soziales, Bürgermeister Jürgen Herzog das Referat für Umwelt, Energie, Verbraucher-, Brand- und Katastrophenschutz. Beide arbeiten Hand in Hand mit Oberbürgermeister Herzog und bringen die Stadt ein großes Stück nach vorn.



*Im vollen Einsatz für die Stadt:
Die 20 Jahre als Oberbürgermeister Aschaffenburgs waren für Klaus Herzog keine Achterbahnfahrt. Er hatte Ziele stets fest im Blick.
Medienhaus Main-Echo, Björn Friedrich*



Geboren und aufgewachsen ist Klaus Herzog in Obernau. Seit langem lebt er mit Ehefrau Gudrun im Aschaffener Stadtteil Damm. Seinen 60. Geburtstag feierte er als Oberbürgermeister am 29. März 2011.

Foto: Stefan Gregor

Klaus Herzog kommt 1951 in Obernau, damals noch eigenständige Gemeinde, zur Welt. Er ist der Älteste von vier Geschwistern. Der Vater arbeitet bei der Bahn in Frankfurt, die Mutter in einer Textilfabrik, die Kinder verbringen viel Zeit mit der Oma. Auf engem Raum funktioniert Zusammenleben, wenn man Rücksicht aufeinander nimmt. Seine Kindheit ist glücklich, das prägt Klaus Herzog. Nach dem Abitur studiert er Germanistik und Politikwissenschaften auf Lehramt an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, unterrichtet zwanzig Jahre lang Deutsch, Religion und Sozialkunde an einem Gymnasium in Hanau. Seine Frau Gudrun kennt er seit seiner Jugend, die beiden haben zwei Söhne und vier Enkel. Die Herzogs wohnen in Aschaffenburg-Damm.

In die SPD tritt Klaus Herzog 1974 ein, weil ihn weltpolitische Fragen – Kalter Krieg, Prager Frühling, Vietnam-Krieg – umtreiben. Der US-amerikanische demokratische Präsident John F. Kennedy ist für ihn ein Held, dass die SPD unter ihrem Kanzler Willy Brandt die Aussöhnung mit dem Ostblock forciert, findet er gut. Doch die Welt-, Bundes- und Landespolitik verfolgt er konsequent nur als Beobachter. Seine ganze Leidenschaft gilt der Kommunalpolitik, und es ist diese Leidenschaft, für die ihn die Aschaffener ins Amt wählen und mit der er – nachdem die Pflanzen im dritten Stock des Rathauses stehen – seine Aufgaben in Angriff nimmt.

Theaterplatz: repräsentatives Kulturzentrum im Herzen Aschaffenburgs

Klaus Herzogs erstes großes Projekt hat Zündstoff. Blickt er aus den Fenstern des Rathauses auf den Theaterplatz hinunter, sieht er ein Areal, das seit der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg nie seine rechte Bestimmung gefunden hat. Die soll der Platz nun bekommen, doch über das Wie wird aufs Heftigste gestritten, eine Bürgerinitiative kämpft gegen die geplante Bebauung, die der Stadtrat – noch unter Willi Reiland – bereits abgesegnet hat. Klaus Herzog lässt alle Pläne auf Eis legen und holt die Bürger an einen Tisch. Sie sollen mitentscheiden, was mit dem Areal geschehen soll. Ziel ist ein Konsens, mit dem alle gut leben können. Ein Ideenwettbewerb wird ausgeschrieben. Es gewinnt ein Aschaffener Architekturbüro, das mit einem auf Theaterbau spezialisierten Frankfurter Büro zusammenarbeitet. In diesem Zusammenhang macht Klaus Herzog die Sanierung des Stadttheaters zu einem Schwerpunkt der Bautätigkeit im Bereich der

Kulturstätten. Die Planungen für den Theaterumbau beginnen direkt nach der Fertigstellung des Theaterplatzes im Jahr 2006.

Am Ende eines langen Prozesses steht ein Ensemble aus einem restaurierten Theater in einer gelungenen Kombination von alten und neuen Bauelementen mit einem neu gestalteten Theaterplatz. Es wird zu einem repräsentativen Kulturzentrum im Herzen Aschaffenburgs, zum öffentlichen Wohnzimmer der Oberstadt. Das 1811 erbaute, im Zweiten Weltkrieg stark zerstörte Theater erhält einen repräsentativen Eingangsbereich, einen Anbau mit Glasfassade und auskragendem Vordach, eine Theatergastronomie mit stimmungsvollem Blick auf den Platz. Am Übergang zur Dalbergstraße entsteht eine überdachte Stadtloggia mit Gastronomie, Oleander und Zitronenbäume lassen vermuten, man säße auf einer Terrasse: Italien in Aschaffenburg. Die Nordseite des Platzes wird durch eine Wohnbebauung geschlossen, an der Südseite vermittelt alter Baumbestand mit Holzbänken und Wasserlauf einen parkähnlichen Charakter. Auf dem Platz selbst wird eine der größten Sonnenuhren Deutschlands installiert. Um am Schatten des Gnomons die Zeit ablesen zu können, wird der größte Teil des Theaterplatzes mit einem komplizierten Netz von unterschiedlich breiten Linien für Monate, Stunden und Minuten überzogen, das bestückt ist mit Punkten, römischen Ziffern und Tierkreiszeichen.

Mit Hilfe des im Jahr 2008 gegründeten Theaterfördervereins, dem der Oberbürgermeister als Vorsitzender vorsteht, erhält der Zuschauerraum im Zuge der Sanierung eine neue Gestaltung. Der Austausch der Bestuhlung wird über Stuhlpatenschaften mitfinanziert. Das Theater wird am 28. Oktober 2011 zum 200-jährigen Bestehen wiedereröffnet, das Jubiläumsprogramm enthält das in Aschaffenburg mit dem Ensem-

ble des Staatstheaters Meiningen produzierte Schauspiel „Jungfrau von Orleans“ von Friedrich Schiller und die Aufführung der Oper „Die Entführung aus dem Serail“ in einer Inszenierung der Oper Köln. 2019 wird die Theatertechnik mit dem Einbau einer Drehbühne und einer Erneuerung der Lichanlage auf den neuesten Stand gebracht.

Theaterplatz, Neubau der Stadtloggia und die Erweiterung des Theaterfoyers sind der erste erfolgreiche Prototyp für das partizipative Vorgehen des Oberbürgermeisters bei Planungsprojekten der folgenden Jahre.

Miteinander reden, alle informieren

Partizipation erfordert Kommunikation, Kommunikation braucht Transparenz. Und: Die Rahmenbedingungen im Verwaltungsapparat müssen stimmen. Im Jahr 2000 übernimmt Klaus Herzog eine Rathausverwaltung, die am Anfang eines technischen und organisatorischen Veränderungsprozesses steht. Er beschließt, das Hauptamt aufzulösen und neue Verwaltungsstrukturen zu etablieren. Im September 2000, also nur vier Monate nach Amtsantritt, nehmen das Büro des Oberbürgermeisters und das Amt für zentrale Dienste ihre Arbeit auf. Die Zusammenarbeit der Dienststellen wird durch neue Technik begleitet. Das Arbeiten mit PC-Ausstattung treibt der Rathauschef als dringliches

Die Sanierung des Stadttheaters und des Theaterplatzes waren eines der ersten großen Projekte von Oberbürgermeister Klaus Herzog. Medienhaus Main-Echo, Björn Friedrich





*Ein gutes Fußballspiel lässt sich Klaus Herzog nicht entgehen. Beim Brass Cup im Jahr 2009 traten die U19-Mannschaften von Eintracht Frankfurt und VfL Wolfsburg im Endspiel in der f.a.n.-frankenstolz-arena gegeneinander an. Klaus Herzog überreichte den Siegerpokal.
Foto: Stefan Gregor*

Ziel voran. Die Weiterbildung der Mitarbeiter bekommt hohe Priorität.

Unter seiner Amtszeit werden Projektgruppen im eigenen Haus gefördert und komplexe Themen weiterentwickelt, die es ermöglichen, ein Bürgerservicebüro einzuführen oder die Zeiterfassung der Mitarbeitenden von der alten Stechkarte aus Pappe auf ein elektronisches System umzustellen. Auch ein Bonussystem für eine leistungsorientierte Bezahlung ist Ergebnis aus den Projektgruppen.

Die Stadtverwaltung erhält neue Aufgabengebiete wie die Wirtschaftsförderung, das Stadtmarketing, das

Integrationsmanagement oder den Arbeitsbereich Statistik. Gerade dieser letztgenannte Bereich ist von großem Vorteil, denn er liefert wichtige Grundlagen für bürgerschaftliche und politische Diskussionsprozesse und hilft, Entscheidungen qualifizierter zu treffen und Transparenz herzustellen.

Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung bekommen die Ämter und Dienststellen eine zeitgemäße EDV-Ausstattung. Auf Basis einer dezentralen Leitungskultur erfolgt eine räumliche, sachliche und organisatorische Neugliederung; in diese Veränderungen werden auch die städtische Wohnungsbaugesellschaft und der Eigenbetrieb der Aschaffener Versorgungsgesellschaft (AVG) mit einbezogen. Die AVG wird damit zu einem umfassenden Versorger mit kommunalen Dienstleistungen verschiedenster Art. Zum Ende seiner Amtszeit stößt Klaus Herzog einen Prozess zur umfassenden Digitalisierung des Verwaltungsapparates an – in Eigenleistung der Verwaltung.

Klaus Herzog baut deshalb von Anfang an konsequent die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung aus, um umfassend und ausführlich über das Handeln der Stadt zu informieren und eine hohe Transparenz der Arbeit der städtischen Gremien zu ermöglichen. Oft informiert er persönlich. Das Rathaus gibt nun eine Bürgerzeitung heraus, die kommunalpolitische, gesellschaftliche und soziokulturelle Entwicklungen aufgreift.

Auch soziale Medien und neue Informationskanäle spielen eine immer wichtigere Rolle. Klaus Herzog lässt einen Internetauftritt für die Stadt einrichten und im Zuge der technischen Entwicklung den Service schrittweise ausbauen. Ein Baustein ist das elektroni-

sche Ratsinformationssystem, mit dem sich Bürger über die Arbeit der Kommunalpolitik im Internet informieren können. Der direkte Dialog bleibt essenziell. Als persönliche Aufgabe sieht es Klaus Herzog sicherzustellen, dass Schreiben von Bürgerinnen und Bürgern in angemessener Zeit beantwortet werden. Zwischenmachten und Informationen über zuständige Dienststellen sind Bausteine des neuen Informationsmanagements einer serviceorientierten Verwaltung. Im Stadtrat leitet Klaus Herzog einen Reformprozess des Sitzungsmanagements ein. Gleichzeitig ist es ihm wichtig, dass die Rechte des Stadtrates, dessen Entscheidungskompetenz und die demokratischen Gepflogenheiten im kommunalpolitischen Entscheidungsprozess beachtet und respektiert werden. Als Sitzungsleiter pflegt er einen konstruktiven und kollegialen Stil, der schließlich zusammen mit der transparenten Informationspolitik dazu führt, dass viele und gerade die wichtigsten und zukunftsweisenden Ratsentscheidungen stets im Konsens mit breiter Mehrheit der politischen Mandatsträger getroffen werden. Die politische Atmosphäre ist weitgehend auf Kooperationen angelegt. Das tut der Stadt gut. Nicht zuletzt gibt der Oberbürgermeister basierend auf seiner langjährigen Erfahrung mit ehrenamtlicher Stadtratstätigkeit der Verwaltung neue Impulse. Die Kommunikation

zwischen Stadtrat und Verwaltung wird von seinem Stil beeinflusst, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu fördern.

Große städtische Entwicklungsprojekte lässt Klaus Herzog nicht am Reißbrett entwerfen, sondern managt sie entlang seiner Kultur der Information und des Dialogs. Das bedeutet auch, dass Bürger bei Planungsprozessen nicht nur zuschauen dürfen. Ziele und Projektstatus werden in Bürgerversammlungen ausführlich und in der Regel mehrmals präsentiert, in Arbeitskreisen dürfen die Bürger ihre Meinung kundtun. Die Aschaffener werden damit zu Experten auf unterschiedlichsten Feldern. Klaus Herzog will genau das: „Mir ist lieber, es heißt, ich hätte zu viele Arbeitskreise ins Leben gerufen, als dass mir vorgeworfen wird, mit Bürgerbeteiligung nichts am Hut zu haben“, zitiert ihn die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 4. Mai 2013.

Die öffentliche Diskussion zur Neugestaltung des Theaterplatzes macht hier nur den Anfang. Einen wichtigen Beitrag zur Partizipation leisten auch die städtebaulichen Sanierungsverfahren, in deren Rahmen für alle Stadterneuerungsgebiete Quartiersbeiräte oder Quartiersforen eingerichtet werden, die regelmäßig unter breiter Beteiligung der Bürgerschaft tagen und alle maßgeblichen planerischen Fragen zu einer Empfehlung für die Stadtratsgremien aufarbeiten. Diese Quartiersarbeit ist besonders im Bahnhofsviertel und im Stadtteil Damm erfolgreich.



*50 Jahre Mitglied im Stadtrat:
Für seinen großen Einsatz würdigte
Oberbürgermeister Klaus Herzog
im Jahr 2010 Bürgermeister a. D.
Günter Dehn.
Foto: Stefan Gregor*

Das wichtigste Großprojekt, das Klaus Herzog erfolgreich managt und bei dem ein besonderer öffentlicher Diskussionsbedarf besteht, ist die Neugestaltung des Bahnhofs.

Der Aschaffener Bahnhof im Jahr 2000: ein Nachkriegsbau im sachlichen Charme der 1950er Jahre, nicht abgestimmt auf die Bedürfnisse einer mobilen Gesellschaft. Er ist nicht barrierefrei und wird perspektivisch die Anforderungen für den Fernverkehr nicht mehr erfüllen, Aschaffenburg droht vom ICE-Anschluss und damit der wichtigsten Komponente des Fernverkehrs abgehängt zu werden. Die Parkplätze vor der Bahnhofshalle decken nicht annähernd den Bedarf; Pendler haben keine Möglichkeit zum Park & Ride. Doch viele Aschaffener hängen am Bewährten, mit dem Bürgerbegehren „Rettet den Hauptbahnhof“ wehren sie sich gegen Abriss und Neugestaltung, wollen lieber eine moderate Sanierung. Klaus Herzog setzt das Projekt gegen viele Widerstände durch, und die Geschichte gibt ihm recht. Im Jahr 2012 wählt das Schienenbündnis „Allianz pro Schiene“ das Neubauensemble zum „Bahnhof des Jahres“ in der Kategorie Kleinstadtbahnhof.

Bis dahin ist es ein langer Weg, der direkt nach der ersten Wahl zum Oberbürgermeister beginnt. Nicht nur die Bürger, nicht nur Mitglieder des Stadtrats, auch die Bahn muss von der Notwendigkeit millionenteurer Investitionen in ihre Anlagen überzeugt werden. Als die Verhandlungen zur Zukunft des Bahnhofs bald nach Amtsantritt des Oberbürgermeisters ins Stocken geraten, wendet sich Klaus Herzog an den damaligen Vorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehdorn. Der schickt einen Vertreter nach Aschaffenburg, der erst die Stiftskirche und dann die Toilettenanlagen im Bahnhof nebst heruntergekommener Unterführung besichtigt. Ein Besuch mit Folgen: Die Bahn willigt in das Sanierungsprojekt ein, Klaus Herzog gewinnt einen wichtigen Partner auf dem steinigen Weg zum Umbau, der 2004 begonnen wird. Bei der Abstimmung über das Bürgerbegehren im Jahr 2007 entscheidet sich die Mehrheit der Bürger für einen Neubau.

Ein privater Investor – die Bau- und Immobilienverwaltung Fäth mit Sitz in Aschaffenburg – realisiert einen 25 Millionen Euro teuren Neubaukomplex mit Empfangsgebäude, Büros, Läden und Parkhaus, die Bahn- und Unterführung wird in Richtung Damm verlängert, die Bahnsteige werden erhöht und barrierefrei zugänglich. Architektonischer Blickfang ist das Flugdach

über dem Haupteingang. Die Kooperation zwischen Bahn AG und einem privaten Investor in Aschaffenburg hat Vorzeigecharakter.



*Grundsteinlegung für ein Jahrhundertprojekt: Oberbürgermeister Klaus Herzog setzte mit dem Leiter des Bahnhofsmanagements Hans-Jürgen Vogt, Bahn-Regionalbereichsleiter Süd Günther Pichler und Investor Ferdinand Fäth den symbolischen ersten Stein.
Foto: Stefan Gregor*



*Er heißt natürlich Aschaffenburg:
Oberbürgermeister Klaus Herzog
tauft im Jahr 2006 einen ICE.
Foto: Stefan Gregor*

fertigzustellen. Lange hatte sich die Bahn geweigert, nun verkauft sie die für die Bahnparallele benötigten Grundstücke doch. Die 2017 freigegebene Straße ersetzt die Schillerstraße als Nordring und erschließt den Bahnhof Nord. Für den Ortsteil Obernau bringt die Ortsumgehung die lange geforderte Entlastung. Der Widerstand gegen die Errichtung des letzten Teilabschnitts der Ringstraße ist heftig, doch ist der Bau alternativlos.

Der Aschaffener Bahnhof im Jahr 2020: ein Hochbau mit modernen Bahnsteigen, stadtteilverbindender Unterführung und Parkhäusern an der Süd- und Nordseite, ergänzt durch einen neuen Regionalen Omnibusbahnhof. Die Bahnhofsvorfelder beiderseits des Bahnhofs sind neu gestaltet; per Vertragsklausel hält Oberbürgermeister Klaus Herzog das Glücksspiel aus dem Angebot an Gastronomie und Geschäften heraus. Der neue Bahnhof: ein Leuchtturmprojekt, ein Gewinn für Aschaffenburg.

Verkehrssystem mit Zukunft

Die Verkehrsanbindung über den Schienenverkehr ist indes nur ein Aspekt der Stadtentwicklung und Stadtplanung. In der Amtszeit von Oberbürgermeister Klaus Herzog werden zahlreiche weitere Verkehrsprojekte geplant und realisiert.

Dem Oberbürgermeister fällt die Aufgabe zu, das Ringstraßensystem mit Ringstraße und Bahnparallele



*Spatenstich für die Verlängerung der Ringstraßen-Erweiterung am 19. Januar 2004: Alt-Oberbürgermeister Dr. Willi Reiland, Bürgermeister Werner Elsässer, Oberbürgermeister Klaus Herzog, Baureferent Detlef Martens, Alt-Bürgermeister Günter Dehn und SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Erich Henke (von links) packen mit an.
Foto: Stefan Gregor*

Für Aschaffenburg gänzlich neue Elemente zur Gestaltung des Verkehrsgeschehens sind die Einführung des dynamischen Parkleitsystems und das gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer entwickelte LKW-Routenkonzept, mit dem erstmals der Versuch unternommen wird, den zunehmenden Schwerverkehr aus den Gebieten mit hohem Wohnungsanteil fernzuhalten. Bei allen Maßnahmen und Projekten zur Neuordnung des Verkehrsgeschehens achtet die Stadt darauf, keine isolierten Einzelprojekte zu realisieren, sondern durch Bündelung von Maßnahmen Synergien mit mehreren Verkehrsträgern zu erzeugen. Dies gilt insbesondere für die Projekte der flächendeckenden Verkehrsberuhigung, des Anwohnerparkens und des Radverkehrs. Mit dem 2015 verabschiedeten Radverkehrskonzept nimmt die Stadt die zukunftsweisende Aufgabe in Angriff, den Radverkehr als emissionsfreie und flächensparende Mobilitätsform zu fördern. Ein wichtiger Baustein in diesem Konzept ist die Etablierung eines hierarchisch abgestuften Radwegenetzes mit Alltagsrouten und Freizeitrouten.

Alle Maßnahmen haben das Ziel, einen auch kleinräumig stadtverträglichen Verkehr zu ermöglichen, der die Attraktivität und Aufenthaltsqualität der Quartiere steigert. Eine Zielsetzung, die insbesondere bei der Neuordnung der Verkehrsräume und Verkehrsorganisation in der Innenstadt im Rahmen der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans ein besonderes Gewicht hat. Unter Klaus Herzog erfolgen dafür wesentliche Weichenstellungen. Der Umbau der Frohsinnstraße und der Ludwigstraße mit dem Bahnhofsumfeld sowie in der Innenstadt der Umbau des Rossmarktes und der Pfaffengasse sind hier die zentralen Elemente.

In einer Aufzählung der Verkehrsprojekte darf das stadträumliche Leitbild für die Würzburger Straße nicht fehlen. Es bewirkt eine langfristig wirksame Integration dieser Verkehrsachse in das durch die Militärkonversion neu zu ordnende Stadtgefüge beiderseits des Straßenzugs.

Gerne übersehen, weil im Untergrund, ist der Aufwand, den eine Stadt betreiben muss, um ihr Abwas-



*Geschafft! Der letzte Bauabschnitt der Ringstraße zwischen Schießhausbrücke und Goldbacher Straße ist fertig. Bei der offiziellen Eröffnung am 28. Juni 2013 schneiden zahlreiche Honoratioren das symbolische Band durch, mittendrin: Oberbürgermeister Klaus Herzog.
Foto: Stefan Gregor*

sersystem zu erhalten und auszubauen. Klaus Herzog lässt Kanäle und Abwasseranlagen systematisch sanieren und hat auch die Ökologie im Blick. Das unverschmutzte Regenwasser wird unter Einsatz moderner Technologien vom Schmutzwasser getrennt. Das bewirkt eine hohe ökologische Qualität der Abwasserbe- seitigung. Realisiert werden zudem Großprojekte wie das Pumpwerk am Fischerviertel oder neue Regen- rückhaltebecken zur Vermeidung von Gewässerverun- reinigungen.

Ein Lieblingsort der Aschaffener ist das Mainufer zwischen Pompejanum und Ruderclub. Klaus Herzog nimmt sich da nicht aus. Er liebt, verrät er einmal, den Blick vom Pompejanum auf das Schloss, das Herzstück Aschaffenburgs. Das Flussufer ist eines der zentralen Grün- und Naherholungsgebiete der Stadt, das in ein stadträumlich wirksames Gerüst an Grünflächen ein- gebettet wird. Das unter reger Bürgerbeteiligung ent- wickelte Konzept für das zentrale Mainufer ist ebenso ein entscheidendes Projekt wie die Neugestaltung des Aschaffgrünzugs als Naherholungsfläche, die Umge- staltung des Schöntals, der die Ringstraße begleitende Grünzug mit den drei Grünbrücken, der neue Stadt- garten am Rosensee im Konversionsgebiet sowie die Restaurierungs- und Pflegemaßnahmen im histori- schen Grünzug im Osten der Stadt an Großmutter- wiese, Fasanerie und Godelsberg. Innovativ und für andere Städte beispielgebend ist die Entwicklung neuer ökologisch wertvoller Landschaftsstrukturen an



der Peripherie der Stadt. Hierzu gehört die Umwand- lung des ehemaligen Exerzierplatzes der US-amerika- nischen Truppen zum Naturschutzgebiet. Gegenüber diesen landschafts- und freiraumplanerischen Projek- ten werden sonstige ökologische Aktivitäten wie der Aufbau einer Fernwärmeinfrastruktur vom Biomasse- heizkraftwerk im Hafen zur Innenstadt oder auch die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED fast übersehen.

Kernthema Bildungspolitik

Schulische Bildung ist dem Lehrer Klaus Herzog ein Kernanliegen, Bildung überhaupt. Für alle wichtigen sozialen Bereiche und Lebenslagen liegen Leitplanun- gen vor, die in die Zukunft ausgerichtet sind und steu- ernd wirken. Diese werden regelmäßig fortgeschrie- ben. Klaus Herzog sieht es als Selbstverständlichkeit an, dass diese Planungen durch sein Büro erstellt wer- den. Neben Schulentwicklungsplan und Bildungsleit- plan sind dies ein Integrationsleitbild und das Strate- giepapier Demografie, die Teilhabepanung für Senio- ren und Menschen mit Beeinträchtigung, ein Sozial- plan (Sozialbericht) und die Jugendhilfeplanung mit Jugendsozialarbeit, Kinderbetreuungsbedarf und Fa- milienbildungskonzept.

In seiner Amtszeit werden deshalb im kommunalen Hochbau große Schulbauvorhaben realisiert: die bau- liche Erweiterung des Dalberg-Gymnasiums und der Berufsschule II, der Umbau der Realschule, das Dessauer Gymnasium, die Dalberg-Grundschule, die Christian-Schad-Schule in Nilkheim, die Kolpingschule und mit dem Landkreis Aschaffenburg auch der Neu- bau der Fachober- und Berufsoberschule im Bereich Bahnhof-Nord. Die Komplettsanierung und Erweite-

Die Entwicklung eines zukunftsfähigen Radwegkonzepts gehörte ebenso zur Verkehrspolitik der Ära Herzog wie die Fertigstellung der Ringstraße. Medienhaus Main-Echo, Björn Friedrich

rung des Kronberg-Gymnasiums, der Grünewald- sowie der Schönbergschule werden angestoßen. Im Stadtteil Nilkheim entsteht ein neues Förderzentrum Sehen mit Schule, Heilpädagogischer Tagesstätte und Frühförderung für blinde und sehbehinderte Kinder. Mit einem neuen Schulentwicklungsplan setzt Klaus Herzog am Ende seiner Amtszeit noch einmal entscheidende Weichen für die zukünftige Schullandschaft von Aschaffenburgs Grund- und Mittelschulen. Das schafft exzellente Rahmenbedingungen für Lehre und Lernen.

Die Bundespolitik gibt mit ihrer Gesetzgebung zur Kinderbetreuung den Rahmen für die Kommunen vor. Die Stadt baut in der Folge das Betreuungsnetz für Kleinkinder und Kinder aus; zum Ende von Klaus Herzogs dritter Amtsperiode gibt es in Aschaffenburg 38 Kindertagesstätten mit 562 Krippen- und 2 095 Kindergartenplätzen. Im Jahr 2019 eröffnet im Stadtteil Leider das erste Montessori-Kinderhaus Aschaffenburgs, das auf den Prinzipien der italienischen Pädagogin Maria Montessori basiert.

Das Bildungsbüro, das im Jahr 2012 seine Arbeit aufnimmt, gewinnt an Bedeutung. Seit dem ersten Bildungsleitplan und acht Bildungskonferenzen mit über 1 000 Teilnehmenden wird ständig weiterentwickelt. Seit dem Jahr 2016 ist das Bildungsbüro Teil des Büros des Oberbürgermeisters. Damit macht Klaus Herzog den Stellenwert der städtischen Arbeit, die im Bildungsbereich geleistet wird, deutlich. Es folgen weitere soziale Projekte im Bereich der familienunterstützenden Arbeit, indem Familienstützpunkte errichtet werden. Diese Aufgaben lässt der Oberbürgermeister ebenfalls in seinem Büro koordinieren. Wohlwollend begleitet und unterstützt Klaus Herzog den Ausbau der Fachhochschule zur

Technischen Hochschule mit zwei perspektivisch großen Fakultäten und mehr als 3 500 Studenten.

Klaus Herzogs Anliegen ist stets, den sozialen Ausgleich aktiv mitzugestalten. Im Jahr 2019 nimmt das erste Jugendparlament die Arbeit auf und das Fest „Brüderschaft der Völker“ findet im Jahr 2020 zum 37. Mal statt und wird regelmäßig auch durch das städtische Integrationsmanagement begleitet.

Große Herausforderungen kommen auf den Rathauschef zu, als politische und soziale Forderungen zu erfüllen sind, um die asylsuchenden Menschen aus den aktuellen Krisenregionen bestmöglich aufzunehmen und nachhaltig auch zu integrieren. Mit großem Weitblick geht Klaus Herzog das Thema Integration an. Schon im Jahr 2007 startet er einen großen Beteiligungsprozess zur Erstellung des 1. Aschaffener Integrationsleitbildes und bereits 2009 wird die Stelle des Integrationsmanagements besetzt. Unter seiner Führung wird 2009/2010 der Aufbau des Netzwerks der Sprach- und Kulturvermittler vorgebracht und das Integrationsleitbild unter Berücksichtigung des Themas „Flucht“ weiterentwickelt. Diese Aufgaben behandelt er als Chefsache und siedelt die neuen Stellen im Büro des Oberbürgermeisters an.

Die demografischen Entwicklungen prägen auch die Herangehensweise des Oberbürgermeisters. Im Jahr 2008 lässt er die Demografie-Werkstatt 2030 durchführen, die ein Strategiekonzept für Aschaffenburg erstellt. Im Jahr 2012 wird ein Konzept zur Gesundheitsförderung und Prävention verabschiedet und die neue Stelle eines Gesundheitsbeauftragten auf den Weg gebracht. Auch wird ein verwaltungsinternes betriebliches Gesundheitsmanagement etabliert.

Management für ein wachsendes Aschaffenburg

Mehr Kinder, mehr Menschen mit Migrationshintergrund, mehr Zugezogene aus anderen Teilen Deutschlands: Seit Amtsantritt im Jahre 2000 wächst die Aschaffener Bevölkerung um mehr als 3000 Einwohnerinnen und Einwohner bis zum Jahr 2020; die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten erhöht sich im selben Zeitraum um mehr als 7000 Personen. Die Stadt hat sich gezielt als bayerisches Oberzentrum im Rhein-Main-Raum profiliert. Alle diese Menschen brauchen Wohn- und Lebensraum. Die vergleichsweise kleine Gemarkungsfläche der Stadt Aschaffenburg ist hier einerseits Herausforderung, bietet andererseits aber auch die Chance für eine gute Stadtentwicklung. Sie zwingt zu einer Konzentration auf das Wesentliche, einem sorgsamem Umgang mit den Flächenressourcen und zu Qualität in der Inanspruchnahme der Ressourcen. Ein neuer Landschaftsplan und ein neuer Flächennutzungsplan stellen Weichen für die nächsten 20 bis 25 Jahre und ermöglichen Handlungsspielräume zur gesamtstädtischen Entwicklung.

Die noch von Oberbürgermeister Reiland in die Wege geleitete, unter Oberbürgermeister Herzog konsequent fortgeführte Konversion der ehemals militärisch genutzten Flächen in Aschaffenburg in eine zivile Nutzung ist ein gelungenes Beispiel für städteplanerische Weitsicht. Entstanden ist ein innenstadtnahes, familienfreundliches Wohngebiet mit verkehrsarm angelegter Siedlungsstruktur und guter Integration in die soziale und kulturelle Versorgungs- und Infrastruktur der angrenzenden Stadtgebiete.

Mit anspruchsvollen Gestaltungskonzepten, zum Beispiel dem Stadtbodenkonzept zur Gestaltung der in-

nerstädtischen Straßen und Plätze, dem Neuordnungskonzept für den Theaterplatz und dem Masterplan für das zentrale Mainufer, sind Regelwerke entstanden, die garantieren, dass die Stadt sich auch in ihrem Erscheinungsbild attraktiv und harmonisch weiterentwickeln wird.

Die sich abzeichnenden Probleme der Wohnungsversorgung ab etwa 2017 veranlassen Klaus Herzog zur Erarbeitung und Festlegung einer Baulandstrategie und der Beschlussfassung zur verbindlichen Anwendung des Vorkaufsrechts zugunsten des Wohnungsbaus. Dadurch sollen mittelfristig genügend Flächenkapazitäten für neuen Wohnungsbau erhalten und vorbereitet werden. Gerade die Baulandstrategie hat das Ziel, die Verfügbarkeit von erschlossenem Bauland zu gewährleisten. Dazu tragen auch die beiden großen Neubaugebiete, Anwandweg im Stadtteil Nilkheim und Rotacker im Stadtteil Schweinheim, bei. Sie können die Ansprüche an Bauland für alle nachgefragten Wohnungstypen in den nächsten Jahren auffangen und sichern damit der Stadt ein hervorragendes Wachstumspotenzial. Die vier großen Sanierungsprojekte Damm, Bahnhofsquartier, Hefner-Alteneck-Quartier und östliche Innenstadt sind zudem entscheidende Faktoren zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der bestehenden Siedlungsgebiete.

Ohne die Bereitstellung und Sorge um geeigneten Wohnraum wäre jede kommunale Sozialarbeit wirkungslos. Deshalb sind die stetigen Aktivitäten der Stadtbau Aschaffenburg zum Neubau von Sozialwohnungen und zum Erhalt ihres preiswerten Wohnungsbestandes in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen. Die Stadtbau GmbH hat in den letzten Jahren weitaus mehr getan als Bestandspflege, sie hat sich zum Motor etlicher Sanierungsvorhaben im Stadtgebiet entwi-

ckelt und dort entscheidende Akzente gesetzt. Zum Wohnungsbau gehört auch der Neubau des Frauenhauses oder die Schaffung von geeigneten Wohnplätzen für ältere Menschen. Hier sind mit den Schönlalhöfen in der Stadtmitte und dem Neubau des Matthias-Claudius-Heims an der Würzburger Straße wichtige Beiträge geleistet worden.

Ein großes Anliegen ist Klaus Herzog die Erhaltung des Aschaffener Klinikums als kommunales Krankenhaus und der gleichzeitige Ausbau des medizinischen Niveaus trotz aller hierfür notwendigen finanziellen Anstrengungen.

Die Stellung der Stadt Aschaffenburg im Vergleich zu anderen bayerischen Städten und dem Rhein-Main-Raum wäre eine andere, hätte die Stadt nicht eine hohe wirtschaftliche Potenz. Diese rührt aus einer breiten mittelständisch geprägten Branchenstruktur im produzierenden Gewerbe und einem hohen Dienstleistungsanteil, insbesondere im Bereich des Handels. Unter Oberbürgermeister Herzog wird regelmäßig und kontinuierlich in die Attraktivität der Innenstadt als Einkaufs- und Versorgungsbereich für die gesamte Region investiert. Die gezielte Ansiedelung von Möbelhäusern, Baumärkten und Gartencentern verbessern das Angebot. Die Nahversorgung in fußläufiger Entfernung bleibt trotz des allgemeinen Konzentrationsprozesses im Einzelhandel erhalten. Im Bereich des Tourismus wird mit der Sanierung der Schiffsanlegestelle am Floßhafen die Voraussetzung für den regelmäßigen Besuch von Flusskreuzfahrtschiffen geschaffen. Außerdem verbessert die Ansiedelung von Systemhotels das Bettenangebot von Aschaffenburg erheblich.

Die Förderung des produzierenden Gewerbes zur Sicherung der Arbeitsplätze und als Ergänzung dazu der Ausbau der Hochschule zur Technischen Hochschule und des Staatshafens als qualifizierte Logistikkreislauf mit transportaffinen Produkten lassen die Stadt alle Wirtschaftskrisen der letzten 20 Jahre gut überstehen. Mit dem Pilotprojekt der Deutschen Telekom, große Teile des Stadtgebiets mit Glasfaser zu versorgen, wird außerdem eine gute Ausgangslage zur Digitalisierung der Stadt geschaffen.

Das Hafenkonzept ist die Grundlage für die prosperierende Entwicklung des Staatshafens, in der Amtszeit von Oberbürgermeister Herzog verdoppelt sich die Anzahl der ansässigen Betriebe von etwa 30 auf 60 und die Zahl der Arbeitsplätze auf 3200. Die Militär- und Bahnkonversion wird durch Rahmenpläne und darauf aufbauend Bauleitpläne zielgerichtet gesteuert und bis auf einzelne noch nicht umgenutzte Einzelgrundstücke vollkommen umgesetzt.

Vision Kulturstadt als großes Beispiel

„Das Geld, das wir für einen Kulturreferenten ausgeben müssten, können wir doch eigentlich auch in die Kulturarbeit investieren.“ Von dieser Überlegung geleitet, entscheidet Oberbürgermeister Klaus Herzog zu Beginn seiner Amtszeit, das Kulturreferat selbst zu übernehmen und damit dem Beispiel seines Amtsvorgängers und vieler Kolleginnen und Kollegen in Städten ähnlicher Größenordnung zu folgen. Kultur wird Chefsache. Die sich aus dieser Grundsatzentscheidung entwickelnde intensive und viele neue Akzente setzende Kulturarbeit der Stadt stärkt das Image und die Außenwirkung der Stadt als Oberzentrum an der östlichen Peripherie des Rhein-Main-Raums.

Klaus Herzog entwickelt Leidenschaft für das Kulturleben in der Stadt. Das bedeutende kulturelle Erbe Aschaffenburgs und die vielfältigen Angebote und Aktivitäten des städtischen Kulturlebens veranlassen ihn dazu, Aschaffenburg das Prädikat „Kulturstadt“ zu verleihen. Das bleibt nicht unwidersprochen. Kritiker verweisen darauf, was Aschaffenburg im Vergleich zu anderen Städten an kulturellen Angeboten fehlt. Er dagegen sieht im Begriff Kulturstadt Aschaffenburg Anspruch und Ansporn zugleich und macht sich daran, den Begriff mit Inhalten zu füllen. Die Pflege des kulturellen Erbes findet dabei in gleichem Maße Berücksichtigung wie die Bestandsaufnahme und Weiterentwicklung des kulturellen Angebots der Stadt. Kulturprojekte wie die Sterkel-Gedenktage, die Landesausstellung „Das Rätsel Grünewald“ oder das Heinse-Jahr werden auf den Weg gebracht, die Zu-

sammenarbeit der kulturellen Dienststellen wird über regelmäßige Zusammenkünfte und gemeinsame Veranstaltungen intensiviert.

Das Selbstverständnis städtischer Kulturarbeit ist geleitet von der Überzeugung, dass die vielfältigen Initiativen freier Kulturträger und die Angebote privater Kultureinrichtungen als Bereicherung zu sehen sind. Kooperationen sucht der Rathauschef deshalb nicht nur mit staatlichen Dienststellen, Bildungseinrichtungen und Kirchen, er fördert auch überregionale kulturelle Zusammenarbeit. Die Kulturtage, die seit 2001 unter städtischer Regie durchgeführt werden, sind Plattform für einen gemeinsamen Auftritt unter jährlich wechselnder Schwerpunktsetzung und den intensiven Austausch des städtischen Kulturangebots mit den übrigen Kulturträgern der Stadt, mit staatlichen

*Kulturstadt Aschaffenburg mit
Schloss Johannisburg als Herzstück:
Früh hatte Klaus Herzog eine Vision
für das kulturelle Leben der Stadt,
die er konsequent umsetzte.
Medienhaus Main-Echo,
Foto: Björn Friedrich*



und privaten Einrichtungen, Künstlern, Bildungseinrichtungen und Kirchen. Die frühzeitig bekanntgegebenen, jährlich wechselnden Themen greifen das kulturelle Erbe auf, orientieren sich an überregionalen Themensetzungen, feiern mit den Partnerstädten, erinnern an wichtige Persönlichkeiten und Baudenkmäler der Stadtgeschichte oder präsentieren Aschaffenburg als eine weltoffene, lebens- und liebenswerte Stadt. Die Museumsnacht entwickelt sich seit 2001 zu einem faszinierenden Kulturereignis, das die historische Altstadt von seiner besten Seite präsentiert.

Auch die Kulturregion FrankfurtRheinMain liegt Klaus Herzog am Herzen. Aschaffenburg tritt der Kulturinitiative rhein.main bei und wird Gründungsmitglied der gGmbH Kulturregion FrankfurtRheinMain. Das friedliche Zusammenleben von Menschen aus über 130 verschiedenen Nationen in der Stadt ist ihm ein zentrales Anliegen. Deshalb überträgt er im Jahr 2010 die Durchführung des Festes „Brüderschaft der Völker“ dem Stadtjugendring und eröffnet diesem einmaligen multikulturellen Fest neue Entwicklungsmöglichkeiten. Programme der Hochkultur sind ihm genauso wichtig wie die niedrigschwelligeren Angebote „Aschaffener Advent“ und „Wenn die Magnolien blüh'n“. Das kulturelle Leben und das kulturelle Angebot in der Stadt sind unter Oberbürgermeister Klaus Herzog reicher, vielgestaltiger und attraktiver geworden, womit sich diese das Attribut „Kulturstadt“ wahrlich verdient hat.

Überregional bedeutende Großveranstaltungen

Gleichzeitig eröffnet Oberbürgermeister Herzog seinen kulturellen Dienststellen nicht nur Freiräume in eigener Verantwortlichkeit, sondern setzt auch Ak-

zente. Die Zusammenarbeit mit dem Haus der Bayerischen Geschichte begreift er hier als einzigartige Chance und sichert Aschaffenburg damit drei überregional bedeutende Ausstellungsprojekte mit insgesamt fast 180 000 Besucherinnen und Besuchern.

Im Gespräch mit dem Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte Prof. Dr. Claus Grimm im September 2000 signalisiert Oberbürgermeister Klaus Herzog größtes Interesse und vorbehaltlose Unterstützung für das Vorhaben, in Aschaffenburg eine Landesausstellung durchzuführen. Er lässt sich auch nicht durch Vorbehalte aus der Verwaltung irritieren. Gut zwei Jahre später wird am 30. November 2002 in Anwesenheit des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft und Kunst Hans Zehetmair die Ausstellung „Das Rätsel Grünewald“ eröffnet. Sie zählt zu den größten Ausstellungserfolgen, die Aschaffenburg jemals erlebt hat. Die Ausstellung im Schloss Johannisburg betrachtet den Künstler Matthias Grünewald oder Mathis Gothart-Nithart (um 1480–1528) aus kulturhistorischer Sicht. Eine abwechslungsreiche Spurensuche führt die Besucher durch die Biografie Grünewalds. Man lernt seine Auftraggeber kennen und taucht in die turbulente Zeit des frühen 16. Jahrhunderts ein. Ein reichhaltiges Begleitprogramm ergänzt die Landesausstellung. Dazu gehören die Sonderausstellung „Grünewald in der Moderne“ in der Kunsthalle Jesuitenkirche, ein umfangreiches Vortragsprogramm, museumspädagogische Aktivitäten, ein Krippenweg oder die Aufführung der Symphonie „Mathis der Maler“. Die erfolgreiche Bilanz verweist auf 81 840 Besucherinnen und Besucher, der Kaufkraftzufluss beträgt über die dreimonatige Ausstellungsdauer nach einer repräsentativen Studie ohne Übernachtungen 3,25 Millionen Euro und zeigt, welche positive Effekte ein derartiges

Kulturprojekt für Handel, Gastronomie und Beherbergungsbetriebe hat.

Auch das Haus der Bayerischen Geschichte ist mit Aschaffenburg zufrieden und bietet, kaum ist die erste Ausstellung vorüber, eine weitere Ausstellung an, die thematisch einen engen Bezug zu unserer Region herstellt: die Auswandererausstellung „Good bye Bayern, Grüß Gott Amerika“. Der Oberbürgermeister zögert auch hier nicht lange und stimmt der Ausstellung in Aschaffenburg zu. 32 000 Besucher sehen eine Schau, die den Fragen nachgeht, welche Gründe die Menschen dazu bewogen haben, ihre Heimat zu verlassen, welche Reisewege sie wählen und wie es ihnen in der neuen Heimat ergeht. Erschütternde Einzelschicksale werden genauso thematisiert wie Menschen, die in der neuen Welt zu Wohlstand und Reichtum kommen. Besonderes Interesse findet die Ergänzung der Ausstellung durch den lokalen Beitrag des Arbeitskreises Auswanderung des Stadt- und Stiftsarchivs. Gäste kommen aus den USA, Korea, Frankreich, Holland und Polen, im Gästebuch finden sich begeisterte Rückmeldungen. Auf der Abschlusspressekonferenz zitiert der Oberbürgermeister die Süddeutsche Zeitung, die von der Kulturstadt Aschaffenburg als einer „consent city“ spricht, also einer Stadt, in der die kulturtreibenden Institutionen erfolgsorientiert zusammenarbeiten, anstatt sich in einem gegenseitigen Konkurrenzkampf zu verheddern.

Das dritte große Ausstellungsprojekt in Zusammenarbeit mit dem Haus der Bayerischen Geschichte schließlich ist die Ausstellung „Cranach im Exil. Aschaffenburg um 1540. Zuflucht, Schatzkammer. Residenz“, mit der Aschaffenburg vom 24.02.2007 unter der Regie der städtischen Museen bis 03.06.2007 die Arbeit eines der bedeutendsten Künstler des 16. Jahrhun-

derts würdigt. Unmittelbarer Anlass für die Ausstellung ist die Zusammenführung der Einzeltafeln des „Magdalenenaltars“, die vorher in Schloss, Stiftskirche und im Museumsdepot in München verstreut waren. Die 61 013 Besucherinnen und Besucher kommen aus dem gesamten Bundesgebiet, aus den USA, aus Russland, Israel und Japan. Die erste Auflage des Katalogs ist nach kurzer Zeit vergriffen. Aschaffenburg profiliert sich damit als Kultur- und Museumsstandort deutschlandweit. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Katholischen Kirchenstiftung St. Peter und Alexander und den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen führt zu der Vereinbarung, den Magdalenenaltar zukünftig dauerhaft zu präsentieren. Am 20. November 2009 findet die Übergabe in den neu gestalteten Räumen des Stiftsmuseums unter dem Titel „Pracht und Glaube des Mittelalters“ statt.

Über Ausstellungen hinaus machen weitere Kulturprojekte in der Amtszeit von Oberbürgermeister Klaus Herzog von sich reden: Neben der Veranstaltungswoche aus Anlass des 250. Geburtstags des kurmainzischen Hofkapellmeisters Johann Franz Xaver Sterkel ist es das Heinse-Jahr 2003, das in seinem Facettenreichtum zu einem überregional wahrgenommenen Kulturereignis wird. Der kurmainzische Hofbibliothekar Wilhelm Heinse stirbt 1803 in Aschaffenburg. Seine letzte Ruhestätte findet er auf dem Altstadtfriedhof. In Zusammenarbeit mit den Städten Langwiesen und Mainz wird ein Veranstaltungsprogramm erarbeitet, das neben den Ausstellungen „Heinse und seine Bibliotheken“ und „Italien-Rezeption deutscher Maler in Klassik und Romantik“ die Operaufführung „Motezuma“ von Gianfrancesco di Majo, Konzerte, Lesungen, Vorträge und Schulprojekte enthält.

Unter dem Titel „Bach, Mozart und Komponisten im Umfeld der kurmainzischen Residenz Aschaffenburg“ findet in der Zeit vom 28.07. bis 06.08.2006 das „81. Bachfest der Neuen Bachgesellschaft“ statt. Gemeinsam mit der Bachgesellschaft Aschaffenburg e.V. wird erstmals ein Kulturprogramm realisiert, das sich über die ganze Region Untermain erstreckt, von Alzenau über Aschaffenburg bis Miltenberg und Amorbach. Mehr als 10 000 Besucher kommen zu den insgesamt 70 Veranstaltungen und erleben ein hochwertiges, vieltätiges Konzert- und Veranstaltungsprogramm. Der Bezirk Unterfranken erhebt die Museumsförderung im Jahr 2002 zu einem Schwerpunkt. Bezirkstagspräsident Albrecht Graf von Ingelheim stellt die Förderung der Aschaffener Museen in Aussicht und bietet über den Kulturdirektor Prof. Dr. Klaus Reder Beratung und Hilfestellung an. Als Voraussetzung für

die Weiterentwicklung der Museen und Sammlungen in Aschaffenburg erwartet der Bezirk ein externes Gutachten mit umfassender Bestandsaufnahme und der Beschreibung von Entwicklungsperspektiven.

Zur Neuorganisation der Museen lässt Oberbürgermeister Klaus Herzog deshalb einen Museumsentwicklungsplan erarbeiten, der nun Zug um Zug umgesetzt wird. In der Folge werden 2006 die Kunsthalle Jesuitenkirche und 2007 das Jüdische Dokumentationszentrum unter neuem Namen als Museum für jüdische Geschichte und Kultur in die Museen der Stadt Aschaffenburg integriert. Am 22.11.2010 beschließt der Stadtrat, das ehemalige Jesuitenkolleg als „Aschaffener Museumsquartier“ umzugestalten und damit eine „Museumsmeile“ vom Schloss- zum Stiftsmuseum zu schaffen. Den ersten Bauabschnitt bildet das Christian Schad Museum, dessen Eröffnung noch bevorsteht. Eng ist die Zusammenarbeit mit der Christian Schad- und der Gunter Ullrich-Stiftung, die an das Leben und Wirken zweier Aschaffener Maler erinnern.

Die Aufarbeitung der Stadtgeschichte ist auch Oberbürgermeister Herzog ein Herzensanliegen. Gerade die jüngere Vergangenheit und die dunklen Kapitel in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stehen im Fokus – etwa bei den zahlreichen wichtigen und grundlegenden Anlässen der Erinnerung und des Gedenkens an die Verfolgung der früheren jüdischen Gemeinde der Stadt im „Dritten Reich“. Eine jahrzehntelange städtische Erinnerungskultur, in enger Kooperation mit bürgerschaftlichen Initiativen und Vereinen, spricht hier für sich. Die Stadtgeschichte, nicht zuletzt mit Blick auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, soll aber auch zukünftig wissenschaftlich untersucht werden. Hierfür hat Klaus Herzog gesorgt, indem er das Buchprojekt einer Stadtgeschichte für das 19. und 20. Jahrhundert am



Plakatkampagne des Stadt- und Stiftsarchivs im Frühjahr 2020, auch mit Blick auf die stadtgeschichtliche Dokumentation der „Corona“-Krise.

Ende seiner Amtszeit angestoßen hat: In zahlreichen Einzelbeiträgen soll unter Federführung des Stadt- und Stiftsarchivs ein wissenschaftlich fundiertes und gleichermaßen von der breiten Öffentlichkeit „gelesenes“ Werk entstehen, das mit der „bayerischen Zeit“ (ab 1814) Aschaffenburg einsetzt und bis weit nach Ende des Zweiten Weltkriegs fortgeführt wird.

Hüter nicht nur der jüngeren Stadtgeschichte ist das Stadt- und Stiftsarchiv im Schönborner Hof. Die Zukunft der Vergangenheit ist in der Gegenwart zu finden. So in etwa könnte man die Rolle des Archivs der Stadt Aschaffenburg unter Oberbürgermeister Klaus Herzog bezeichnen. Als „Stiftsarchiv“ nimmt es zwar quasi „staatliche“ Aufgaben wahr, denn das fast ein Jahrtausend zurückreichende Archiv des ehemaligen Kollegiatstifts St. Peter und Alexander ist eine Dauerleihgabe des Freistaats Bayern an die Stadt, definiert sich in erster Linie aber über seine Funktion als Dienstleister für Verwaltung wie Bürgerschaft. Dies gilt als zentrale Anlaufstelle für Fragen und Forschungen zur Stadt-, Heimat- und Familiengeschichte aller Art. Die Bestände des Archivs, die durch regelmäßige Übernahmen, Schenkungen oder auch Ankäufe wachsen, sind eine wahre stadtgeschichtliche „Fundgrube“ – eine Fundgrube, die der Ordnung, Erschließung und Vermittlung bedarf. Auch die Erhaltung der Doku-

Ein glückliches Händchen für die Stadt: Oberbürgermeister Klaus Herzog hat Aschaffenburg entscheidend vorangebracht. Medienhaus Main-Echo, Foto: Björn Friedrich



Eine lebens- und liebenswerte Stadt schaffen: Nicht nur rund um das Stadttheater ist das Oberbürgermeister Klaus Herzog gelungen. Medienhaus Main-Echo, Foto: Björn Friedrich

mente ist Klaus Herzog ein Anliegen, unterstützt er doch mehrfach umfangreiche Projekte zur Konservierung und Erhaltung von bedeutsamen Archivbeständen; ähnlich verhält es sich bei Fragen der Digitalisie-



rung und der digitalen Sichtbarkeit des Archivs, die ein immer größeres Gewicht im Archiv erhalten und von ihm explizit unterstützt werden. Die Landeskundliche Bibliothek im Stadt- und Stiftsarchiv wird auch in der Amtszeit des Oberbürgermeisters weiter ausgebaut. Sie ist eine der großen regionalen und wissenschaftlichen Fachbibliotheken in Bayern mit knapp 75 000 Medieneinheiten, von denen der größere Teil bereits digital erfasst und recherchierbar ist.

Als Geschäftsstelle des Geschichts- und Kunstvereins Aschaffenburg e. V., dessen Vorsitzender Klaus Herzog seit über zehn Jahren ist, ist das Archiv schon an zahlreichen Publikationen und Veranstaltungen beteiligt gewesen. Intensiv entwickelte sich die Publikationstätigkeit in den eigenen Veröffentlichungsreihen, unter anderem auch in der jährlichen Reihe der „Mitteilungen aus dem Stadt- und Stiftsarchiv“. Zahlreiche Aspekte der Stadtgeschichte fanden und finden sich in den Ausstellungen im Schönborner Hof berücksichtigt.

Ein Überblick über die Bücher bzw. größeren Publikationen der Stadt Aschaffenburg und des Geschichts- und Kunstvereins, die während der Amtszeit von Klaus Herzog erschienen sind, findet sich zukünftig unter diesem Link: <https://stadtarchiv-aschaffenburg.de/oberbuergemeister-klaus-herzog-publikationen>.

22 Jahre ehrenamtlicher Stadtrat, zwanzig Jahre Oberbürgermeister – und dann? Zurück in die zweite Reihe. Vom letzten Listenplatz aus kandidiert Klaus Herzog für den Stadtrat 2020. Am 16. März wird Oberbürgermeister Klaus Herzog in den Stadtrat gewählt, dem er bis 2026 angehören wird. Die 20-jährige Dienstzeit als Oberbürgermeister endet für Klaus Herzog am 30. April 2020.